Nr. 299. 25. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 22. Dezember 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Das neue preußische Lehrer-Besoldungsgesetz.

Das Gesetz betreffend das Diensteinkommen der Lehrer und Lehrerinnen vom 3. März 1897 ist von allen Seiten, auch von der Regierung, in Grund und Boden verurteilt worden. Und doch ist das Gesetz erst 11 Jahre alt, und doch haben an ihm fast dieselben Leute mitgewirkt, die es jetzt verurteilen und nunmehr das neue geschaffen haben. Ist nun das neue wirklich besser? Gibt es eine Gewähr, daß die von der Regierung und den Vertretern der bürgerlichen Parteien so dringend gewünschte „Ruhe" eintreten wird?

Wir zweifeln daran, enthält doch das neue Gesetz Bestimmungen, die eine ewige Quelle von Unruhe und Streit darstellen.

Das von der Kommission **einstimmig** angenommene neue Gesetz stellt ein **Kompromiß** zwischen der Regierung und den Parteien dar, wird also sicher Gesetz werden. Es ordnet die Bezüge der Lehrpersonen in folgender Weise:

I. Das Grundgehalt beträgt für Lehrer 1400 M., für Lehrerinnen 1200 M.
II. Die Alterszulage erfolgt für Lehrer in neun Steigerungen im Gesamtbetrage von 1900 M., für Lehrerinnen im Gesamtbetrage von 1250 M.
III. Gewährt wird freie Dienstwohnung oder entsprechende Mietsentschädigung.
IV. Gewährt werden Ortszulage und Amtszulage.

Das Grundgehalt weist eine beträchtliche Steigerung gegen das alte Gesetz auf, und zwar bei Lehrern und Lehrerinnen um je 500 Mark. Diese Steigerung kommt namentlich den Landlehrern zugute und ist ihnen auch von Herzen zu gönnen. Die Altersz' ıtzulage betrug für Lehrer nach dem alten Gesetz als Mindestsatz 900 Mark in neun Steigerungen a 100 Mark, nach der neuen Ordnung beträgt sie in ebenfalls neun Steigerungen 1900 Mark, also 1000 Mark mehr, so daß die Barbezüge **für jeden Lehrer** 3300 Mark betragen, die wie seither in 31 Dienstjahren zu erreichen sind. Im ganzen also erhalten die Lehrer künftig 1500 M. mehr. Gegenüber der Regierungsvorlage ist das Grundgehalt für die Lehrer um 50 M., die Alterszulage um 100 M. erhöht worden.

Für die Lehrerinnen sah die Vorlage ein Grundgehalt von 1050 M. und für die Alterszulage einen Betrag von 1350 M. vor. Die Kommission änderte diese Sätze dahin ab, daß als Anfangsgehalt 1200 M., also 150 M. mehr, als Alterszulage 1250 M., also 100 M. weniger, festgesetzt wurden. Die Kommission ging dabei von der Auffassung aus, daß die Lehrerin im Anfang ihrer Dienstzeit höhere Aufwendung habe, mit der Länge der Dienstzeit aber für die unverheiratete Lehrerin eine erhebliche Steigerung nicht eintrete. Das bare Gesamtdiensteinkommen der Lehrerinnen steigt also um 1030 M.; gegenüber der Regierungsvorlage nur um 50 M. Hierzu kommen die Mietsentschädigungen, die gegenwärtig z. B. in Berlin für Lehrer 750 M., für Lehrerinnen 550 M. betragen und die nach den Beschlüssen der Kommission für **Lehrer** in der Ortsklasse A 810 M., B 650 M., C 540 M., D 450 M.; für **Lehrerinnen** in Ortsklasse A 540 M., B 480 M., C 400 M., D 320 M. **mindestens betragen müssen.** Für die Klasse E, der die meisten Ortschaften angehören, sind verschiedene Stufen, je nach den örtlichen Verhältnissen, zulässig; für die oberste Stufe in dieser letzten Klasse muß die Mietsentschädigung für Lehrer mindestens 330 M., für Lehrerinnen mindestens 250 M. betragen. Einstweilig angestellte Lehrer und Lehrerinnen sowie Lehrer, die noch nicht 4 Jahre im öffentlichen Schuldienst gestanden haben, erhalten ein Fünftel des Grundgehalts weniger.

Die **Ortszulage** darf nur von solchen Schulverbänden bezw. Gemeinden bezahlt werden, die am 1. Januar 1909 in Form von **Grundgehalt** und **Alterszulage** ein Endgehalt von 2800 M. bezahlen. Hierbei ist ausdrücklich die Anrechnung von sogenannten Teuerungszulagen **verboten**, auch dann, wenn, wie es in vielen Fällen geschah, die Gemeinden von der Regierung, und zwar unter Hinweis auf die kommende neue Gehaltsordnung, **verhindert** wurden, eine Neuregelung ihrer Lehrerbesoldungsordnungen vorzunehmen, sie also ihre Lehrkräfte durch Zahlung einer Teuerungszulage entschädigen mußten. Diese Bestimmung wird zu vielen Streitigkeiten und Beschwerden Veranlassung geben!

Durch die Ortszulage darf das bisherige Endgehalt für die Lehrerstelle um höchstens 900 M., jedoch nicht über 4200 M., das Gehalt der Lehrerinstelle um höchstens 500 M. und nicht über 2900 M. hinaus gesteigert werden. **Das ist die Bremse**, die, abgesehen von allem anderen, einen schweren **Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden** darstellt, denn in allen Fällen, wo die Gemeinden mit Rücksicht auf die Entwickelung der Verhältnisse Veränderungen beschließen, bedürfen diese Beschlüsse der **Genehmigung der Aufsichtsbehörde**, gegen deren Entscheid Beschwerde beim Provinzialrat, in Berlin beim Oberverwaltungsgericht eingereicht werden kann. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn und soweit eine Erhöhung nicht durch die **besonderen Verhältnisse des Schulverbandes geboten ist.** Es gehört keine besondere Weisheit dazu, zu begreifen, daß die Anschauungen über die besonderen Verhältnisse zwischen Lehrerschaft, Gemeinde und Oberverwaltungsgericht oft differieren werden, wodurch die so sehr erwünschte „Ruhe" gestört wird.

Die **Amtszulage** ist ebenso wie die Ortszulage pensionsfähig (in der ersten Lesung war die Pensionsfähigkeit abgelehnt worden), sie wird gezahlt an alle Leiter (der Titel Rektor ist verschwunden) von Schulen mit sechs oder mehr aufsteigenden Klassen und muß mindestens 700 M. jährlich betragen. Andere Leiter an Volksschulen mit drei oder mehr Lehrkräften erhalten mindestens 200 Mark jährlich. Wo in Volksschulen **mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde** gehobene Klassen dauernd errichtet wurden, können den für diese Klassen vollbeschäftigten Lehrern pensionsfähige Amtszulagen gewährt werden. Desgleichen bei solchen Einrichtungen für nicht normalbegabte Kinder. Hier ist der Versuch gemacht, der Verschiedenartigkeit und Entwickelung außerhalb des gewöhnlichen Schulziels Rechnung zu tragen, immerhin wird sich in der Praxis zeigen, daß die Bestimmung nicht ausreicht.

Den Lehrern und Lehrerinnen, die früher im Privatschuldienst beschäftigt waren, in dem das Ziel nicht höher als das der Volksschule war, kann die dort geleistete Dienstzeit bis zu höchstens 15 Jahren angerechnet werden. Die Beschäftigung vor dem 21. Lebensjahre wird nicht gerechnet.

Bei Bemessung des Ruhegeldes wird der volle Wert der Dienstwohnung oder die volle Mietsentschädigung in Anrechnung gebracht. Es muß hierbei für Lehrer mindestens der Betrag der den mittleren Beamten, für Lehrerinnen mindestens der Betrag, der den Reichsbeamten der Tarifklasse IV zur Pensionierung angerechnet wird, in Anrechnung kommen.

Eine energische Beseitigung der niederen **Küsterdienste** scheiterte an dem Widerspruch der Regierung, die das Interesse der **Kirche** mit Nachdruck vertrat. Für sie stand es ohne weiteres fest, daß die Ablösung seitens des Staates erfolgen müsse. — Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, die allmähliche Ablösung der niederen Küsterdienste in die Wege zu leiten.

Stellt diese Beschlußfassung in ihrer Verbesserung auch eine wesentliche Verbesserung für die zurzeit vorhandenen **86000 Lehrer** und **18000 Lehrerinnen** dar, so sind doch nicht alle berechtigten Wünsche erfüllt worden.

Die Konservativen und Freikonservativen glaubten die zur Besoldungsreform erforderlichen Mittel durch Einrichtung von Besoldungskassen beschaffen zu können, die für jede Provinz eingerichtet werden sollten. Zurzeit leistet der Staat an die einzelnen Schulverbände insgesamt 106 Millionen Mark Beihilfe, dazu kommen die im neuen Gesetz vorgesehenen 34 Millionen, so daß nunmehr im ganzen 140 Millionen zur Verfügung stehen. Die Bezüge aus diesem Fonds sollen den einzelnen Gemeinden entzogen und je nach der Leistungsunfähigkeit den Provinzialbesoldungskassen überwiesen werden. Wenn also die Provinz Brandenburg mit Berlin etwa 40 Millionen zur Besoldung der gesamten Lehrerschaft der Provinz aufbringen muß, aber mit Rücksicht auf die Erträgnisse der Einkommen- und Ergänzungssteuer nur 38 Millionen aufbringt, so erhält die Provinz fünf Prozent ihres Gesamtbedarfs aus dem Regierungsfonds.

Die Provinz Ostpreußen, die auch 40 Millionen aufbringen müßte, aber nur etwa 15 Proz., also sechs Millionen Mark aufbringt, würde aus dem Fonds nicht weniger als 34 Millionen erhalten. (Diese Zahlen sind nur als Beispiel willkürlich angenommen.) Diese Methode hat etwas Bestechendes, wenn nur die Veranlagung zur Einkommen- und Ergänzungssteuer eine Unterlage böte und wenn eine Sicherheit vorhanden wäre, daß **leistungsfähige** Elemente nicht **trotzdem Unterstützung** erhalten! Was man beabsichtigt, verriet ein freikonservativer Redner, der meinte, daß in Fällen, wo die Zuschüsse nicht zur Lehrerbesoldung gebraucht würden, die Mittel zur **Besserstellung der Bürgermeister** Verwendung finden könnten!

Die Gehaltskassen sind gefallen, ebenso die in der ersten Lesung für das ganze Land beschlossenen Alterszulagekassen (für die Provinzen bestehen solche). Die Regierung machte Verfassungsbedenken geltend und erklärte, daß, falls eine dieser Kassen in zweiter Lesung beschlossen werden solle, für sie das ganze Gesetz unannehmbar sei. Es war ein wenig Komödie dabei, als auf Antrag der Freikonservativen der Finanzminister herbeigeholt wurde, um die sicherlich schon in der geheimen Sitzung abgegebene Erklärung nochmals zu wiederholen. Die Regierung stellte dabei noch die Bedingung, **daß in keinem Stadium der Verhandlungen auf diese Kassen zurückgegriffen werden dürfe.** Eine nette Behandlung, die man aber anscheinend gewöhnt ist!

An Stelle der wieder abgelehnten Alterszulagekassen hat man für die Regierung einen **Dispositionsfonds** geschaffen, der in folgender Weise zustande kommt. Allen Schulverbänden mit **über 7 Schulstellen** werden die festen Staatsbeiträge entzogen. Den mit weniger als sieben Schulstellen bleiben sie erhalten. Unterstützungen aus dem Fonds der Regierung erhalten bedürftige Gemeinden nach Anhörung des Kreisausschusses durch Beschluß des Bezirksausschusses. **Dieser Fonds wird in der Hand der Regierung eine Fuchtel werden**, und seine Verteilung durch Kreise und Bezirksausschuß wird **die Selbstverwaltung der Gemeinde vollständig lahmlegen!** Es wird sich in der Praxis erweisen, welche schweren Fehler man durch diese Einrichtung begangen hat. Die überaus klugen Herren Nationalliberalen und die „berufenen" Verteidiger der Selbstverwaltung haben sich nicht schlecht hineinlegen lassen. Es ist gar nicht auszudenken, welches Machtmittel diesen Instanzen jetzt zur Verfügung steht. Der Ministerialdirektor **Schwartzkopff** wußte, woran er war! Nachdem die Geheimkonferenz ihre Beschlüsse gefaßt hatte, war seine Beteiligung an den Verhandlungen ganz matt; er hatte seine Wünsche ja durchgesetzt.

Das Gesetz erhält rückwirkende Kraft, d. h. die sämtlichen Gemeinden müssen die **für 1908 bereits erhaltenen festen Staatsbeiträge wieder zurückzahlen.** Dadurch wird das Finanzwesen vieler Gemeinden vollständig derangiert, **sie müssen um Unterstützungen betteln, während sie vorher ein Recht hatten zu fordern!** Ein Zustand, der ein bezeichnendes Licht auf die Gesetzesmacherei in Preußen wirft. Glaubt der Staat auf die Entwicklung des Schulwesens einen solchen Einfluß ausüben zu müssen, so ist es richtiger, wir kommen zur völligen Staatsschule, dann muß er auch sämtliche Kosten, auch die sächlichen, übernehmen, und davor scheint er sich zu scheuen.

War das Gesetz vom 3. März 1897 ein Fehlgriff, für den niemand mehr die Verantwortung übernehmen will, so wird das Gesetz vom Jahre 1908 trotz mancher Fortschritte und anerkennenswerter Verbesserungen sich als ein ebenso schwerer Fehler erweisen, weil durch dasselbe die Junker und der Junkerstaat ein neues Machtmittel gegen die Selbstverwaltung erhalten haben!

Von Stufe zu Stufe.

Daß an dem Wahlrechtsraub in Rixdorf der Freisinn die Schuld trägt, das dürfte selbst die Regierung in der Zimmerstraße nicht mehr zu bestreiten wagen, nachdem festgestellt ist, daß **fünf organisierte Mitglieder der freisinnigen Volkspartei für das die Arbeiterklasse entrechtende Ortsstatut gestimmt haben!** Diese fünf Stadtverordneten hätten nicht einmal nötig gehabt, dagegen zu stimmen, sie hätten sich nur der **Stimme zu enthalten** brauchen, und das Ortsstatut wäre gefallen; denn dann hätten den 18 Sozialdemokraten nur 35 Bürgerliche gegenübergestanden, die Zweidrittelmehrheit wäre also nicht erreicht worden!

Der Verrat des Freisinns fällt um so schwerer ins Gewicht, als kein Geringerer als Eugen **Richter** sich bereits im Jahre 1899 gegen die Möglichkeit des Erlasses von Ortsstatuten zur Verschlechterung des Wahlrechts gewandt hat. Es war bei der ersten Beratung des nicht verabschiedeten Reckeschen Entwurfs am 9. Juni 1899. Als Fraktionsredner der freisinnigen Volkspartei trat Eugen **Richter** auf, der u. a. auch die Frage der Zulassung von ortsstatutarischen Bestimmungen streifte, mit denen er sich nur unter dem Vorbehalt einverstanden erklärte, „**daß man Ortsstatute zuläßt zur Erweiterung des Wahlrechts, nicht** aber **zur Verengerung desselben.** Denn wenn das letztere geschieht, so ist zu befürchten, daß dann ein Wahlsystem herauskommt, noch schlechter als das gegenwärtige, das noch weiter zurückbleibt hinter demjenigen von 1891. Denn über den Erlaß eines Ortsstatuts würde doch immer nur die gegenwärtige Vertretung zu befinden haben, und **niemand sägt gerne den Ast ab, auf dem er sitzt.**"

Diese Befürchtungen, denen Eugen **Richter** 1899 Ausdruck verliehen hat, sind, noch nicht zehn Jahre später zur **Wahrheit** geworden! Ja, die Freisinnsepigonen von Rixdorf sind sogar noch darüber hinausgegangen, sie haben nicht den Ast abgesägt, auf dem sie sitzen, sondern, sondern auf dem sie gesessen **hatten**, von dem sie aber durch den Ansturm der Sozialdemokratie bereits hinabgeschleudert waren!

Es ist nicht das erste Mal, daß der Freisinn seine Hand zu einer so niederträchtigen Machenschaft bietet. Bald nach Inkrafttreten des Gesetzes vom 30. Juni 1900, im Oktober 1901, unterbreitete der Magistrat von **Halle** der Stadtverordnetenversammlung ein ähnliches Ortsstatut, wie es jetzt in Rixdorf in Kraft treten soll. **Mit einer einzigen Ausnahme stimmten die freisinnigen Volksparteiler zusammen mit den Nationalliberalen für die Verschlechterung!** Aber damals **schämte** sich die offizielle Parteileitung noch ihrer Anhänger in Halle, die „**Freisinnige Zeitung**" suchte sie **von sich abzuschütteln** und es so hinzustellen, als ob die Freisinnigen dem Ortsstatut **nicht** zugestimmt hätten. Wenn dieser Ableugnungsversuch auch mit den tatsächlichen Vorgängen nicht in Einklang zu bringen war, so war er doch immerhin verständlich, er entsprang dem Gefühl, daß die Freisinnigen von Halle den Freisinn furchtbar kompromittiert hatten.

Auch als in **Kiel** und anderen Städten Schleswigs, wo zwar kein Dreiklassenwahlsystem besteht, das Wahlrecht aber an einen Zensus geknüpft ist, der Freisinnsklüngel dazu überging, **durch eine Erhöhung des Zensus den Arbeitern ihr Wahlrecht zu nehmen**, besaß die Freisinnsleitung noch soviel Schamgefühl, um jede Gemeinschaft mit den Wahlrechtsräubern zu **bestreiten.** Was freilich die Tatsache nicht aus der Welt schafft, daß zum Beispiel in **Elmshorn** drei Mitglieder der freisinnigen Volkspartei, hervorragende Unterzeichner volksparteilicher Wahlaufrufe, den **Ausschlag** für den Wahlrechtsraub gegeben haben, und daß in **Kiel** der freisinnige Stadtverordnete

Niepa, den die „Freisinnige Zeitung" als Musterknaben aufmarschieren ließ, allerdings gegen die Erhöhung des Zensus gestimmt hat, aber nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern nur, weil die Gefahr, daß die Sozialdemokraten das Stadtverordnetenkollegium erobern, noch nicht so groß sei, wenn nur jeder Bürger seine Schuldigkeit tue. „Wenn aber diese Zeit gekommen," so fügte er wörtlich hinzu, **„dann werde auch ich keinen Augenblick zögern, von einem Rechte Gebrauch zu machen, welches uns die Städteordnung an die Hand gibt."**

Das entscheidende ist nicht, daß es es immer und überall sogenannte Freisinnige gegeben hat, die das Programm ihrer Partei mit Füßen traten, sondern vielmehr, daß die offiziellen Blätter des Freisinns, die früher derartige Attentate auf das Wahlrecht stets verurteilt haben, heute kein Wort der Entrüstung über das Vorgehen der Rixdorfer finden, sondern sogar durch ihre Angriffe auf die Obstruktion der Sozialdemokraten, die sich nicht geduldig zur Schlachtbank führen lassen wollten, **sich zu Mitschuldigen an dem Schurkenstreich machen!**

„Keine Klassenwahl, keine öffentliche Abstimmung!" So heißt es im Eisenacher Programm der Freisinnigen Volkspartei. Allerdings, was gilt dem heutigen Blockfreisinn ein Programm? „Was nützt aber auch eine noch so schöne Fahne für sich allein? Ob Erfolg zu erzielen ist, das hängt doch in erster Reihe ab von der Tapferkeit, Festigkeit, Beständigkeit, mit der das Programm in den politischen Kampf hineingetragen und verteidigt wird." Dies stolze Wort, mit dem auf dem zweiten Parteitag der freisinnigen Volkspartei 1894 ihr Programm begründet wurde, legt der Rixdorfer Freisinn in seiner Weise aus. Auch er fragt sich, was eine noch so schöne Fahne für sich allein nutzt, aber er beantwortet die Frage dahin, daß die längst entweihte Freisinnsfahne überhaupt nichts mehr nutzen kann und daß man Tapferkeit, Festigkeit und Beständigkeit nicht in der Verteidigung seiner Grundsätze, sondern einzig und allein nur noch **in der Bekämpfung der Arbeiterklasse an den Tag zu legen braucht!**

Eine würdige Feier des Jubiläums der Städteordnung! 1808 wollte Freiherr v. Stein den Bürgern eine tätige Einwirkung auf die Verwaltung des Gemeinwesens beilegen und dadurch Gemeinsinn erregen und erhalten. Hundert Jahre später entrechtet die Bourgeoisie die Arbeiterklasse, deren Vertreter den Gemeinsinn in der ausgeprägtesten Form stets betätigt haben. Fürwahr, tiefer konnte der Freisinn nicht sinken!

*

Herr v. Gerlach schreibt über den Rixdorfer Wahlrechtsraub in der „Welt am Montag":

„Die bösartigste Form der Reaktion verkörpert jene dritte Klasse von Reaktionären, die Liberalimus vorspiegeln und Reaktion praktizieren. Die heuchlerischen Reaktionäre sind die wirklich verächtlichen. Sie reden von Freiheit. Sie donnern gegen die Reaktion. Sie führen die Gerechtigkeit im Munde. Sie verfluchen die agrarische Ausbeutung. Sie schwärmen für die Gleichheit aller Staatsbürger. Sie empören sich über die Tyrannei der Mächtigen. Aber all das geschieht nur da, wo sie nicht selbst die Macht haben. Wo sie zu hoffnungsloser Minderheit verdammt sind, da figurieren sie als Helden freimütiger Opposition. Wo sie aber selber herrschen, da verstehen sie sich auf das Gewerbe der niederträchtigsten Reaktion so gut, daß jeder ostelbische Junker vor Neid erblassen muß. . . .

Entweder man hat Prinzipien oder man hat keine. Hat man keine, so ist man jedenfalls nicht liberal. Tun die Liberalen ihre Pflicht, sind sie genügend eifrig und genügend sozial, so können sie auch bei gleichem Wahlrecht die Mehrheit erringen. Eine politische Infamie aber ohne gleichen ist es, nicht nur für das gleiche Wahlrecht nicht einzutreten, sondern das bestehende ungleiche Wahlrecht aus Rotkoller noch zu verschlechtern. . . .

Aus Haß gegen die Arbeiter und aus Furcht vor ihnen hat man Bestimmungen geschaffen, wie sie kein Krautjunker schlimmer hätte gestalten können. Und jetzt, als „Krönung des Gebäudes", das Spektakelstück vor den Toren Berlins! . . .

Und der Gipfel der Schande ist, daß die Berliner blockfreisinnige Presse kein Wort des Tadels über die Rixdorfer Vorgänge findet. Stillschweigend heißen „Tante Voß" und „Freisinnige Zeitung" den Gewaltakt gut. Sie wissen ganz genau, daß ihr Parteiprogramm die Beseitigung der Klassenwahl fordert. Aber sie schweigen, wenn ihre Parteigenossen in schnöder Mißachtung dieses Programms mit den Rechten nicht bloß der Arbeiter, sondern auch breiter Schichten des Mittelstandes Schindluder treiben. Statt zu fordern, daß die schuldigen Freisinnigen cum infamia aus der freisinnigen Organisation exkludiert werden, stärken sie ihnen das Rückgrat durch alberne Bemerkungen über die „Obstruktion" und die „Demonstrationen" der Rixdorfer Arbeiter. Ja das könnte den Herren wohl passen, wenn die Sozialdemokraten, die man so niederträchtig behandelt, in Hundedemut alles über sich ergehen ließen. Aber Gott sei dank! sind unsere Arbeiter denn doch nicht zu der Unterwürfigkeit von Blockfreisinnigen herabgesunken, die auf Bülowsche Fußtritte mit Liebeserklärungen reagieren.

Niederträchtig! Anders kann man den Rixdorfer Coup nicht nennen. Schon sind 27 Sozialdemokraten gewählt. Die Zweidrittelmehrheit, die zur Verschlechterung des Wahlrechts nötig ist, ist damit gebrochen. Aber die neugewählten Stadtverordneten treten erst am 1. Januar 1909 ihr Amt an. Deshalb wird noch kurz vor Torresschluß ein Gewaltstreich verübt. Ohne Beschaffung statistischen Materials, ohne Kommissionsberatung, ohne sachliche Debatte, **wie der Dieb in der Nacht, bricht man in die Rechte der Massen ein, denen Rixdorf alles, was es ist, verdankt."**

Liberalismus und Sozialismus.

Vor mehreren Wochen hat Herr Theodor Barth in Kopenhagen einige Vorträge über Liberalismus und Sozialdemokratie gehalten, in denen er die Ansicht vertrat, daß der sozialistische Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie mehr und mehr an Boden gewinne, während andererseits der Marxismus eines seiner Dogmen nach dem andern fallen sehe. So entwickele sich, meinte Dr. Barth, die Sozialdemokratie zwar langsam, aber, wie die bisherigen Erfahrungen bewiesen, mit innerer notwendiger Konsequenz zu einer sozialistischen Reformpartei. Zugleich nähme auch der alte manchesterliche Liberalismus in steigendem Maße sozialreformerische Anschauungen in sich auf. Beide Parteien näherten sich, so daß ein politisches Zusammenwirken der Sozialdemokratie mit dem Liberalismus unausbleiblich sei: „In absehbarer Zeit werden die entscheidenden politischen Kämpfe der Gegenwart in einer Schlachtordnung geführt werden müssen, bei der auf der einen Seite die „union des cloches et des tambours" (Klerikalismus und Militarismus), verstärkt durch die kapitalistischen Feudalherren, aufmarschiert, während auf der anderen Seite eine liberal-sozialistische Fortschrittspartei ihr gegenübertritt, die sich auf die Millionenheere der Arbeiterschaft stützt."

Diese Vorträge, die Herr Barth jetzt in einer Broschüre erscheinen läßt, geben der „Frankf. Ztg." zu folgenden Bemerkungen Anlaß:

„Wir dürfen wohl sagen, daß wir zu den ersten gehörten, die einer Annäherung des Liberalismus an die Sozialdemokratie das Wort redeten. Wenn wir das heute nicht so tun wie früher, so sind wir uns aber nicht untreu geworden. Wir sind nur der Ansicht, daß man auch in der Politik, wie in jedem Geschäfte, ein gewisses Maß von Würde nicht vermissen lassen dürfe. Wir habe jahrelang einem freundschaftlichen Verhältnisse, wir meinen natürlich nur einem parteipolitisch freundschaftlichen Verhältnisse, zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus unsere Feder gewidmet. Daß die Haltung bei der Sozialdemokratie zunächst wenig Anklang fand, hat uns nicht irre gemacht. Wir wissen, daß neue politische Kombinationen nur langsam werden, und wir mußten uns auch sagen, daß man bei einer Partei, deren gesellschaftliche Kultur im allgemeinen noch sehr jungen Datums ist, nicht jede Aeußerung auf die Goldwage des guten Tones legen dürfe. Wir haben das auch immer wieder den anderen gesagt. Aber alles hat seine Grenze. Wenn man sieht, daß die Entwickelung, die ein gutes Verhältnis zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie herbeiführen könnte, unterbrochen wird — man denke nur an den Dresdener sozialdemokratischen Parteitag —, wenn immer wieder der Gedanke der Annäherung abgelehnt wird, wenn der Spott über diesen Gedanken nicht weicht und vielmehr die Grobheit noch dazukommt, dann, so meinen wir, muß man schon die Demut zu seinen Charaktereigenschaften zählen, oder nicht sehen, was da ist, um nicht schließlich zu einer gewissen Zurückhaltung zu gelangen. Der Gedanke, daß die Sozialdemokratie sich allmählich ändere, ist geläufig. Sie tut es nur allzu allmählich. Immerhin darf man wohl annehmen, daß sie an irgendeinem Punkte einmal mit dem Liberalismus zusammentreffen werde, und Politiker werden diese Möglichkeit oder, wenn man will, Wahrscheinlichkeit nicht aus dem Auge verlieren. Aber das muß doch nun einfach abgewartet werden. Der Sozialdemokratie nachzulaufen, ist nicht nur ein ungeeignetes Mittel, dieses Zusammentreffen zu fördern, sondern auch geradezu unwürdig."

Auch wir sind der Ansicht, daß, wenn auch die Hoffnung, die Sozialdemokratie könne einstmals mit dem Liberalismus „zusammentreffen" und sich mit ihm zu einer Partei vereinigen, eitel ist, doch in manchen Fällen ein gemeinsamer Kampf gegen „Klerikalismus und Militarismus" stattfinden könnte. Wenn diese Gemeinsamkeit heute fehlt, so ist das aber nicht die Schuld der Sozialdemokratie, sondern der eigenartigen Entwickelung des Liberalismus in Deutschland, der alle seine einstigen Ideale preisgegeben hat und sich heute im Block, um gewissen zahlungsfähigen auch-liberalen Elementen wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen, zum willfährigen Handlanger des Agrarkonservatismus hergibt. Ferner ist es die Schuld der Gesinnungslosigkeit einer Presse, darunter auch der „Frankf. Ztg.", die, um sich die zahlungsfähige Gunst gewisser Börsen- und Handelsschichten zu erhalten, in allen die Arbeiterklasse betreffenden politischen Lebensfragen zu den weitgehendsten Zugeständnissen an die reaktionären Wünsche bereit ist, und die, um gute Nachrichten zu erhalten, ihre Vertreter in der Wilhelmstraße in Berlin antichambrieren läßt und willig offiziöse Schlepperdienste leistet.

Wie heruntergekommen dieser Liberalismus schon ist, das zeigt aufs neue die Rixdorfer Wahlentrechtung. Haben dort doch sämtliche freisinnige Stadtverordnete dafür gestimmt, den 356 Stimmberechtigten der ersten Wählerklasse ein noch größeres Uebergewicht als bisher gegenüber den 31 000 Wählern der dritten Klasse zu verschaffen, indem sie alle Wähler, die nicht mindestens das Anderthalbfache des durchschnittlichen Steuerbetrages bezahlen, in die dritte Klasse abschoben. Und was noch kennzeichnender ist für die widerliche Verkommenheit des Liberalismus: in der ganzen liberalen Presse haben sich nur zwei oder drei Blätter gefunden, die gegen diese schmähliche Verleugnung liberaler Prinzipien protestierten. Die anderen haben sie einfach mit einigen spöttischen Bemerkungen über die sogen. Obstruktion der sozialdemokratischen Rixdorfer Stadtverordneten registriert oder gar zu dem Akt echt freisinniger Gesinnungsbetätigung jubelnd Beifall geklatscht. Und zu diesen jämmerlichen Blättern der letzterwähnten Gattung gehört auch die ehrsame entschieden liberale „Frankfurter Zeitung".

Daß die Sozialdemokratie sich mit diesen politisch verwesenden Elementen einstiger Fortschrittsherrlichkeit koalieren und ihnen zu Liebe auf ihre prinzipiellen Forderungen verzichten soll, das kann nur jemand verlangen, der entweder ein Phantast ist oder der bereits selbst politisch so korrumpiert ist, daß er die steigende Korruption des Freisinns nicht mehr sieht. Der Freisinn muß noch weiter verwesen, ehe an eine wirklich liberale Parteibildung in Deutschland zu denken ist. Er muß erst aus dem jetzigen Block herausgeworfen und, vor das Nichts gestellt, von einer konservativ-klerikalen Koalition völlig niedergestampft werden, bevor im Liberalismus selbst eine Wendung zum Bessern einzutreten vermag. Unter denen, die heute den Mugdan, Fischbeck, Kopsch folgen und in diesen die Vertreter ihrer politischen Ideale erblicken, ist jede Regeneration ausgeschlossen. Sie sind der inneren Verwesung verfallen, und jede Partei, die sich mit ihnen verbindet, wird tödlich infiziert.

Der Mittelsmann im Bergbau.

Der industrielle Großbetrieb hat überall die gleiche Organisationsform erhalten. Zwischen dem Arbeiter und dem Kapitalisten steht der Beamte als Werkmeister, Betriebsleiter oder Kaufmann. Ueberall wird die gleiche undankbare Pufferstellung geschaffen, der Angestellte wird als Antreiber und Ausbeuter auf den Arbeiter losgehetzt und ist doch selbst nur ein Lohnarbeiter, über den der Unternehmer die Hungerpeitsche schwingt, wenn der „geistige Mitarbeiter" sich anschickt, renitent zu werden. Die Stellung des Angestellten, die Auffassung, die er von seiner Tätigkeit hat, ist daher nicht ohne Einfluß auf die Stellung des Arbeiters zum Betrieb. Drängen sich zwischen Kapital und Arbeit einer Industrie Beamtengruppen, die sich als Büttel im Dienste des Unternehmers gebrauchen lassen, dann werden die Gegensätze im Betrieb noch mehr verschärft, wie sie ohnedies schon vorhanden sind.

Ganz besonders klar ausgeprägt haben sich diese Verhältnisse im Bergbau. Die große Erbitterung, die nun schon seit Jahren in der Bergarbeiterbevölkerung vorhanden ist, wird täglich genährt durch Handlungen der Grubenbeamten, zu denen die Betriebsleitung den Auftrag und die Behörde die Genehmigung gibt. Geradezu raffiniert ist der Verwaltungskörper hier organisiert. Der unterste Beamte ist der Steiger, der unmittelbar mit dem Bergmann zu arbeiten hat. Dann folgt eine Reihe von Instanzen und Vorgesetzten, bis zu den obersten Leitern des Bergwerks. Jeder Oberbeamte sucht sich gefügig seinem nächsten Vorgesetzten unterzuordnen, der Steiger als der unterste Angestellte ist dann der Sündenbock, der alles ausführen und verantworten muß. Möglichst viel Kohle soll gefördert und möglichst an Produktionskosten gespart werden, jede Unregelmäßigkeit in der Betriebsleitung wird jedoch dann auf den Steiger abgewälzt.

Im Reichstag haben anläßlich der Radboddebatte selbst bürgerliche Redner diese unhaltbare Zwischenstellung des Steigers eingehend erörtert. Die gegenwärtige Situation hat aber doch eine neue Erscheinung gezeitigt, nämlich einen Protest der Angestellten selbst gegen die bestehenden Produktionsmethoden. Im Auftrage seiner Gewerkschaft, des Deutschen Steigerverbandes, hat G. Werner eine Broschüre über Unfälle und Erkrankungen im Ruhrbergbau veröffentlicht. Der Verfasser schildert an der Hand von Zahlen und Tatsachen, welche Opfer hier der Kapitalismus an Leben und Gesundheit der Arbeiter fordert.

Die Fortschritte der Technik haben Einrichtungen und Hilfsmittel geschaffen, um die Arbeiter nach Möglichkeit gegen die verschiedensten Gefahren zu schützen. Aber diese Hilfsmittel kosten Geld. So wiederholt sich denn immer dasselbe Spiel, der Steiger interpelliert seine Vorgesetzten, ihm die nötige Zahl von Reparaturhauer zur Ausführung der Sicherungsarbeiten zu bewilligen, oder er macht auf Mängel in den bestehenden Sicherheitseinrichtungen aufmerksam. Seine Mitteilungen werden schroff zurückgewiesen, alle Beschwerden unterdrückt. Nur wenn ein Unglücksfall vorliegt, wird nach dem Schuldigen gesucht und in den meisten Fällen dann der Steiger zur Verantwortung herangezogen. Die Bergbehörde als Aufsichtsinstanz steht diesen Zuständen teilnahmlos, oft sogar mit drückend gegenüber.

Die Feststellungen, die Werner in seiner Broschüre macht, sind den Grubenmagnaten natürlich sehr unangenehm; sie versuchen daher, diese Schrift zu dementieren. Am wirksamsten ist die Methode, den Steigerverband von den eigenen Berufskollegen bekämpfen zu lassen. Die Arbeitgeber haben daher ihren Einfluß bei dem „Verband technischer Grubenbeamtenvereine im Oberbergamtsbezirk Dortmund", einer echten Harmonievereinigung, aufgewendet und eine Protestkundgebung agieren lassen. In einer Versammlung, die kürzlich in Bochum stattfand, erklärte man sich als einzig in Frage kommende Vertretung der technischen Grubenbeamten und wandte sich „mit Entrüstung" gegen die von Werner aufgestellte Behauptung, daß das Radbodunglück ein Produkt aus Nachlässigkeiten der Verwaltung, Unterlassung von Beamten und wahrscheinlich auch von Arbeitern sei. Die Versammlung sprach ihre Ansicht dahin aus, daß weder ein **Reichsberggesetz**, noch die **Einführung von Arbeiterkontrolleuren** geeignet sei, die Gefahren des Bergbaues zu verhindern, ja auch nur einen einzigen Unglücksfall zu vermeiden. Die Einführung von Arbeiterkontrolleuren würde im Gegenteil die infolge der sozialdemokratischen Agitation heute so schwer aufrecht zu haltende Disziplin noch weiter untergraben und dadurch die Gefahren des Bergbaues noch erhöhen. Politisch bedeute die Einführung von Arbeiterkontrolleuren eine nicht zu gering anzuschlagende Stärkung der Sozialdemokratie, denn es werde kaum zu vermeiden sein, daß dadurch gutbezahlte sozialdemokratische Agitatorenstellen geschaffen werden, und der Sozialdemokratie eine Gelegenheit zur Agitation geschaffen würde, wie sie sich nicht besser wünschen könne. Diese Erklärung zeigt den bornierten Standesdünkel und beschränkten Rotkoller, wie er in den Fachverbänden durch den Einfluß der Unternehmer in den letzten Jahren gezüchtet wurde. Aber das alte Rezept scheint doch nicht mehr überall zu wirken, die Tatsache, daß allen Unterdrückungsmaßregeln der Grubenmagnaten zum Trotz sich in Rheinland-Westfalen eine neue Steigergewerkschaft entwickeln konnte, gibt den Beweis, daß es auch dort zu kriseln beginnt.

Alle Zeichen sprechen dafür, daß nicht nur ein gewaltiges und erbittertes Ringen zwischen Bergarbeitern und Grubenbesitzern sich ankündigt, sondern daß auch der industrielle Mittelsmann mit hineingezogen wird. Die Organisation der Arbeit, wie sie der kapitalistische Betrieb erfordert, zwingt auch hier den Angestellten, nicht im Arbeiter seinen Feind zu sehen, sondern im Unternehmer, den er aus eigenem Selbsterhaltungstrieb gemeinsam mit dem Arbeiter zu bekämpfen hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Dezember 1908.

Ein bedeutsamer Kommunalwahlsieg.

Nach fünftägiger heißer Stichwahlschlacht haben unsere Parteigenossen in Mülheim am Rhein dem Zentrum drei Stadtverordnetensitze der dritten Abteilung abgenommen. (Wir haben das Resultat in der Sonntagsnummer schon telegraphisch gemeldet.) Bei der Hauptwahl hatten erhalten: Zentrum 2875, Sozialdemokratie 2240, Liberale 780 Stimmen. Bei der Stichwahl erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten durchschnittlich 3290, das Zentrum 3178 Stimmen. Der Sieg ist nicht ganz aus eigener Kraft errungen, denn etwa 300 Wähler, die im ersten Wahlgang liberal stimmten, wählten bei der Stichwahl sozialdemokratisch, nachdem die liberale Parteileitung die Parole ausgegeben hatte: Keine Stimme dem Zentrum! und nachdem der jungliberale Verein aufgefordert hatte, für die Sozialdemokratie zu stimmen. Was die Zentrumsblätter vom „blau-roten Bündnis" fabeln, ist fimlos, denn es haben keinerlei Abmachungen irgendwelcher Art stattgefunden. Der ehrlichere Teil der Liberalen hat ohne jede Bemühung von unserer Seite für uns gestimmt. Genau so war es im benachbarten Kalk, über das ähnliches behauptet wird.

Bei der Mülheimer Stichwahl haben 82 Proz. der Wahlberechtigten gestimmt; eine bei einer Kommunalwahl dritter Klasse ungewohnt hohe Beteiligung. Bei der Hauptwahl stimmten nur 75 Proz. Bisher hatte das Zentrum stets im ersten Wahlgang gesiegt. Das ist überhaupt der erste tatsächliche politische Wahlerfolg im katholischen Teile der Rheinprovinz. Die drei Mülheimer Genossen sind die ersten sozialdemokratischen Stadtverordneten in den vier katholischen Regierungsbezirken des Rheinlandes (Köln, Aachen, Koblenz und Trier).

Wenn auch die Mülheimer Sitze nicht ganz ohne liberale Stimmen gewonnen werden konnten, so hat sich doch gezeigt, daß das Zentrum in einer durch und durch katholischen Stadt nicht mehr von vornherein des Sieges sicher ist. Unsere Stimmen hatten sich schon bei der Hauptwahl gegenüber der Wahl vor zwei Jahren um fast 140 Prozent vermehrt; bei der Stichwahl stiegen sie, wenn man die 300 liberalen Stimmen abzieht, um weitere 750, während das Zentrum mit liberalen Stimmen nur 500 Stimmen zunahm. —

Freisinnige Diebstaktik.

Mit eiserner Stirn hat die „Freisinnige Zeitung" bisher ihren Lesern die Tatsache unterschlagen, daß unter den Rixdorfer Wahlrechtsräubern Freisinnige sind; ebenso hat sie kein Wort der Kritik, geschweige denn des Protestes gegen die infame Entrechtung der Rixdorfer Proletarier gefunden.

Um so geschwätziger ist sie über sozialdemokratische Angelegenheiten. In ihrer Dienstagsnummer bringt sie einen Leitartikel: „Die österreichische Sozialdemokratie", worin sie unsere österreichischen Genossen in törichter Weise gegen die deutsche Sozialdemokratie auszuspielen sucht. Der Artikel lohnte keinerlei Beachtung, wenn nicht zum Schlusse in gar zu unverschämter Weise die Worte unseres Genossen Dr. Adler gegen die Obstruktion der Tschechisch-Radikalen als Verurteilung der Obstruktion ausgebeutet würden, die die deutsche Sozialdemokratie 1902 gegen den Wuchertarif geübt hat.

Es gehört das Fälschungstalent eines Reichsverbändlers dazu — woran es der „Freisinnigen Zeitung" allerdings nie gemangelt hat —, um die damalige Obstruktion der deutschen Sozialdemokraten und die jetzige der Tschechisch-Radikalen als gleichwertig zu setzen.

Beim Wuchertarif handelte es sich um ein Lebensinteresse der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes, vor allem des Proletariats und der Kleinbürger, die Obstruktion der Tschechisch-Radikalen entsprang chauvinistischen Querelen, geboren aus lächerlich kleinlichen Anlässen, um derentwillen die Gesetzgebungsmaschinerie eines großen Reiches lahmgelegt werden sollte, in einem Augenblicke, wo die Arbeiterversicherung eingebracht ist!

Von der Verurteilung jeglicher Obstruktion sind unsere österreichischen Genossen ebensoweit entfernt, wie die deutschen Freisinnigen von demokratischer Gesinnung. Denn die österreichische Sozialdemokratie müßte ihre eigene Vergangenheit verurteilen, müßte ihre mutige Tat verleugnen, durch die sie einst den Sturz Badenis erzwang.

Das alles ist der „Freisinnigen Zeitung" natürlich sehr gut bekannt. Ebenso die Tatsache, daß die österreichische Sozialdemokratie die Obstruktion der deutschen Genossen von 1902 allzeit lebhaft anerkannt hat. Indes, ihre Leser wissen's wahrscheinlich nicht mehr und also braucht sich das gewissenhafte Fraktionsorgan in der Verdrehung der Dinge keinen Zwang aufzuerlegen.

Ob keiner der freisinnigen Abgeordneten das Schweigen seines Parteiorgans zur Rixdorfer Wahlrechtsschande als — wir wollen nicht sagen als Schmach, aber doch als sehr ungeschickt empfindet? Ob keiner sich sagt, daß dieser plumpe Diebeskniff die Aufmerksamkeit vom Dreck am eigenen Stecken durch tölpelhafte Dreckwürfe auf den Gegner abzulenken, die Verlegenheit nur vergrößern muß, wenn die Herren im Parlament vor aller Oeffentlichkeit auf die Tat ihrer Parteigenossen und die untätige Haltung des Fraktionsorgans angenagelt werden?

Abermals gemaßregelt!

Dem Sprecher der Prinzendelegation auf Radbod, Pilgrim, und fünf seiner Kameraden, die auf Zeche Daakermulde (Radboder Gebiet) Arbeit bekommen hatten, wurde zum nächstzulässigen Kündigungstermin wieder gekündigt. Pilgrim war inzwischen auf persönliche Vorstellung bei der untersuchenden Bergbehörde als Zeuge vernommen worden, da er, wie viele andere Zeugen, noch keine Vorladung erhalten hatte. Er hat mit seinen Kameraden im Bochumer Revier nirgends Arbeit bekommen. Man wollte ihn auf Zeche Daakermulde nicht haben, weil man „Stänker" und „Aufwiegler" nicht gebrauchen könne. —

Ein interessanter Marineprozeß

wird in der nächsten Zeit in Berlin zur Verhandlung kommen. Der Staatssekretär v. Tirpitz hat Strafantrag gestellt gegen den Kapitän z. S. a. D. Berger und den Herausgeber des „Blaubuch" Dr. Ilgenstein wegen Beleidigung. Der Kapitän Berger behauptet, daß das Marinekabinett Beschwerden unterdrückt habe, die er an den Kaiser gerichtet hatte. Diesen Vorfall und noch andere Vorkommnisse in der Marine hat er in einem Artikel, den das „Blaubuch" veröffentlichte, geschildert. Der Zweck, den er damit befolgte, war der, ein strafrechtliches Einschreiten gegen sich selbst herbeizuführen. — Die maßgebenden Instanzen haben lange gezögert, ehe sie sich zu einem Vorgehen entschlossen. Der Prozeß verspricht ein interessantes Schlaglicht auf die Tätigkeit des Marinekabinetts zu werfen.

Unterschleife bei der kaiserlichen Werft.

Seit Jahresfrist sind eine ganz hübsche Anzahl von Unterschlagungen aufgedeckt worden, die in staatlichen Betrieben vorgekommen sind. Der Untersuchungsrichter in Kiel hat dieser Tage mitgeteilt, daß sich die bei der dortigen Werft entdeckten Unterschlagungen auf über eine Million Mark belaufen. Angesichts dessen drängt sich denn doch die Frage auf, ob die in solchen Staatsbetrieben so massenhaft vorhandenen Beamten auch ihre Schuldigkeit annähernd erfüllen. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts, v. Tirpitz, hat mehr als einmal verkündet, daß in den deutschen Marinebetrieben eine musterhafte Ordnung herrsche. — Wie die Ereignisse der letzten Zeit beweisen, scheint aber doch sehr viel faul zu sein im Staate Dänemark.

Gegen die badische Regierung

erheben unsere dortigen Parteiorgane neuerdings die Anschuldigung, daß von ihr die sozialdemokratische Partei ungerechtfertigt zur Seite geschoben werde. Das Ministerium schuf den von dem Landtag geforderten Wasserwirtschaftsrat, in welchen Vertreter der verschiedenen volkswirtschaftlichen Interessentenkreise, sowie Abgeordnete der beiden Kammern berufen worden sind. Einzig die Arbeiterschaft ist darin nicht vertreten, der sozialdemokratischen Partei erwies die Regierung nicht die Berücksichtigung, die den Herren vom Zentrum und liberalen Block durch die Berufung ihrer Führer zuteil geworden ist. Die Umgehung der Arbeiterschaft in dieser Spezialität einer Kammer, welche sich hauptsächlich mit der Verwertung der Wasserkräfte für Industrie und Verkehr zu befassen hat, ist skandalös! Das Verhalten des Ministeriums gerade in dieser Angelegenheit muß die Richtigkeit der Auffassung bestätigen, daß man der badischen Regierung mit einem platonischen Mißtrauensvotum nicht imponieren kann; ein Protest muß in der Verweigerung des Etats ausgedrückt sein, wenn er stechen und hauen soll.

Die Mannheimer „Volksstimme" erhebt neuerdings den Vorwurf einer „verwerflichsten politischen Unmoral" wegen der fortgesetzten Versuche der Lehrerknebelung durch den Oberschulrat. Letzterer ließ den Vorsitzenden der Neckarelzer Lehrerkonferenz und einige seiner Amtskollegen dienstpolizeilich vernehmen, um den Verfasser oder Veranlasser der Vertrauensresolution zugunsten des gemaßregelten Rödel zu ermitteln. Die Inquisition war erfolglos, da sich keiner der Lehrer bereit fand, zum Verräter eines Kollegen zu werden. Die „Volksstimme" zieht eine Paralelle dieser disziplinären Untersuchung mit dem Schutze, den im staatsanwaltlichen Strafverfahren diejenigen genießen, welche als Täter in Frage kommen; sie sind berechtigt, das Zeugnis abzulehnen. Und ein Lehrer ergänzt in der liberalen Presse diesen Vergleich mit dem Hinweise darauf, daß bei der letzten Landtagswahl ein bekannter katholischer Geistlicher in der Zentrumsflugschrift „Waldmichel" die Regierung und den Großherzog in „beispiellos dastehender Weise" beleidigte, ohne disziplinarisch oder richterlich belästigt zu werden.

Und noch etwas! Die öffentlichen Beschwerden mehren sich aus den Kreisen des unteren Beamtentums darüber, daß der neue Gehaltstarif schwere Enttäuschungen hervorgerufen hat, namentlich bei den Angestellten der Eisenbahnverwaltung. Im „Volksfreund" führen Beteiligte den Nachweis, daß die Beschlüsse der Kammerverhandlungen von der Staatsverwaltung nicht beachtet werden und viele Ungerechtigkeiten bei den Anstellungsverhältnissen unterlaufen.

So geht das Jahr nicht zur Neige, ohne in steigendem Maße durch die letzte Phase der politischen Entwickelung darauf hinzuweisen, wie verkehrt die Auffassung unserer badischen Parteigenossen war, die ihnen eine entgegenkommendere Taktik gegenüber der Regierung angebracht erscheinen ließ.

Die Beratung der Volksschulnovelle im württembergischen Landtag

ist nun glücklich so weit gediehen, daß der Artikel 1 des Gesetzes fertig ist. Der sozialdemokratische Antrag, Gesetzes- und Bürgerkunde für fakultative Lehrfächer zu erklären, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und dreier Volksparteiler abgelehnt. Der volksparteiliche Abgeordnete Lehrer Löchner meinte, die Gesetzes- und Bürgerkunde sei für die Volksschule ein zu schweres Fach. Im gleichen Sinne sprachen sich der konservative Bauernbündler Schrempf und der Zentrumsmann Rembold-Aalen aus. Auch der Zentrumsabgeordnete Weber pflichtete dem volksparteilichen Redner bei. Die Errichtung von Hilfsschulen für Schwachbegabte wurde ferner den Gemeinden ermöglicht. Der Kultusminister teilte mit, daß ein Gesetzentwurf betreffend die Regelung der Schularztfrage ausgearbeitet sei.

Die Zweite Kammer lehnte am Montag bei der Beratung der Volksschulnovelle den Antrag der Volkspartei auf obligatorische Einführung des achten Schuljahres mit 50 gegen 33 Stimmen der Volkspartei und Sozialdemokraten ab. Dagegen wurde dem Antrag der Kommission auf fakultative Einführung des achten Schuljahres zugestimmt.

Die blamierten Sozialistenvernichter von Gotha.

Gotha, 21. Dezember.

(Privatdepesche des „Vorwärts".)

Bei der heutigen Nachwahl im 8. Landtagswahlbezirke des Herzogtums Gotha wurde mit 21 gegen 20 Wahlmännerstimmen abermals Genosse Bock zum Landtagsabgeordneten gewählt.

Die Nachwahl war bekanntlich notwendig geworden, weil die bürgerliche Mehrheit des Gothaer Landtages unter rücksichtsloser Umstoßung der früher beobachteten Grundsätze der Wahlprüfung das Mandat des Genossen Bock für ungültig erklärt hatte. Nun hat den Bürgerlichen diese Gewalthandlung, die sie auf die schlimmste Weise bloßstellte, nicht einmal den Ertrag eingebracht, den sie davon erhofften. Der gehaßte Gegner, den sie aus dem Landtage drängen wollten, kehrt in das Landesparlament zurück und ihnen bleibt nur die Einbuße an Ansehen, die ihre Tat notwendig im Gefolge haben mußte.

Gärung auf Samoa.

Das „W. T. B." meldet:

Auckland, 21. Dezember. Nach hier eingegangenen Nachrichten versuchen einige Häuptlinge in Samoa Unruhe zu stiften, weil sie durch die Auflösung des ehemaligen samoanischen Parlaments an Macht und Würde verloren zu haben glauben und die Anschauung verfechten, Deutschland sei nur ihr Protektor und nichts weiter. Wenn das samoanische Parlament wieder zusammentritt, wünschen sie, die samoanische Flagge zu hissen, und es ist wahrscheinlich, daß sie an England und Amerika appellieren werden, damit diese Länder entscheiden, ob ihre Handlungsweise gerechtfertigt sei oder nicht. Gewalttätigkeiten werden nicht befürchtet, doch werden die Häuptlinge den deutschen Behörden wahrscheinlich passive Resistenz entgegensetzen.

Derartige Intrigen einzelner samoanischer Häuptlinge sind, wie uns an amtlicher Stelle mitgeteilt wird, wiederholt vorgekommen. Das Gouvernement hat jedoch schädliche, für die Ruhe auf Samoa bedenkliche Wirkungen solcher Intrigen stets ohne Schwierigkeit abgewendet.

Besonders glücklich scheinen sich danach die Samoaner unter der deutschen Herrschaft nicht zu fühlen. Ob sich die Unzufriedenheit auf die Häuptlinge beschränkt, erscheint zweifelhaft, da man ja durch Import chinesischer Kulis die Löhne der eingeborenen Arbeiter gehörig zu drücken verstanden hat! —

Zusammenstöße in Südwestafrika.

Die letzten Nachrichten aus Südwestafrika lassen erkennen, daß es mit der vollständigen Ruhe, die dort drüben angeblich herrscht, nicht weit her sein kann. Bei Romansdrift wurden bewaffnete Eingeborene gesehen, die sofort von einer Kompagnie verfolgt wurden. Einer der Eingeborenen wurde erschossen. Mitte November kam es im Zarisgebirge zu einem Zusammenstoß mit Buschleuten; dabei wurden einige der Buschleute erschossen und eine Anzahl Kinder gefangen genommen. Offenbar haben die Hottentotten eine Art Bandenkrieg organisiert.

Wenn man bedenkt, daß gerade in den Kolonien das Vertuschungssystem überaus sorgfältig gepflegt wird, dann geht man wohl kaum fehl in der Annahme, daß dort auf lange Zeit hinaus die Kämpfe noch kein Ende nehmen werden.

Ein ehemaliger Hottentottenkrieger zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt.

Der Gefangenenaufseher Reichel stand am Sonnabend wegen Verbrechen nach § 174 des Strafgesetzbuches unter Anklage vor der Strafkammer des Landgerichts in Weimar. Er hat sich in sechszehn Fällen an gefangenen Frauen vergriffen. Beantragt wurden hierfür fünf Jahre Zuchthaus. Der Verteidiger trat aber in Anbetracht der Tatsache, daß Reichel in Afrika als Soldat gedient habe, für mildernde Umstände ein. Das Gericht schloß sich dem an und — es blieb der ehemalige Hottentottenkrieger vom Zuchthaus befreit, dafür wurde er aber zu sechs Jahren Gefängnis und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

Militärjustiz.

Wegen Fahnenflucht im zweiten Rückfalle wurde von dem Kriegsgericht der 16. Division der Musketier Meurer vom 29. Infanterieregiment in Trier zu fünf Jahren neun Monaten Zuchthaus verurteilt. Der Verurteilte, der Kesselflicker und Korbmacher ist und ein sehr bewegtes Leben hinter sich hat, gab als Grund für seine drei Desertionen an, er sei beim Militär schlecht behandelt worden. Es waren sechs Jahre Zuchthaus beantragt. Der Unglückliche erkannte das Urteil sofort an. —

Oesterreich.

Vertagung.

Das österreichische Abgeordnetenhaus ist am Sonnabend in die Ferien gegangen, nachdem es der Regierung noch die Ermächtigung zur Fortführung der handelspolitischen Verhandlungen und zur Verlängerung des Handelsvertrages mit Serbien gegeben hatte. Die Agrarier hatten dem Gesetz den schärfsten Widerstand entgegengesetzt, blieben aber schließlich in der Minorität. Dann wurde noch auf Antrag der Sozialdemokraten die Regierungsvorlage über die Sozialversicherung einem eigenen Ausschuß von 52 Mitgliedern zugewiesen.

Das wichtigste Ergebnis des Sessionsabschnittes besteht darin, daß das Haus des gleichen Wahlrechts vor allem dank der mutigen und energischen Initiative der sozialdemokratischen Fraktion seine Lebenskraft glänzend bewiesen hat und seine Arbeitsfähigkeit in Situationen bewährt hat, in denen das alte Kurienparlament längst vor dem Absolutismus des § 14 kapituliert hätte. —

Frankreich.

Ein bedeutungsvoller Wahlsieg.

Paris, 21. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Sonntag fanden in Villefranche und Charolles zwei Stichwahlen statt, in denen die Genossen Cabrot und Dmarrouge gegen zwei Regierungsradikale standen. Beide wurden gewählt und unsere französischen Genossen gewinnen damit zwei neue Sitze in der Kommune.

Der Erfolg ist um so bedeutungsvoller, da er deutlich zeigt, daß die offizielle Scharfmacherei der Clemencisten gegen unsere Partei bei den Wählern schmählich zusammengebrochen ist. Die Wahl in Charolles, wo Cabrot gegen den Sohn des früheren Ministers Sarrien gewählt wurde, bedeutet zugleich einen Protest gegen die bei den Radikalen immer mehr um sich greifende Klüngelwirtschaft. Der Erfolg unserer französischen Genossen ist um so freudiger zu begrüßen, als er deutlich beweist, daß die Partei, seitdem sie eine einheitliche und energische Klassenpolitik betreibt, trotz aller Hetze der verräterischen Radikalen und trotz der unverständigen Nörgelei der „unabhängigen Sozialisten", immer neues Feld erobert.

Italien.

Die richtige Antwort.

Wir haben in der Sonntagsnummer das reaktionäre Verhalten der Kammermehrheit bei der Debatte über die Maßregelung des Postsekretärs Campanozzi geschildert. Die Wähler haben den Abgeordneten jetzt, wie uns ein Privattelegramm aus Rom meldet, die nötige Zurechtweisung angedeihen lassen. Genosse Campanozzi wurde in Biandrate mit 3041 gegen 2736 Stimmen, die auf den Kandidaten der Regierung fielen, gewählt. Das ist die richtige Art, einer Regierung die Lust zu Maßregelungen auszutreiben.

Die Neuwahlen.

Rom, 21. Dezember. Ministerpräsident Giolitti erklärte, daß die Wahlen im Frühjahr, wahrscheinlich am 9. Mai, stattfinden werden. Die jetzige Kammer würde bis Ende März tagen.

Spanien.

Fortschritte der Republikaner.

Madrid, 21. Dezember. In Valencia siegten die republikanischen Kandidaten Azzati und Cervera, der erste mit 9000, der zweite mit 7500 Stimmen gegen den ministeriellen Kandidaten, der 5500, und den Karlisten, welcher 5000 Stimmen erhielt. Zahlreiche Häuser der Stadt wurden illuminiert. Mit den Wahlen in Barcelona treten nunmehr 5 neue republikanische Abgeordnete in die Kammer ein.

Portugal.

Die Ministerkrise.

Lissabon, 21. Dezember. Die politische Lage ist äußerst verwickelt. Die Führer der drei monarchistischen Gruppen haben sich dahin verständigt, eine Auflösung des Parlamentes zu verhüten. Der Führer der Regeneradores Vilhena hat versprochen, jedes Kabinett zu unterstützen, wie es auch zusammengesetzt sein möge. Weiter sind die Parteiführer damit einverstanden, daß das Parlament dringend die Reform der Verfassung der Polizei beraten müsse. Es ist möglich, daß der frühere francoistische Minister Vasconcellos in das Kabinett eintritt.

England.

Das Achtstundengesetz für Bergleute.

London, 19. Dezember. Das Oberhaus hat eine wichtige Verschlechterung der Achtstundenvorlage durchgesetzt. Es hat diejenigen Bestimmungen ausgemerzt, die vom Jahre 1914 den Achtstundentag einschließlich der Einfahrt festsetzten. Das Unterhaus nahm diese Verschlechterung auf Anraten der Bergleute an, so daß die Vorlage nunmehr als Gesetz betrachtet werden kann. Der Maximalarbeitstag für Bergleute ist also acht Stunden ausschließlich Ein- und Ausfahrt.

Die Bergleute sind der Ansicht, daß es sich nicht lohne, schon jetzt den Kampf zu beginnen, um die Arbeitszeit vom Jahre 1914 an festzulegen. Kommt Zeit, kommt Rat.

Eine Erklärung Keir Hardies.

London, 19. Dezember. (Eig. Ber.)

Im „Labour Leader" vom 18. d. Mts. schreibt Keir Hardie: „. . . Auf meinen Agitationstouren finde ich fortgesetzt, daß Anstrengungen gemacht werden, besonders durch Nichtmitglieder der Unabhängigen Arbeiterpartei, Uneinigkeit und Verdächtigung unter den Mitgliedern der Unabhängigen Arbeiterpartei und der Arbeiterpartei hervorzurufen. Eine der beliebtesten Methoden dieser Intriganten ist es, Andeutungen darüber zu machen, daß irgendein Einverständnis, ein Abkommen oder eine Allianz zwischen der Arbeiterpartei und den Liberalen bestehe. Mit allem Nachdruck, der mir nur zu Gebote steht, erkläre ich diese Behauptung oder diese Insinuation für eine absolute Unwahrheit. . . Solange ich noch schreiben oder sprechen kann, würde ich mit meinen Anklagen gegen diejenigen nicht geizen, die eine derartige reaktionäre Politik einführen wollten." —

Reformen für Indien.

London, 19. Dezember. (Eig. Ber.)

Lord Morley, der Staatssekretär für Indien, hat am 17. d. Mts. in einer Rede im Oberhause die für Indien bestimmten Reformen dargelegt. Vom Standpunkte der indischen Reformbewegung enthalten die Darlegungen Morleys wenig Erbauliches. Sie verdienen indes nichtsdestoweniger unsere Beachtung, da sie den ersten Schritt zur Heranziehung der Hindu zur Verwaltung ihres Landes bedeuten.

Sehen wir, worin diese Reformen bestehen. 1. Die oberste Behörde Indiens ist der von der englischen Regierung ernannte Vizekönig oder Statthalter. Ihm zur Seite steht der ausführende Rat oder das Kabinett, das sich aus sechs der höchsten Beamten (Minister) und dem Generalkommandierenden zusammensetzt. Bis jetzt war noch kein Hindu Mitglied des Kabinetts. Nunmehr soll bei der nächsten Vakanz ein Hindu ins Kabinet eintreten.

2. Dem Kabinett zur Seite steht ein gesetzgebender Rat. Er zählt 24 Mitglieder, wovon 14 Beamte sind. Von den Nichtbeamten waren nur 4 Hindu. Von den 24 Mitgliedern waren 19 ernannt, 5 gewählt. Jetzt soll der gesetzgebende Rat aus 64 Mitgliedern bestehen, wovon 28 gewählt werden sollen. Die Zahl der Hindu soll von 4 auf 26 erhöht werden. Früher fanden dort keine ernsten Debatten über die Gesetzentwürfe und den Etat statt. Jetzt sollen die parlamentarischen Formen mehr beachtet werden: die Mitglieder dürfen Resolutionen einbringen, die Etatsposten festsetzen, namentliche Abstimmungen provozieren usw. Die Wähler sind: die Gebildeten, die Grundherren, die Mohammedaner, die Kaufleute und die Gewerbetreibenden. Dies gilt von der Zentralbehörde.

Nun kommen Reformen für die Provinzverwaltungen. Die gesetzgebenden Kammern der Provinzen sollen aus je 62 Mitgliedern bestehen, davon 28 gewählten. Die Nichtbeamten und Hindu sollen da die Mehrheiten bilden. Die Provinzen haben noch keine Kabinette. Diese sollen aber nach und nach eingeführt werden.

Wäre diese Reform vor mehreren Jahren eingeführt worden, so würden sie vielleicht die gemäßigten Reformer befriedigt haben. Jetzt kommen sie ohne Zweifel zu spät. Es werden noch viel radikalere Maßnahmen nötig werden, um Indien zu beruhigen.

Die Thronrede.

London, 21. Dezember. Die Thronrede, mit der der König das Parlament geschlossen hat, besagt: Die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten seien andauernd freundschaftlich. Im abgelaufenen Jahre sind, heißt es weiter, mit fremden Regierungen verschiedene Uebereinkommen geschlossen worden, welche durch Beseitigung von Streitpunkten der Befestigung des Friedens dienen, darunter das Abkommen über die Aufrechterhaltung des territorialen Status quo in den Grenzgebieten der Nordsee. Neuerdings haben sich gewisse Ereignisse vollzogen, die darauf berechnet sind, die durch den Berliner Vertrag auf dem Balkan getroffene Regelung zu stören, aber es ist mit Recht zu hoffen, daß durch weise und versöhnliche Verhandlungen eine friedliche Beilegung unter Zustimmung der Vertragsmächte erreicht wird.

Türkei.

Der künftige Präsident.

Konstantinopel, 21. Dezember. Die Wahl des Führers der Jungtürken Achmed Riza Bey zum Präsidenten des Parlaments gilt als sicher.

Die Verhandlungen mit Oesterreich.

Konstantinopel, 21. Dezember. Der gestrige Ministerrat hat über die Vorschläge Oesterreich-Ungarns bezüglich einer Verständigung über Bosnien und die Herzegowina beraten. Wie die „Jeni Gazetta" meldet, ist beschlossen worden, daß beiderseits Delegierte für die Verhandlungen ernannt werden sollen.

Der Boykott.

Konstantinopel, 21. Dezember. Die Boykottbewegung gegen die aus Oesterreich-Ungarn kommenden Waren nimmt, namentlich in Valona, an Schärfe zu. Die dortigen Lokalbehörden haben gegenüber der von dem Boykottsyndikat aufgehetzten Bevölkerung die Autorität verloren. Da die Führer der Bewegung die Menge zu bewegen suchen, die Ausschiffung der nächsten Post zu verhindern und die für die Konsulatbeamten ankommenden Postsendungen zu öffnen, werden Zusammenstöße befürchtet. Die österreich-ungarische Botschaft hat heute neuerdings bei der Pforte Schritte wegen dieser Boykottbewegung unternommen.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart erscheint und gelangt in wenigen Tagen zur Ausgabe: **Die Novelle zur Gewerbeordnung vom Dezember 1908. Von Arthur Stadthagen. Preis 20 Pf.**

In der vorliegenden Broschüre findet der Leser die Bestimmungen der Berner Uebereinkunft, den Schutz gewerblicher Arbeiterinnen betreffend, ferner die Novelle zur Gewerbeordnung nebst Einführung und Anmerkungen, sowie den Text der Novelle in einer Gegenüberstellung der alten mit der neuen Fassung, wie sie vom Reichstag am 9. Dezember beschlossen worden ist.

Diese Ausgabe ist für alle Interessenten unentbehrlich und für die Besitzer des „Arbeiterrechts" wird sie eine willkommene Ergänzung bilden.

Gemeindewahlen in Württemberg.

Im Bürgerausschuß in Ulm a. D. war die Sozialdemokratie bisher noch nicht vertreten. Unsere Genossen haben der Bevölkerung die kleine Weihnachtsfreude gemacht und zwei Sozialdemokraten hineingewählt. Unsere Genossen in Harthausen a. F. meinten: Je mehr, desto besser! und wählten vier Genossen in den Bürgerausschuß. In Münster a. N. wurden zwei Sozialdemokraten gewählt, in Truchtelfingen 2, in Bissingen 1, Dürrmenz-Mühlacker 2, Kemnat 3, Altenstadt 2, Unterreichenbach 2, Vaihingen 2, Böblingen 2, Mössingen 2, in Aalen 1. Und noch immer will der Segen kein Ende nehmen. Da haben unsere Genossen den bürgerlichen Parteien eine schöne Weihnachtsbescherung bereitet.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkonto. Gegen in der modernen Arbeiterbewegung tätige Genossen wurden von deutschen Gerichten an Strafen erkannt im Monat:

Juli:	3 Monate 1 Woche Gefängnis,	2680 M.	Geldstrafe.
August:	6 Monate 8 Wochen 15 Tage Gef.	830 „	„
September:	1 Monat 1 Woche Gefängnis	709 „	„
Oktober:	6 Jahre 8 Monate Gefängnis	2231 „	„
November:	13 J. 5 Mon. 2 Wochen 1 Tag Gef.	2350 „	„

Hallenser Justiz.

Genosse Thiele soll als verantwortlicher Redakteur des „Volksblatt" in Halle den „Generalsekretär" Michaelis vom Reichs(wahrheits)verband beleidigt haben. Herr Michaelis klagte, blitzte aber beim Schöffengericht ab. Erst die Berufungsinstanz, die Strafkammer, hatte ein Einsehen: sie verurteilte am Sonnabend den Genossen Thiele zu 600 (sechshundert!) Mark ... Während das Schöffengericht verständigerweise angenommen hatte, der Privatkläger sei nicht berechtigt, wegen einer nicht ihm, sondern seinem Arbeitgeber (dem Reichsverband) zugefügten Beleidigung zu klagen, glaubte die Strafkammer nicht nur die Ehre des Michaelis durch die horrende Geldstrafe reparieren, sondern dem Genossen Thiele sogar den Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) versagen zu müssen, obwohl Thiele u. a. darlegte, daß der Reichsverband ihm im letzten Reichstagswahlkampf die gemeine Lüge angehängt hatte, er sei wegen eines Sittlichkeitsverbrechens mit zwei Jahren Zuchthaus bestraft! Tut nichts — der Sozialdemokrat wird bestraft.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Als keine Freunde des Bundes

wollen jetzt die meisten der Geschäftsleute gelten, die wir dieser Tage als Inserenten des gelben Organs aufzählten.

Herr Oskar Wollberg (Brunnenstr. 61) erklärt uns, fernerhin nicht mehr im „Bund" inserieren zu wollen. Er war bei Aufgabe seines Inserates über den Zweck des Blattes ununterrichtet.

Die Firma R. u. S. Moses (Reinickendorfer Straße 10) schreibt uns:

„Unter Bezugnahme auf den von Ihnen gebrachten Artikel über die Inserenten im „Bund" teilen wir Ihnen hierdurch höfl. mit, daß wir bei Aufgabe der betr. Annoncen nichts von einer gelben Gewerkschaft wußten und uns gesagt wurde, daß das Blatt von der großen Masse der Arbeiter resp. den Frauen gelesen werde.

Wir werden nunmehr im „Bund" nicht mehr inserieren und bitten höfl. um Aufnahme dieser Berichtigung im Vorwärts."

Der Inhaber der Firma Fritz Metzner (Kinderwagen-Metzner) schreibt uns:

„Ich habe erst kürzlich und zum ersten Male einige Inserate in der Bundeszeitung aufgegeben, und zwar durch einen Vertreter, welcher häufig auch für andere Zeitungen Aufträge bekommen hat, und versichere ich Sie, daß ich das Blatt nur einmal beim Offerieren gesehen habe. Die Zwecke und Ziele, die dieses Blatt verfolgt, sind mir absolut unbekannt und kann man eine diesbezügliche Orientierung bei der großen Masse der Zeitungen wohl nicht verlangen. Unter allen Umständen lag es mir ganz fern, durch Aufgabe eines Inserates in dieser Zeitung Ihrer großen Partei einen Schaden zuzufügen."

Herr J. Baer, Herren- und Knabenmoden (Badstr. 26) schreibt uns kurz und bündig:

„Nachdem ich über die Zeitschrift „Der Bund" aufgeklärt worden bin, inseriere ich fortan darin nicht mehr."

Achtung, Töpfer! Von seiten des Lokalvereins ist die Firma August Schröer, Spandau, Pichelsdorfer Straße, einer Differenz wegen gesperrt. In Betracht kommen die Bauten Spandau, Streitstraße und Körnerstraße. Die dort arbeitenden Verbandsmitglieder haben ebenfalls die Arbeit mit niedergelegt, und haben somit auch unsere Mitglieder die Firma zu meiden.

Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Der Magistrat in Görlitz und die Arbeitslosigkeit.

Das Gewerkschaftskartell in Görlitz hatte an den Magistrat eine Eingabe gerichtet, worin es um eine Beihilfe zur Vornahme einer Arbeitslosenzählung bat. Der Magistrat lehnte das Gesuch in schroffer Form — ohne jede Begründung — ab, während bisher jedem bürgerlichen Sportverein und Schachklub Tausende von Mark zu seinen Veranstaltungen bewilligt wurden. Einige kinderreiche Arbeitslose, die zwei Jahre und länger im Orte wohnen, werden mit Kanalisationsarbeiten und bei Herrichtung von Wegen beschäftigt. Zwei sozialdemokratische Stadtverordnete suchten diese Arbeitsplätze auf und erfuhren von den Arbeitern, daß sie nur 22 Pf. pro Stunde erhalten und daß die Arbeit durch das Armenbureau angewiesen wird. Bemerkt sei, daß der ortsübliche Stundenlohn für diese Arbeiten 30—32 Pf. beträgt. In der Stadtverordnetenversammlung wurden die beiden sozialdemokratischen Stadtverordneten heftig angegriffen, weil sie ohne Genehmigung des Magistrats (!) die Arbeiter aufgesucht hatten, sie hätten damit ihre Kompetenz als Stadtverordnete überschritten. Ihr Vorgehen sei eine Beeinflussung der Arbeiter, die sich der Magistrat nicht gefallen lassen könne; es müsse Ruhe und Ordnung auf den Arbeitsplätzen herrschen. Den Stundenlohn von 22 Pf. bezeichnete Oberbürgermeister Snay als angemessen.

Von unseren Genossen wurden die Angriffe zurückgewiesen und die reaktionäre Haltung des Magistrats zur Arbeitslosigkeit kritisiert. Ihre Ausführungen wurden durch fortwährende Schlußrufe der bürgerlichen Stadtverordneten unterbrochen.

In einer Volksversammlung, die sich mit der Angelegenheit befaßte, wurde das Verhalten der Stadtverwaltung scharf verurteilt.

Holzarbeiter-Aussperrung.

Aus Bremen wird gemeldet: Als Folge der seit längerer Zeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern schwebenden Tarifstreitigkeiten im Tischlergewerbe erfolgte gestern abend von den im Arbeitgeberschutzverbande vereinigten Tischlermeistern die Aussperrung aller Tischlergesellen, soweit diese dem Deutschen Holzarbeiterverbande angehören. Von dieser Maßregel sollen annähernd tausend Tischlergesellen betroffen werden.

Aus dem Mannheimer Industriegebiet. Am vergangenen Sonnabend fand im Rathaussaal zu Mannheim eine Versammlung der Vertrauensleute der Streikenden und der gekündigten Arbeiter statt. Die Einladung dazu war vom Oberbürgermeister Martin ergangen, der auch den Vorsitz führte. In einer längeren Aussprache versuchte der Oberbürgermeister den etwa 120 Köpfe zählenden Vertrauensleuten klarzumachen, daß die Annahme der von den Strebelwerken gemachten Vorschläge im Interesse der Arbeiter liege, denn es erscheine ausgeschlossen, daß die Werke nachgeben würden. Komme aber die angedrohte Aussperrung, so würde die Gemeinde ungeheuer geschädigt werden. Steuerverluste und schwere Schädigung des von der Arbeiterschaft abhängigen Mittelstandes sei dann nicht zu vermeiden. Mehrere Arbeiter, die hierauf das Wort nahmen, sagten, daß für die Folgen die Industriellen verantwortlich zu machen seien. Die Stimmung ist allgemein für Fortsetzung des Streiks.

Ausland.

Ein neuer Reichstarif für das Buchdruckgewerbe Schwedens.

Durch die Verhandlungen im Buchdruckgewerbe Schwedens ist ein neuer Tarifvertrag zustande gekommen, der sich über das ganze Land erstreckt und auf fünf Jahre abgeschlossen wurde. Er regelt die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowohl für die Gehilfenschaft wie für die Hilfsarbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge. Die verschiedenen Städte und Orte sind in sechs Lohnklassen eingeteilt. Gegenüber dem alten Reichstarif, der mit dem 31. Dezember abläuft, bietet der neue Lohnerhöhungen von durchschnittlich 10 Proz., jedoch so verteilt, daß die bisher schon bestbezahlten Arbeitskräfte nur geringe Zulagen erhalten, während die Löhne der schlechtestbezahlten Gruppen um bis zu 25 Proz. verbessert werden. Daß trotz der furchtbaren Wirtschaftskrise solche Verbesserungen erzielt werden konnten, ist vor allem dem Umstand zu verdanken, daß die Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes so stark organisiert ist, daß unorganisierte Arbeitskräfte nur noch vereinzelt vorkommen. Daraus erklärt es sich auch, daß die Prinzipale lieber etwas mehr bewilligten und durch die Einigung auf das Darlehen von 2 Millionen Kronen verzichteten, das ihnen mehrere Banken für den Fall eines Lohnkampfes im Zeitungs- und Buchdruckgewerbe zur Verfügung gestellt hatten.

Die amerikanischen Marmorarbeiter haben im Staate Colorado einen beachtenswerten Erfolg im Kampfe mit dem Unternehmertum erstritten. Die Unternehmer hatten die Gewerkschaften auf 50 000 Dollar Schadenersatz verklagt, weil sie sich durch die Kampfesweise des Arbeiterbundes, der „American Federation of Labor", schwer geschädigt fühlten. Die Arbeiter aber ließen sich nicht einschüchtern, sondern verharrten im Streik. Jetzt, nach einigen Monaten hartnäckigen Kampfes, haben die Unternehmer Frieden gemacht. Die Friedensbedingungen sind den Arbeitern sehr günstig. Der Prozeß wird zurückgezogen, in den Werkstätten werden organisierte Arbeiter angestellt, die achtstündige Arbeitszeit wird eingeführt und der Minimallohn soll pro Tag 3 Dollar (12,50 M.) betragen. Die Forderungen der Arbeiter sind damit erfüllt worden.

Das dänische Höchste Gericht als Schutzengel der Ausbeutung und Schmutzkonkurrenz.

Der dänische Schneiderverband führte seit vielen Jahren einen Kampf gegen den Großhändler und Schneidermeister W. Schilder in Kopenhagen, der Uniformjacken für die Staatsbahnangestellten weit unter den im Tarifvertrag festgesetzten Löhnen anfertigen ließ und damit nicht nur die Arbeiterschaft des Berufes schädigte, sondern auch durch seine Schmutzkonkurrenz die zur tarifmäßigen Bezahlung verpflichteten Innungsmeister. Er selbst gehört der Innung nicht an. Sein Verhalten führte natürlich dazu, daß in der Arbeiterpresse wiederholt davor gewarnt wurde, bei Schilder in Arbeit zu treten. Im Jahre 1890 aber gelang es ihm, gegen „Socialdemokratens"-Redaktion ein amtliches Verbot solcher Warnungen und Sperrnotizen zu erwirken, das nachträglich auch gerichtlich bestätigt wurde. Als dann im Jahre 1906 von neuem über Schilders Geschäft die Sperre verhängt werden mußte, veröffentlichte der Schneiderverband die betreffenden Artikel im „Socialdemokraten" mit Namensunterschrift des Verbandsvorsitzenden Arup. Gleichwohl verklagte Schilder den Chefredakteur Wijublad und hatte damals auch den Erfolg, daß dieser für sieben Fälle zu je 3000 Kronen, also im ganzen zu 21 000 Kronen Schadenersatz verurteilt wurde, was um so merkwürdiger war, als in einigen Artikeln Schilders Name überhaupt nicht genannt war, sondern vor Arbeitsannahme bei den Schneidermeistern C. Petersen und O. Nielsen gewarnt wurde, allerdings mit der Hinzufügung, daß diese Arbeit übernommen hätten von jemand, dessen Name nicht genannt werden dürfe.

Gegen jene Urteile des Kriminalgerichts wurde Berufung eingelegt, und das Höchste Gericht hat nun endlich in der vorigen Woche seine Entscheidung getroffen. Es hat die Verurteilung selbst bestätigt, jedoch den Schadenersatz auf im ganzen 3000 Kronen herabgesetzt. Ein so großes Vermögen wie er dachte, konnte Schilder also doch nicht herauspressen. Die Verurteilung selbst steht jedoch im Widerspruch zu einer Entscheidung, die das Höchste Gericht im Jahre 1892 getroffen hat. Sie betraf einen ebenso liegenden Fall, besagte aber, daß bei mit Namensunterschrift versehenen Artikeln das Verbot nur dann maßgebend sei, wenn es sich gegen den Verfasser richte, die Klage also abgewiesen werden müsse.

Aus der Frauenbewegung.

Staatlicher Mutterschutz für die Gebärende.

Auf dem so überaus wichtigen Gebiete der Fürsorge für unsere Gebärenden durch eine ausreichende Geburtshilfe hat der Staat bisher völlig versagt. In seiner Fahrlässigkeit wurde er leider, wenn auch absichtslos, unterstützt durch die erstaunliche Gleichgültigkeit des großen Publikums, das sich mit einer Art von Fatalismus darin ergab, wenn alljährlich Tausende und Abertausende von Frauen in der Blüte ihrer Jahre vom Kindbettfieber dahingerafft wurden oder an schleichenden Frauenkrankheiten dahinsiechten. Diese Gleichgültigkeit erklärt sich zum großen Teil aus dem Mangel an hygienischen Kenntnissen in weiten Kreisen unserer Bevölkerung. Man weiß vielfach nicht, daß Krankheit und Tod als Folge eines natürlichen Vorganges, der die Geburt doch ist, fast völlig ausgeschaltet werden können, wenn Staat und Gesellschaft ihre Pflicht tun und dafür sorgen, daß jeder Frau, die ein neues Leben zur Welt bringt, der volle von der Wissenschaft gebotene Schutz für Leben und Gesundheit gesichert wird. Für die Besitzenden ist diese Frage längst gelöst; sie können ihre Frauen von Spezialärzten entbinden und von geschulten Wärterinnen sachgemäß pflegen lassen und haben also kein Interesse daran, wie es um die Geburtshilfe der großen Masse bestellt ist. Qualitative und quantitative Unzulänglichkeit kennzeichnen — darin sind sich alle Sachverständigen einig — heute das, was der Staat an Mutterschutz für die Frauen der Minderbemittelten leistet. Die Sozialdemokratie ist die einzige von allen Parteien gewesen, die volles Verständnis für die Notlage der Mütter des Volkes zeigte, indem sie in ihrem Programm die Unentgeltlichkeit der Geburtshilfe im Rahmen des verstaatlichten Gesundheitswesens forderte. Nicht einmal die bürgerliche Frauenbewegung hatte sich dieses verwahrlosten Gebietes der Volkshygiene angenommen. Erst die letzten Jahre, speziell das Jahr 1908, brachten einige Kundgebungen von bürgerlicher Seite zur Hebammenfrage. Diese hat Carolina Goyke unter dem Titel: „Staatlicher Mutterschutz für die Gebärende" in der Sammlung: „Kultur und Fortschritt" zusammengestellt. Den Anfang machen in der Broschüre die Ausführungen des freisinnigen Abgeordneten Münsterberg im Abgeordnetenhause, der in der Session 1906/07 auf die entsetzliche materielle Notlage der Hebammen hinwies. In Preußen hatten 1903 von 20 000 Hebammen ein Jahreseinkommen einschließlich der Naturalbezüge: ein Viertel unter 200 M., über ein Viertel nur 200—400 M. Diese materielle Not zwingt die Hebammen zu Nebenbeschäftigungen, die mit der peinlichen Reinlichkeit, die ihr Beruf erfordert, in schreiendstem Widerspruch stehen. Der von vielen Aerzten und Hygienikern erhobenen Forderung einer Reform des unzulänglichen Hebammenunterrichts vermochte der Freisinnsmann nicht zuzustimmen im Hinblick auf die großen Kosten. Der Kultusminister verhieß hierauf die Vorlegung eines Hebammengesetzes für die Session von 1908. Um die Verschleppung dieser wichtigen Frage zu verhüten, nahm sich endlich die radikalste Gruppe der bürgerlichen Frauenbewegung, der „Bund für Mutterschutz", der Hebammenfrage an, indem er eine außerordentliche öffentliche Tagung einberief, an der bedeutende Aerzte, Aerztinnen, Abgeordnete Sozialpolitiker, eine große Zahl von Hebammen und interessierten Laien teilnahmen. Der „Vorwärts" hat seinerzeit seine Leser und Leserinnen über diese Verhandlungen unterrichtet, die mit außerordentlicher Mäßigung geführt wurden und in einer Reihe sehr bescheidener Forderungen zur Anbahnung einer Reform der Geburtshilfe gipfelten. Die Goykesche Broschüre bringt einen ausführlichen Bericht über diese interessante Kundgebung. Daran schließt sich eine kurze Darstellung des kläglichen Ausgangs, den die von dem Kultusminister so pomphaft angekündigte Hebammenreform im preußischen Abgeordnetenhause nahm, wo man kurzerhand über die Anregungen der Mutterschutz-Versammlung zur Tagesordnung überging, ja sogar ein fertig ausgearbeitetes Hebammengesetz zurückzog, um sich mit einigen ungemein dürftigen Verbesserungen im Verwaltungswege zu begnügen. Unter allgemeiner Heiterkeit verzichtete das außerordentlich schwach besetzte Abgeordnetenhaus am 23. März 1908 auf eine Kommissionsberatung der Materie. „Das war" — so schließt die Broschüre — „der Ernst, die Gründlichkeit, die sachliche Hingebung, mit welcher das preußische Männerparlament den Schutz der mit dem Tode ringenden Frau erörterte." —

Versammlungen.

Der Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher hält vom 1. bis 6. März nächsten Jahres in Köln seinen Verbandstag ab. Die Filiale Berlin beschäftigte sich in ihren letzten beiden Mitgliederversammlungen mit Anträgen an den Verbandstag auf Aenderung der Statuten. Die letzte Versammlung fand am Donnerstagabend in den Arminhallen statt. — Als Delegierte zum Verbandstag wurden gewählt: Bernt, Elsner, Link und Mietz. In Stichwahl stehen noch: Fleischer, Genz, Haase, Kloß, Sehmisch und Wendel. In bezug auf die Beitragsleistung beantragt die Filiale Berlin auf Anregung der Ortsverwaltung:

„1. Der wöchentliche Beitrag für männliche Mitglieder darf nicht unter 50 Pf. betragen, wovon 40 Pf. an die Hauptkasse abzuführen sind.

2. Mitglieder, welche arbeitslos sind und sich den Kontrollvorschriften unterwerfen, haben keinen Beitrag zu zahlen, erhalten vielmehr für je 6 Arbeitstage eine Arbeitslosenmarke, die jedoch erst dann in das Mitgliedsbuch geklebt wird, wenn die ordentlichen Beiträge bis zum Eintritt der Arbeitslosigkeit entrichtet sind. Die Arbeitslosenmarke wird für die Woche geklebt, in welche der 6. Tag der Arbeitslosigkeit fällt. Jede Arbeitslosenmarke wird als entrichteter Beitrag gerechnet.

3. Die Lokalverwaltungen sind verpflichtet, für eine genügende Kontrolle der Arbeitslosen Sorge zu tragen. Die Kontrolleinrichtungen unterliegen der Aufsicht des Verbandsvorstandes."

In der letzten Versammlung wurde zuerst der Antrag beraten, daß alle Beamten der Organisation sich alle zwei Jahre einer Neuwahl zu unterziehen haben. Die Versammlung entschied sich mit großer Mehrheit dafür. — Die Ortsverwaltung machte den Vorschlag, daß der § 17 der Statuten, der vom Ausschuß handelt, eine Einschaltung erfahre, die dahin lautet, daß die Entscheidungen des Ausschusses Rechtskraft haben und den Mitgliedern das Recht der Berufung an die nächste Generalversammlung zusteht. Gegen eine Stimme wurde dieser Antrag angenommen. — Stimmrecht sollten auf den Generalversammlungen nur die gewählten Delegierten haben; die Angestellten haben nur beratende Stimme. Diesem Antrage wurde ebenfalls zugestimmt.

Zu den Bestimmungen über Unterstützung bei Maßregelungen wird beantragt, einzuschalten:

„Als Maßregelung ist besonders zu betrachten:

1. Wenn ein Arbeiter wegen der Zugehörigkeit zur Organisation entlassen wird.

2. Wenn ein Arbeiter wegen Eintretens für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse entlassen wird.

3. Wenn ein Arbeiter wegen Tätigkeit bei der Ueberwachungskommission, im Tarifamt oder beim Werkstattausschusse entlassen wird.

4. Wenn ein Arbeiter wegen Erhebung einer Forderung zur strikten Einhaltung der Vertragsbedingungen sowie der Bestimmungen des Bundesrates zur Verhütung der Bleierkrankungen entlassen wird."

Der Antrag wurde angenommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Verstorbener Reichstagsabgeordneter.

Mainz, 21. Dezember. (W. T. B.) Wie der „Mainzer Anzeiger" meldet, ist der Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Bingen-Alzey, Landwirt Keller (bei keiner Fraktion), in Steinbockenheim heute vormittag gestorben.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Massenprotest gegen das Rixdorfer Wahlrechtsattentat.

Die Volksmassen, die durch das kommunale Dreiklassenwahlrecht zu Wählern minderen Rechtes degradiert und von den bürgerlichen Stadtverordneten Rixdorfs noch zu einer besonderen Entrechtung verurteilt worden sind, haben am Sonntag ihr Urteil über die Verschlechterung des Wahlrechts gesprochen. Eine dichtgedrängte, nach Tausenden zählende Volksmenge war dem Ruf zur Protestversammlung gefolgt. Der Saal der „Neuen Welt" samt den Galerien war bis in den äußersten Winkel besetzt. Zorn und Erbitterung gegen die Wahlrechtsattentäter lohte auf allen Gesichtern und machte sich hier und da in kräftigen Worten Luft. Ehe die Versammlung begann, wurden einige Polizeibeamte in Zivil, die sich unter die Versammlungsbesucher gemischt hatten, hinausgewiesen. Ein allgemeiner Sturm des Unwillens begleitete die Eindringlinge. Der erste Referent war Gen. Paul Hirsch. Er kennzeichnete die Heuchelei der Bourgeoisie, die, jedes Gemeinsinns bar, nur die Vertretung ihrer egoistischen Interessen im Auge hat. Ein Tag der Schmach und Schande sei der 17. Dezember für die Vertreter des Rixdorfer Bürgertums. Das kürzlich erst

eingeweihte neue Rathaus

sei durch das Attentat auf das Wahlrecht beschmutzt und besudelt worden. Der Schimpf, den die Rixdorfer Bourgeoisie durch diese Handlungsweise auf sich geladen habe, könne nie wieder abgewaschen werden. In der bürgerlichen Presse würden jetzt unsere Stadtverordneten angegriffen, weil sie sich dem Wahlrechtsraub in so energischer Weise widersetzt haben. Wir sagen demgegenüber, unsere Parteigenossen im Rixdorfer Stadtparlament würden ihre Pflicht verletzt haben, wenn sie anders gehandelt hätten, als sie gehandelt haben. (Allgemeiner Beifall.) Nicht unsere Genossen, sondern Herr Rahmig und seine Genossen hätten dem Parlamentarismus einen schweren Schlag versetzt. Die **Rixdorfer Bourgeoisie habe gezeigt, daß sie noch schlimmer sei als die preußischen Junker.** Diese wollen eine Verbesserung des bestehenden Wahlrechts verhindern, aber die Rixdorfer Bourgeoisie habe eine Verschlechterung des ohnehin schon schlechten Wahlrechts beschlossen. (Entrüstete Pfui-Rufe.) In der bürgerlichen Presse heiße es, wir seien durch die Annahme des Antrags Rahmig besiegt. Man möge sich diese Versammlung ansehen. So sehen keine Besiegten aus. (Lebhafte Zustimmung.) Die Herren Rahmig und Genossen hätten wahrlich keine Ursache, auf ihren angeblichen Sieg stolz zu sein. — Das Skandalöseste an dem Wahlrechtsraub sei, daß an demselben sich eine Anzahl von bürgerlichen Stadtverordneten beteiligt haben, die das Vertrauen der Wähler gar nicht mehr besitzen, denn sie seien ja bei den letzten Wahlen nicht wiedergewählt worden. Trotzdem hätten diese sich nicht geschämt, einem Antrage zur Annahme zu verhelfen, der erst zur Ausführung kommt, wenn sie der Stadtverordnetenversammlung nicht mehr angehören. Auch in anderen Orten, so in Kiel, in Halle, in Steglitz, sei das städtische Wahlrecht verschlechtert worden. Das Verhalten der Rixdorfer Bourgeoisie übertreffe aber diese Fälle noch, denn sie sei zur Verschlechterung des Wahlrechts geschritten, nachdem sie bei der Wahl eine Niederlage erlitten hatte. — Es frage sich, was sollen wir nun tun? Der von der Stadtverordnetenversammlung angenommene Antrag bedürfe noch der Zustimmung durch den Magistrat und den Bezirksausschuß. Daß der Bezirksausschuß dem Antrage zustimmen werde, sei zweifellos. Auch der Magistrat werde wahrscheinlich zustimmen, denn man dürfe wohl annehmen, daß die bürgerlichen Stadtverordneten, die ja über ihr Vorgehen in geheimen Konventikeln beraten haben, sich der Zustimmung der Mehrheit des Magistrats versichert haben. Trotzdem aber muß der Magistrat jetzt von unserer Seite aufgefordert werden, den Antrag abzulehnen. Tut der Magistrat das nicht, dann könne er nicht erwarten, daß die Entrechteten auch nur eine Spur von Vertrauen zu ihm haben oder daß die sozialdemokratische Fraktion, die ja in der neuen Versamlung 27 Stadtverordnete habe, dem Magistrat auch nur einen Pfennig bewilligen werde. — Durch den Gewaltstreich der Rahmig und Konsorten würden auch den zurückgebliebensten Wählern die Augen geöffnet werden. Es seien ja nicht nur Arbeiter, sondern auch viele Angehörige des Mittelstandes, die durch den Antrag Rahmig als der zweiten in die dritte Wählerklasse hinabgestoßen werden. Unter stürmischem Beifall schloß Genosse Hirsch seine Rede mit der Aufforderung, nunmehr mit verdoppelter Kraft zu agitieren gegen das Dreiklassenwahlrecht in Staat und Gemeinde. Tausende und Abertausende neuer Anhänger würden wir durch diese Agitation gewinnen.

Der zweite Referent war Genosse Dr. Silberstein, Mitglied der Rixdorfer Stadtverordnetenversammlung. Er schilderte die wesentlichsten Momente aus dem Wahlrechtskampf im Rixdorfer Rathause und führte u. a. aus: Während sich bei anderen Angelegenheiten oft kleinere oder größere Gruppen von der bürgerlichen Mehrheit abgesplittert und mit uns gestimmt haben, trat die Mehrheit diesmal geschlossen gegen uns auf. Ein Beweis dafür, daß das gesamte Bürgertum nur eine reaktionäre Masse ist, wenn es gilt, die Arbeiterklasse in ihren Rechten zu beeinträchtigen. Es waren nicht nur Konservative, welche sich an dem Attentat auf das Wahlrecht beteiligten, sondern auch fünf Stadtverordnete, welche Mitglieder des liberalen Wahlvereins sind, gingen Arm in Arm mit den Reaktionären, als es sich darum handelte, von den 4000 Wählern der zweiten Abteilung 2000 davon in die dritte Abteilung zu befördern. Diese fünf liberalen Vereinsmitglieder sind die Stadtverordneten **Emmelut, Glasemann, Rosenow, Winzent** und **Siegelkow.** — Einer dieser „liberalen Männer", der Herr Glasemann, ist Besitzer des **„Rixdorfer Tageblatt", welches leider noch in sehr vielen Arbeiterfamilien zu finden ist.** Wenn man sieht, wie diese Feinde des Wahlrechts gearbeitet haben, dann muß dafür gesorgt werden, daß ihr Blatt aus den Arbeiterkreisen verschwindet. Das „Rixdorfer Tageblatt" bringt sonst jeden Antrag, der den Stadtverordneten vorgelegt wird, und wenn er noch so unbedeutend ist, im Wortlaut und mit der Begründung, die ihm beigegeben ist. **Den äußerst wichtigen Wahlrechtsantrag aber hat das „Rixdorfer Tageblatt" mit keiner Silbe erwähnt.** Ich habe das in der Stadtverordnetensitzung vom 17. Dezember angenagelt, und darauf antwortet das Blatt, es habe deshalb von dem Antrag Rahmig nicht Notiz genommen, weil ihm keine Begründung beigegeben war, und ohne Begründung sei der Antrag für die Leser nicht verständlich gewesen. **So gering schätzt die Redaktion des „Rixdorfer Tageblatt" das Verständnis ihrer Leser ein,** und das mangelnde Verständnis der Leser gibt der Redaktion einen Vorwand zur Verheimlichung eines hochwichtigen Antrages, der in aller Stille vorbereitet worden ist, **damit das schändliche Werk der Wahlrechtsverschlechterung um so sicherer gelingen konnte.** — Der Stadtverordnete Abraham, auch ein Liberaler, sagte im Privatgespräch zu mir: Wenn wir uns dem Wahlrechtsantrage gegenüber ruhig verhalten, dann würde die Mehrheit für unseren Antrag auf Unterstützung der Arbeitslosen stimmen. (Pfui-Rufe.) Das ist kennzeichnend für die Gesinnung, die in bürgerlichen Kreisen herrscht. Man mutet uns zu, daß wir für 10000 Mark Arbeitslosenunterstützung das Wahlrecht verschachern. Wenn nur zwei oder drei Liberale gegen den Antrag Rahmig gestimmt hätten, dann wäre die Zweidrittelmehrheit nicht vorhanden und der Antrag abgelehnt gewesen. Es stimmten aber **fünf organisierte Freisinnige für den Antrag,** also können wir mit Recht sagen: **Der Freisinn ist schuld, daß das Wahlrecht verschlechtert worden ist.** — Angeblich soll der **Antrag darauf zurückzuführen sein, daß wir die Wähler der zweiten Abteilung durch Terrorismus gezwungen haben, sozialdemokratisch zu stimmen.** Natürlich ist von uns kein Terrorismus ausgeübt worden. Aber wenn dem so wäre, dann würde doch die Einführung des geheimen Wahlrechts der beste Schutz gegen jeden Terrorismus sein. Statt dessen stoßen die Vertreter des Bürgertums einige Tausend Wähler der zweiten Abteilung in die ganz von uns beherrschte dritte Abteilung und geben die armen Wähler dadurch dem angeblichen Terrorismus der Sozialdemokraten völlig preis. — Wenn der Magistrat, was anzunehmen ist, dem Antrage Rahmig zustimmt, dann werden wir in Zukunft alle seine Vorlagen ablehnen, bis er alles daran setzt, um den durch den Antrag Rahmig geschaffenen Zustand wieder zu beseitigen. — Die Ausführungen des Genossen Silberstein wurden ebenfalls mit stürmischem Beifall aufgenommen.

In der Diskussion nahm zuerst Dr. Breitscheid das Wort. Er erklärte sich mit dem, was die Referenten gesagt hatten, vollkommen einverstanden und übte unter lebhaftem Beifall der Versammlung scharfe Kritik an dem jammervollen Verhalten des Blockfreisinns. Nicht Bedauern, nicht Mitleid, sondern nur Verachtung könne man empfinden vor solchen Leuten, die das Wort liberal im Munde führen, um damit ihre reaktionären Taten zu verschleiern. Die allerdings nur kleine Gruppe der demokratischen Vereinigung werde den Kampf der Sozialdemokratie gegen die verrottete Bourgeoisie unterstützen.

Der folgende Redner, Genosse Eduard Bernstein, entfesselte wiederholte Beifallsstürme durch seine äußerst scharfe und entschiedene Verurteilung des Vorgehens der Rixdorfer Stadtverordnetenmehrheit im besonderen und der Feigheit und Erbärmlichkeit des Bürgertums im allgemeinen. Rückhaltlos billigte der Redner das Auftreten unserer Parteigenossen im Rixdorfer Stadtparlament. Wenn sie noch viel weiter gegangen wären in der Abwehr des Wahlrechtsattentats, so würde das jeder, der noch eine Spur von Rechtsgefühl hat, gebilligt haben. Wenn die Massen der Arbeiter, denen das Wahlrecht verschlechtert werden soll, noch weiter in das Rathaus eingedrungen wären, so würden sie im Recht gewesen sein. Ein Volk braucht lange Zeit, um ein Recht zu erkämpfen, das man ihm vorenthält. Aber kein Volk darf sich ein Recht, das es besitzt, ruhig und geduldig nehmen lassen. (Stürmische Zustimmung.) Alles muß versucht werden, um die Verschlechterung des Wahlrechts wieder aus der Welt zu schaffen. Wenn wir auch zunächst an das Rechtsgefühl der maßgebenden Faktoren appellieren, so müssen wir doch gleichzeitig bekunden, daß wir nicht ablassen werden, aufs neue zu demonstrieren, und daß wir es nicht bei papierenen Protesten bewenden lassen.

Genosse Böske regte an, es solle an der Hand der Wählerlisten festgestellt werden, ob die Wahlrechtsverschlechterer wirklich im Auftrage der Wähler der zweiten Abteilung handelten, wie Stadtverordneter Beermann behauptet hatte. — Genosse Wutzki bezog sich auf eine Behauptung der bürgerlichen Presse, welche besagt, daß erst das Auftreten der Sozialdemokraten in der Stadtverordnetenversammlung das geschlossene Zusammenhalten der bürgerlichen Stadtverordneten bewirkt habe. Diese Behauptung sei unzutreffend, denn aus einer Aeußerung, die der Stadtverordnete Beermann dem Redner gegenüber machte, gehe hervor, daß Konservative und Liberale ein Herz und eine Seele seien und daß die geschlossene Mehrheit schon vor der Diskussion des Antrages vorhanden war. — Ferner sprachen noch die Genossen Heinrichs und Kloth. Auch diese Redner wandten sich unter allgemeinem Beifall gegen die Wahlrechtsräuber und billigten das Verhalten unserer Genossen im Kampfe gegen dieselben.

Die Versammlung beschloß, die Einwohner Rixdorfs durch ein Flugblatt über diese Angelegenheit aufzuklären.

Die nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung spricht ihre Entrüstung aus über die brutale, allen Rechtsbegriffen ins Gesicht schlagende Handlungsweise der bürgerlichen Mehrheit in der Rixdorfer Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung vom 17. Dezbr. 1908.

Nicht zufrieden damit, durch ein verwerfliches Klassengesetz weit über ihre tatsächliche Anhängerschaft in der Bevölkerung im Stadtparlament vertreten zu sein, hat diese Mehrheit am Vorabend des Verfalls eines Teiles ihrer Mandat ihre bereits von der Wählerschaft beseitigte Zweidrittelmehrheit dazu benutzt, den Klassencharakter dieses Wahlrechtes noch zu verschlimmern, damit die Stimme der werktätigen Bevölkerung nicht einmal mehr in der bisherigen beschränkten Weise in der Verwaltung Rixdorfs zum Ausdruck kommt.

Die heutige Versammlung protestiert auf das Entschiedenste gegen diesen Gewaltakt. Sie ruft alle diejenigen, die noch einen Funken von Rechtsgefühl sich bewahrt haben, auf, sich diesem Protest anzuschließen. Sie ersucht die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion, keinen Schritt unversucht zu lassen, die Aufhebung dieser Wahlentrechtung zu erwirken. Sie erwartet von den zuständigen Instanzen, daß sie einer derartigen Auslegung des Gesetzes ihre Zustimmung versagen und wiederholt die Forderung des gleichen, allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts in Reich, Staat und Gemeinde, für die unermüdlich zu kämpfen die heutige Versammlung entschlossen ist.

Groger. Ed. Bernstein."

Kleines Feuilleton.

Das „Haus der Zukunft". Zu wiederholten Malen hat Edison bereits die Welt mit der Ankündigung überrascht, daß er sich mit der Herstellung von Wohnhäusern durch Gußformen beschäftige und daß er in dieser einfachen und praktischen Erfindung die „Lösung des Wohnungsproblems für die Zukunft" erblicke. Erst in den letzten Tagen kam die Meldung, daß eine Firma bereits an die Ausführung des Planes gegangen sei. Von diesem „Haus der Zukunft" erzählt F. Baumgarten in „Ueber Land und Meer". Edison will ein zweistöckiges Einfamilienhaus in einem Tage und für den bescheidenen Preis von 4000 M. aus Beton gießen. Die hohlen Formen, die aus Gußeisen bestehen und innen vernickelt sind, werden nach dem Bauplatz transportiert, dort mit Schrauben und Bolzen aneinandergefügt und dann erst aufgerichtet. In die Hohlräume wird nun die Masse, die aus einem Teile Zement und aus je drei Teilen Sand und verkleinertem Stein besteht, mit Hilfe hydraulischer Maschinen von oben hineingepumpt, bis die Formen gefüllt sind. Inbegriffen in Form und Guß sind Treppen, Kamine, Badewanne, Waschtische, Aufwaschtische für die Küche usw., so daß hier tatsächlich ein Haus „ohne Naht" geschaffen wird. Nach zirka acht Tagen können die Formen entfernt und nach weiteren acht Tagen, in denen die Masse eisenhart geworden ist, kann das Haus bezogen werden. Der Preis könnte noch geringer sein als 4000 M., wenn die Formen für das Modell nicht 125 000 M. kosteten und für den Bauherrn die Gefahr vorläge, daß ein bestimmtes Modell nicht genügend viele Abnehmer findet. Wenn man bisher Beton nur beim Bau von Fabrikgebäuden, Arbeiterwohnungen, Brücken usw. verwendet hat, so ist dies aus dem Vorurteil zu erklären, daß mit diesem Material keine architektonischen Effekte zu erzielen und daß Betonhäuser feucht, dumpf und kalt wären. Nun haben aber zwei deutsch-amerikanische Architekten und ein deutsch-amerikanischer Bauherr durch einen praktischen Versuch erwiesen, daß dieses Vorurteil falsch ist. Ein Brauereibesitzer hat auf einer Farm, die er an einem schönen Seeufer in Wisconsin besitzt, auch sein eigenes, elegantes dreistöckiges Wohnhaus, die Wohnungen der Verwalter und des Personals aus Beton erbauen lassen. Die Bauten sollten vor allem auch durch ihr wohlgefälliges Aeußere die Allgemeinheit zur Nachahmung bestimmen. Schon die Abbildungen lassen erkennen, daß den Architikten diese Aufgabe glänzend gelungen ist. (?) Außer Stahl und Eisen ist dabei kein anderes Material als Beton bei den gesamten Baulichkeiten verwendet worden. Drei Vorzüge werden diesen Betonbauten besonders nachgerühmt. Erstens sind sie feuersicher, so daß eine Versicherung fast überflüssig wird; dazu sind sie wasserdicht und frei von jeglichem Ungeziefer. Außerdem sind sie wohl das Dauerhafteste, was geschaffen werden kann, und bedürfen daher nur geringer Reparaturen. Schließlich sind sie auch bedeutend billiger als die in der üblichen Art errichteten Gebäude.

Theater.

Neue Freie Volksbühne (Schiller-Theater O.): **„Ein Volksfeind", von Henrik Ibsen.** Dies Drama von der geistigen Rückständigkeit der „kompakten Majorität" wird, solange sie auf Erden herrscht, nichts von seiner Bedeutung verlieren. Der Dichter hätte sich sein Problem sehr wohl leichter stellen und es im Hinschauen auf eine aufwärtssteigende allgemeine Entwicklung der Masse hoffnungsfroh beantworten können. Er läßt sich jedoch auf kein haltloses Prophezeien ein, sondern übt an den bestehenden Zuständen eine schneidende Kritik, ohne viel danach zu fragen, daß unter besonderen Umständen — wir brauchen ja bloß an eine revolutionäre Volksbewegung zu denken — auch gerade der Freiheitsdrang der Massen eine heilsame Umwandlung zum Besseren herbeiführen kann. Vermögen wir auch seinen Lehrsatz von der Stärke des Alleinstehenden vom demokratischen Standpunkte aus nicht zu unterschreiben — so ist es doch eine apodiktische Wahrheit vom Standpunkte der Volksschichte aus, die Ibsen in seinem Schauspiel uns vor Augen stellt. Ob Doktor Stockmann gegen den „Unverstand der Massen" vergeblich ankämpfen wird, ist im Grunde gleichgültig. Hauptsache bleibt: er nimmt mit ihr den Kampf auf, und hierin liegt das befreiende Moment für das Drama wie für den Glauben des Dichters an den Sieg aller Lichtstreiter. — Die Aufführung zeigte von gutem Streben nach Energie und Geschlossenheit, obwohl sie nicht ganz erreicht wurde. Im letzten Akte machte sich eine schleppende Ermüdung bemerkbar, was schließlich nicht wunder nehmen kann, da die Vorstellung erst um 11½ Uhr beendet wurde. Als Doktor Stockmann bot Paul Bildt namentlich vom dritten Akte an eine resolute Leistung; nur überschrie er sich zuweilen mehr, als wünschenswert erscheinen mochte. Unter den übrigen Darstellern sind Harry Förster (Bürgermeister Stockmann), Max Kirschner (Nils Borse) und Emil Werana (Buchdruckereibesitzer Aslaksen) lobend zu nennen. e. k.

Thalia-Theater: „Mein Leopold" von Adolf L'Arronge. Wir haben es an dieser Stelle schon des öfteren beklagt, daß Girardi für sein Gastspiel in Berlin keine rechten Stücke mehr findet, daß er die für den Tag geschriebene Wiener Ware spielen muß und daß es kein Repertoire mehr gibt, in dem seine echte, herzenswarme Kunst den rechten Wirkungskreis findet. Ist es nicht in der Tat betrübend, daß dieser treffliche Künstler, der wie kein zweiter geschaffen scheint, um echte Menschlichkeit in Leid und Lust volkstümlich darzustellen, mit seinem Reichtum die Haubenstöcke und Puppengestelle der Fabrikanten auszustaffieren gezwungen ist?

Am Sonnabend wurde ein neuer Ausweg probiert: L'Arronges Berliner Volksstück „Mein Leopold" (von 1873) war neu einstudiert und Girardi spielte den Schuhmachermeister Weigelt. Das gab eine etwas seltsame Mischung. Das moraltriefende, sentimentale, mit groben Mitteln arbeitende „Volksstück" mag in das Berlin nach der Gründerzeit hineingepaßt haben, als es aktuell war, gewissen vom Krache aus verschiedenen Himmeln gestürzten Schichten des Bürgertums rührselig zu kommen. Aber heute ist diese Dunstschicht kleinbürgerlicher Anfänge längst verweht und es gibt weder „Volk" noch Bürgertum, dem diese Predigten etwas zu sagen hätten. Es bliebe dann das Verlangen nach sanften Rührungen, die man aus eigenem nicht mehr zu befriedigen vermag und nun bei anderen auskosten will. So hält ja der „gebildete" städtische Bourgeois die Landbewohner und die unteren Klassen schlechthin immer noch für geeignete Träger von allerlei Gemütsanwandlungen, für die er sich selber aufs schönste bedanken würde. Und so mag L'Arronges Volksstück vielleicht bei den Verehrern der guten alten Zeit und sonstigen Gemütsmenschen immer noch Anklang finden. Für uns andere blieb aber nur die Darstellung: Girardi und seine Gefährten. Girardi bemühte sich nicht erst lange, einen Berliner Ton zu treffen, der ihm nicht liegt. Er übersetzte den Protzen und Verschwender, den Berliner Haustyrannen, das Opfer seiner Liebe zum ungeratenen Sohne ins Wienerische. Das gab freilich manche Brüche. Aber zum Schluß hin hatten wir doch den reinen Genuß — an Girardi, als er den armen, einsamen Alten so echt und zu Herzen gehend verkörperte. Man vergaß L'Arronge und sein Volksstück und sah nur Girardi in Wehmut und sanfter Freude. Recht wacker standen ihm Th. Stolzenberg als waschechter Werkführer Starke, Marianne Thomas (als Klara), Walter Formes (als Leopold) zur Seite, und auch in den kleineren Rollen war Lokalkolorit gut gewahrt. Helene Ballot erfreute als Stadtrichterstochter durch Gesang und Spiel. —r.

Humor und Satire.

Ganz wie bei uns.

Ihr guten Bürger röchelt Zornes-Chöre:
„Wie quält man doch die armen Legionäre!" —
Nur sachte, schlagt Euch vor den eig'nen Bauch:
Wir können's auch!

„Da wird gespuckt, getreten und geschunden,
gepeitscht und halbzerfetzt gleich tollen Hunden." —
Ihr Bürger, schlagt Euch vor den eig'nen Bauch:
Wir können's auch!

„Befiehlt wer: ‚Friß den eig'nen Dreck hinunter!' —
der Sklave tut's und sagt: ‚Befehl, Herr Unter' . . ." —
Nichts Neues, schlagt Euch doch vor Euren Bauch:
Wir können's auch!

„Wagt er's, dem Schinder an den Hals zu fahren,
so hüßt er das mit langen Kerkerjahren." —
So schlagt Euch endlich doch vor Euren Bauch:
Wir können's auch!

Franz

Mit einem begeisterten Hoch auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht wurde die Versammlung geschlossen. — Der Gesang der Strophe aus der Arbeitermarseillaise: „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen" brauste in machtvollen Tönen durch den Saal.

* * *

Polizeibewachung und Polizeiattacke.

Als ob man befürchtete, daß den Wahlrechtsräubern die glücklich heimgebrachte Beute wieder entrissen werden könnte, hatte die Polizeibehörde von Rixdorf alle Mann aufgeboten, vielleicht sogar noch Hilfe von Berlin erhalten, um die Hasenheide wie die ganze Arbeiterstadt Rixdorf wie ein Aufruhrgebiet zu überwachen, und von den Schießständen am Jahndenkmal spähte der dort auf Posten stehende Soldat fortwährend auf die Straße hinaus, als ob jederzeit der Anmarsch eines feindlichen Heeres zu erwarten sei. Doch es geschah selbstverständlich nichts dergleichen. Ruhig kamen, teils in Gruppen, teils auch in langen zwanglosen Zügen, die Arbeitertruppen anmarschiert. Die vielen Polizeispitzel, die überall herumspionierten, wurden leicht erkannt, und wer sie nicht kannte, wurde von den Genossen darüber aufgeklärt, welch Gewerbe dieser oder jener, der sich unauffällig ins Publikum zu mischen suchte, betrieb. Die größte Masse der uniformierten Beamten war vorläufig in verschiedenen Gebäuden und Höfen untergebracht.

Lebhafter wurde es, als die Versammlung aus war und die Massen sich größtenteils die Berliner Straße hinaufbewegten. Eine übermäßig zahlreiche Menge von Polizeibeamten begleitete den Zug. Es sah aus, als hätte man auf jedes Dutzend Proletarier einen Schutzmann für nötig erachtet. Mit größter Strenge wurde darüber gewacht, daß nicht etwa die Empörung über den Wahlrechtsraub irgendwie stürmischen Ausdruck finden sollte. Der preußische Staatsbürger, wenn er Proletarier ist, soll das bitterste Unrecht schweigend ertragen.

Die stärkste Polizeimacht war jedoch

am Rathaus

aufgestellt, und hier schien man auch am eifrigsten um die Ruhe des „guten" Bürgers besorgt. Als ob das massive Steingebäude unter den Verwünschungen der Wahlrechtsräuber zusammenstürzen könnte, wie ehemals die Mauern Jerichos unter den Trompetenstößen der Juden, wurde jeder laute Ausruf unterdrückt.

Als die Massen größtenteils am Rathaus vorüber (!) waren, sah man plötzlich, wie ein Polizeileutnant seine Getreuen zusammenrief, eine Truppe von etwa 50 Mann formierte, die dann eilenden Schrittes die Straße hinaufmarschierte. Selbstverständlich kamen große Menschenmassen, darunter auch viele Kinder, hinterher, um zu sehen, welch kriegerische Taten vollbracht oder welche Verbrecherbande abgefaßt werden sollte. Schließlich bog die Truppe in die Prinz-Handjery-Straße ein, eilte die Straße hinauf, Massen von Menschen natürlich hinterdrein. Ungefähr in der Mitte des Straßenzuges, jenseits der evangelischen Kirche, machte die Truppe plötzlich kehrt, stürmte wieder zurück und trieb mit barschen Worten, mit Stößen und Püffen die Menge vor sich her.

Frauen und Kinder

wurden dabei durchaus nicht geschont. Das rief bei der Menge eine furchtbare Entrüstung hervor, die sich in allerlei Verwünschungen kundgab.

Die Veranlassung dieser Attacke war, daß vordem etwa 100 Menschen oder noch weniger die Prinz-Handjery-Straße hinaufgegangen waren, vielleicht, um den dort in Nr. 16 wohnenden Stadtverordneten Rahmig, als dem tapferen Fürsprecher des Wahlrechtsraubes, eine Ovation zu bringen. Diese Menschen wurden von der von unten anrückenden Polizeimacht die Straße hinaufgedrängt, konnten aber nicht weiter, weil vom anderen Ende andere Polizeimassen mit Püffen und Faustschlägen gegen sie vorging. Man hatte also

ein wahres Kesseltreiben

veranstaltet. Da niemand an einen Widerstand dachte, so konnten die Bedrängten sich nur durch Fliehen in die Höfe und Häuser bis in die obersten Stockwerke vor den Polizeipüffen retten. Kinder wurden aufs Pflaster gestoßen, Erwachsene mißhandelt. Ein Grünkramhändler war in Filzpantoffeln im Hause neben seinem Keller ein Glas Bier trinken gegangen, und wollte nun zurück nach seinem Geschäft. Er wurde aber, wie er selbst erzählte, von nicht weniger als 10 Schutzleuten daran gehindert und gestoßen und geschlagen. Als diese endlich eingesehen hatten, daß man ihn doch nicht von seinem Geschäft abhalten konnte, wollten sie ihm nicht gestatten, bei seinen vor dem Keller stehenden Weihnachtsbäumen zu bleiben. Der Mann ließ sich jedoch auch nicht verblüffen, und schließlich mußte die Polizei auch darin nachgeben. Noch bis in die späten Abendstunden war das Haus des

Rahmig polizeilich bewacht.

Die Prinz-Handjery-Straße war bis nach Eintritt der Dunkelheit von einer außerordentlich starken Polizeimannschaft bewacht.

Aus Industrie und Handel.

Männer mit guter Verbindung.

Die großkapitalistischen Zwillingsbrüder, Industrie und Finanzinstitut, haben von jeher auf gute Verbindung mit der Regierung gehalten. Denn die Wege der Regierung sind oft verschlungen und unerforschlich für den Uneingeweihten, manchmal auch durch besonders fähige Beamte versperrt. Nichts liegt näher, als Kenner des Systems, störende Fähigkeiten auf die eigene Seite zu holen.

Jetzt ist's die Kommerz- und Diskontobank, die sich den ersten Staatskommissar der Berliner Börse weggeholt hat. Kürzlich hat sie sich für ihren Aufsichtsrat den „langen Möller", den früheren Handelsminister, gesichert.

Diese Bank ist nicht die einzige, die sich mit „guten Verbindungen" versehen hat. Nachstehend bringen wir eine kleine Auswahl ähnlicher Fälle.

Es holte sich in den letzten Jahren die
Bank des Berliner Kassenvereins: Reg.-Rat A. Hoppenstedt,
Darmstädter Bank: Geh. Oberfinanzrat M. v. Kitzing,
Deutsche Bank: Wirkl. Geh. Legationsrat Pr. Helffreich und Reg.-Rat Dr. Schönfeld,
Diskonto-Gesellschaft: Geh. Seehandlungsrat Schoeller,
Dresdner Bank: Geh. Oberfinanzrat W. Mueller,
Nationalbank für Deutschland: Geh. Regierungsrat R. Witting.
Schaaffhausenscher Bankverein: Landrat W. Langen, Regierungsrat E. Samuel, Landesbankrat E. Wiegand.
Berliner Hypothekenbank: Geh. Staatsrat J. Budde.
Preußische Zentralbodenkreditanstalt: Geh. Regierungsrat v. Klitzing, Regierungsrat Dr. Schwartz, Regierungsassessor Lübbecke, Regierungsassessor Dr. Lindemann.

Das sind nur einige Fälle, die sich noch dutzendfach vermehren lassen, zumal wenn die Staatsbeamten noch mit hinzu gezählt werden, die in großen industriellen und Verkehrsunternehmungen, wie Krupp, Große Berliner Straßenbahn usw. sitzen.

Im Gegensatz zu der großen Anzahl derartiger Fälle sind Engagements aus der Privatindustrie zum Staatsdienst sehr selten.

Peters als Gründer.

Das allerneueste ist, daß Peters unter die Gründer gegangen ist. Die deutsche Ophir-Gesellschaft m. b. H. ist zurzeit in Bildung begriffen. Sie will in Portugiesisch-Ostafrika belegene Goldminen betreiben. Peters war es, der bei einer Afrikareise das sagenhafte Goldland der Bibel wiedergefunden zu haben meinte. Der wissenschaftliche Wert dieser Entdeckung wurde seinerzeit arg zerzaust. Mit der Höhe des wirtschaftlichen Wertes ist man noch nicht ganz im Klaren gewesen. Der Gründungsvorgang kann dazu aber um einiges nachhelfen.

Die Objekte sollen jetzt noch im Besitze des vorwiegend englischen Mudza-Syndikats sein. Da man nun jetzt von großartiger Rentabilität, Betriebsüberschüssen von 4 Millionen Mark spricht, so erscheint die kaufmännische Leistungsfähigkeit der Führer des englischen Unternehmens in einem besonders glänzenden Licht. Die gesamten Objekte — von denen die „Frankfurter Zeitung" meldet, daß sie schon in Betrieb gewesen sind, der sich aber nicht rentabel genug erwiesen habe — zu denen mehrere Minen- und Wasserrechte gehören, sollen in bar mit 1,20 Millionen Mark an das Syndikat bezahlt werden. Das das Gesamtkapital 1,65 Millionen Markt beträgt, so bleiben 450 000 Mark als Betriebskapital. Auf der einen Seite glänzende Träume, auf der anderen bare Zahlung; das Geschäft ist wirklich gut.

Siemens u. Halske A.-G. in Berlin.

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 1907/08 einen Betriebsgewinn von 11 077 765 M. gegen 10 974 825 M. im Vorjahre. Die Abschreibungen sind auf 472 390 M. bemessen, im Vorjahre 1 379 409 M. Es ergibt sich ein Reingewinn von 9 688 264 M. (8 717 368 M. für 1906/07). Wie im Vorjahre werden 11 Prozent Dividende ausgeschüttet. Der Aufsichtsrat erhält als Gewinnanteil 246 960 M., auf neue Rechnung werden vorgetragen 1 068 212 M., im Vorjahre 1 025 160 M.

In der Bilanz figurieren unter den Aktiven Grundstücke mit 4 219 516 M. (i. V. 4 272 880 M.), Gebäude mit 9 412 195 M. (i. V. 10 574 531 M.), Neubauten mit 971 357 M. (i. V. 0), Utensilien, Werkzeuge, Werkzeugmaschinen, Betriebsmaschinen, Modelle mit 1 M. (wie im Vorjahre), Rohmaterial mit 2 473 221 M. (i. V. 3 171 588 M.), angefangene und fertige Fabrikate mit 8 818 862 M. (i. V. 8 983 183 M.), Zentralen im eigenen Betriebe mit 1 812 529 M. (i. V. 1 374 272 M.), Unternehmungen bezw. Beteiligungen an solchen mit 979 499 M. (i. V. 994 400 M.).

Die dauernden Beteiligungen stellen sich auf rund 63 Mill. Mark gegen 63,8 Mill. Mark im Vorjahre. Debitoren, einschließlich Gewinn von den Siemens-Schuckert-Werken G. m. b. H., figurieren mit 29 506 464 M. — im Vorjahre 21 182 584 M. Bei einem Aktienkapital von 54½ Mill. Mark betragen die Reserven 11,8 Mill Mark. Ferner betragen: Anleiheschulden rund 27 Mill. Mark, Hypothekenschulden 1 135 000 M., Spar- und Depositeneinlagen 8 Mill. Mark und Kreditoren 14½ Mill. Mark — im Vorjahre 8½ Mill. Mark —.

Die Siemens-Schuckert-Werke G. m. b. H. in Berlin haben pro 1907/08: 10 Proz., die österreichischen Siemens-Schuckert-Werke für das Geschäftsjahr 1907: 4 Proz., die russischen Elektrotechnischen Werke Siemens u. Halske in Petersburg 4 Proz. und die Siemens Brothers u. Co. in London ebenfalls 4 Proz. Dividende verteilt.

Freche Patrioten.

Zu den schon gemeldeten Gerüchten, daß die deutsche Marineverwaltung größere Posten englischer Kohle zu kaufen beabsichtigt, weil das Kohlensyndikat wohl zu „anständige" Preise fordert, wagen jetzt die zweifelsohne inspierierten „Hamburger Nachrichten" folgenden patriotischen — Wink zu veröffentlichen: „Auch ist bei der Marineverwaltung wohl der Umstand verkannt worden, daß die deutsche Marine für den Kriegsfall auf Lieferung deutscher Kohle angewiesen (!) ist, so daß also Kontrakte in heimischer Kohle unumgängig (!) notwendig sind". Die Drohung, eventuell an Deutschland im Kriegsfalle keine Kohle zu liefern, wenn man jetzt nicht die Kohlen beim Syndikat bestellt, ist deutlich genug. Das nennt sich Patriotismus!

Hibernia. In der am 21. Dezember in Berlin abgehaltenen Aufsichtsratssitzung wurde mitgeteilt, daß in den abgelaufenen 11 Monaten des Jahres 1908 sich die ganze Kohlenbeförderung beziffert auf netto 4 873 589 Tonnen gegen 4 931 416 Tonnen in dem gleichen Zeitraume des Vorjahres. An Koks wurden in den 11 Monaten insgesamt 687 502 Tonnen produziert. Der erzielte Bruttogewinn der abgelaufenen 11 Monate Januar bis November dieses Jahres soll unter Hinzurechnung des mutmaßlichen Ueberschusses pro Dezember cr. einen Jahresgewinn ergeben, welcher bei angemessenen Abschreibungen die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. gegen 14 Prozent im Vorjahre zulassen dürfte. Der Rückgang gegen 1907 wurde namentlich durch die Lagerung von Koks, der erheblich niedriger als zu den Gestehungspreisen in Rechnung gestellt ist, veranlaßt. Der Lagerbestand an Koks betrug Ende November 162019 Tonnen.

Der Saatenstand in Preußen stellte sich Mitte Dezember, wenn 2 gut, 3 mittel, 4 gering bedeutet, wie folgt: Winterweizen 3,1 (im November d. J. 3,4); Winterspelz 2,5 (2,6); Winterroggen 3,0 (3,3); Winterraps und Rübsen 2,5 (2,6); Stoppelklee 2,8. — Die „Statistische Korrespondenz" bemerkt hierzu: Die Ermittelung des Saatenstandes ist ausnahmsweise auf Anordnung des Ministers für Landwirtschaft erfolgt. Anlaß hierzu bot der Witterungswechsel nach den im vormonatigen Berichte geschilderten ungünstigen Verhältnissen. Im großen und ganzen hat in dem Berichtsmonate ein nicht geringer Fortschritt stattgefunden; jedenfalls haben die Saaten an Widerstandsfähigkeit zugenommen.

Soziales.

Zum Kampf der bayerischen Metallindustriellen gegen das Koalitionsrecht der Privatangestellten.

Unter der Ueberschrift „Zur Steuer der Wahrheit!" veröffentlicht der Bund der technisch-industriellen Beamten eine Erklärung, in der er zu dem jüngsten Beschluß der bayerischen Metallindustriellen Stellung nimmt. In dieser Erklärung wird nach einem kurzen Hinweis auf die zurückliegenden Ereignisse dem neuesten Beschluß des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller ein Schreiben gegenübergestellt, das der Bund am 10. August dieses Jahres an den Verband gerichtet hat. Daraus ergibt sich klar und deutlich, daß der Verband Bayerischer Metallindustrieller bei seiner „erneuten Prüfung" der Privatbeamtenverbände den wesentlichen Inhalt des programmatischen Schreibens des Bundes völlig unbeachtet gelassen hat. Der „Bund" schreibt deshalb in seiner Erklärung:

„. . . Auf ein programmatisches Schreiben von einwandfreier Sachlichkeit antwortet er (der V. V. M.) mit dem tendenziösen Hervorkehren von Schlagworten, die trotz ihrer Hohlheit leider heute noch in manchen Kreisen des deutschen Volkes Kurswert haben. Im Vordersatze wird der Aussperrungsbeschluß formell aufgehoben, im Nachsatze aber unter dem Deckmantel der „Aufklärung" eine Darstellung von den Tendenzen des Bundes gegeben, die nur zu sehr geeignet ist, gewisse Arbeitgeberkreise gegen die Bundesmitglieder einzunehmen.

Alles in allem der Niederschlag einer Denkweise, deren sich das deutsche Unternehmertum schämen müßte, wenn sie wirklich die einer größeren Mehrheit deutscher Industrieführer sein sollte!

Ob wir jemals streiken werden, wissen wir nicht, und können wir nicht wissen, weil dies nicht von uns allein abhängt. Wir, als der eine Teil, sind jedenfalls von dem Wunsche getragen und haben durch unsere bisherige Arbeit den Beweis dafür erbracht, daß wir unsere Ziele auf friedlichem Wege erreichen wollen. Anders die bayerischen Metallindustriellen! Von ihnen wissen wir, daß nicht davor zurückschrecken, einen Streit vom Zaune zu brechen. Haben sie doch ohne jede Veranlassung, ja sogar ohne reifliche Ueberlegung mit ihrem Beschlusse vom 21. Mai 300000 organisierte Privatangestellte glattweg auf die Proskriptionsliste gesetzt! Dieser Beschluß ist außerdem von der führenden Firma im V. V. M., der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, bereits in die Praxis umgesetzt worden. Knall und Fall sind Ingenieure wegen ihrer Zugehörigkeit zum Bunde der technisch-industriellen Beamten entlassen worden.

Und nun unsere nationale Gesinnung! Die mußte natürlich herhalten, um den Mangel an stichhaltigen Gründen zu verdecken. Dieselbe Unternehmergruppe, die eingestandenermaßen sich unter Umständen nicht scheut, ihre Beamten durch offene und geheime Konkurrenzklauseln außer Landes zu treiben, gefällt sich gleichzeitig in der Pose des Staatsretters. Um uns zu verdächtigen, sucht man zwischen uns und anderen Verbänden einen Unterschied in nationaler Hinsicht zu konstruieren."

Die Erregung der technisch-industriellen Beamten über die versuchte Verdächtigung ihrer nationalen Gesinnung ist durch das erklärlich, was der Bund in dieser Beziehung an den Verband Bayerischer Metallindustriellen geschrieben hat. Er legt nämlich in seinem Schreiben ausführlich dar, daß seine Tätigkeit aus Gründen nationaler Kultur und Wirtschaft geradezu eine Notwendigkeit sei, damit das Rad der Gesetzgebung nicht über eine volkswirtschaftlich so bedeutsame Schicht, wie die der technischen Privatbeamten hinweggehe.

Besondere Erwähnung verdienen auch die grundsätzlichen Ausführungen des Bundes über das Verhältnis zwischen den Interessen der Arbeitgeber und der Angestellten:

„Bei unseren Bestrebungen gehen wir von der Grundauffassung aus, daß zwar zwischen den industriellen Unternehmungen und ihren Angestellten eine Interessengemeinschaft obwaltet; soweit die Erzielung einer erfolgreichen Produktion in Frage kommt, daß aber ein Interessengegensatz entsteht, sowie es an die Verteilung des Produktionsgewinnes geht. Wir halten daher eine gewerkschaftliche Organisation, d. h. den Zusammenschluß auf reiner Arbeitnehmergrundlage für notwendig, um den technisch-industriellen Beamten den ihnen gebührenden Anteil an den Früchten ihrer Arbeit zu sichern."

Die Erklärung des Bundes schließt mit einem temperamentvollen Appell „an alle Staatsbürger ohne Unterschied der Partei, an jeden deutschen Mann, der nur ein Fünkchen sozialen Empfindens sein eigen nennt", den Privatangestellten bei der Erkämpfung eines wirklich freien Vereinigungsrechtes behilflich zu sein.

Die politisch organisierte Arbeiterklasse und die sozialdemokratische Presse hat nie einen Zweifel darüber gelassen, daß das Vorgehen der bayerischen Metallindustriellen gegen eins der wichtigsten Menschenrechte mit allen Mitteln zu bekämpfen und daß das Koalitionsrecht aller Arbeiter und Angestellten gegen jedwede Drangsalierung reichsgesetzlich sicher gestellt und geschützt werden muß.

Gerichtlich beglaubigte Jammerlöhne.

Unser Parteiblatt, der „Thüringer Volksfreund", druckt aus einem Urteil der Zivilkammer des Landgerichts in Meiningen folgende für die Elendszustände in Sonneberg bezeichnende Stellen ab:

„. . . Es fragt sich also noch, ob der Rest von durchschnittlich acht Mark in der Woche zur Bestreitung des Unentbehrlichsten des Unterhalts des Beklagten hinreicht. Auch dies bejaht das Gericht. Denn es ist gerichtskundig, daß mehrköpfige Arbeiterfamilien in Sonneberg und in den umliegenden Ortschaften mit dem gleichen Verdienst — wie ihn der Kläger hat — ihren Unterhalt bestreiten müssen . . ."

Leider „müssen", weil die Aneigner der Ware Arbeitskraft in der Heimindustriegegend nicht mehr geben. Und trotz dieses gerichtsnotorischen Elends behauptete der freisinnige Abgeordnete Enders in der Reichstagssitzung vom 2. März 1908:

„Trotzdem behaupte ich: unsere heimische Industrie wie die gesamte moderne Hausindustrie ist in ihrem Kern und in ihren wesentlichen Teilen ein gesunder Organismus, — — — eine Erwerbsform, die wirtschaftlich und sozial wertvoll, berechtigt und notwendig ist."

Jawohl „wertvoll", aber nicht für die Arbeiter, sondern für die, die die Form der Hausarbeit zur Niederhaltung der Löhne und der Lebenshaltung bis in alle Ewigkeit mißbrauchen zu müssen glauben.

Handelsangestelltenschutz.

Zur gesetzlichen Einführung einer Mindestruhezeit und eines Mindesturlaubes nahm die Handelskammer Dresden im ablehnenden Sinne Stellung. Die „Gründe" gegen das bißchen Handelsangestelltenschutz sind außerordentlich fadenscheinig und zum Teil geradezu lächerlich. Sie lauten:

1. Obwohl die angestellten Erörterungen ergeben haben, daß eine 12stündige Ruhepause und 1½- bis 1stündige Mittagszeit in den meisten Kontor- und Engrosgeschäften bereits eingeführt ist, hat die Kammer doch die schwersten Bedenken gegen eine gesetzliche Festlegung. Die Verhältnisse in den verschiedenen Geschäftszweigen sind zu mannigfaltig und vertragen deshalb keine einheitliche Regelung der Arbeitszeit, vielmehr bedarf der Handel unbedingt der bisherigen großen Bewegungsfreiheit; es verstößt nach ihrem Ermessen gegen das Standesgefühl der Angestellten und des Kaufmannstandes überhaupt, wenn deren Arbeitszeit — wie die von Lohnarbeitern — gesetzlich festgelegt wird.

2. Obwohl die Sitte, bewährten Beamten Urlaub zu geben, immer mehr um sich greift, hat die Kammer große Bedenken gegen die gesetzliche Einführung von Urlaub.

Wie besorgt die Handelskammer um die Standesehre der Angestellten ist, das ist rührend. Man weiß aber recht gut, daß die Prinzipalschaft sich im übrigen verdammt wenig um das Standesgefühl schert und die entwürdigendsten Anstellungsbedingungen ihnen aufzwingt, die sich kein „Lohnarbeiter" gefallen lassen würde.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

R. U. 5. Die Post ist im Recht. — **H. L. 9.** Leider steht Ihnen ein Recht gegen die Gesellschaft nicht zu. — **Ueberzieher.** Ihr Vorgehen war zutreffend. Die Klage wäre bei dem Amtsgericht Berlin-Schöneberg, Grunewaldstr. 95, anzubringen. — **F. K. 42.** Bis Ende 1908 hätten Sie Steuern zu zahlen. Darüber, daß der Ehemann die auf die Frau entfallende Strafe zu zahlen hat, liegen höchstgerichtliche Entscheidungen noch nicht vor. — **R. 66.** Nein. — **P. S. O. 34.** Die Gemeinde ist zum Erlaß der Steuer in Ihrem Fall berechtigt, aber nicht verpflichtet. — **W. H. 30.** Ja. — **M. H. 88.** Zuverlässige Auskunft erhalten Sie von der Amtlichen Auskunftsstelle, Schellingstr. 4. Wenden Sie sich an dieselbe. — **P. P. 5.** Der Vertrag mußte bei einem Notar oder bei dem Gericht

gemacht werden. Die Kosten richten sich nach der Höhe des Objekts und sind bei beiden Stellen gleich hoch. — **K. 18.** Die Steuerbehörde ist im Recht. — **M. B. 68.** Eine Klage des Wirtes hätte leider Aussicht auf Erfolg. — **M. W. 40.** Ihre Frau kann nur die Marken der Brandenburger Versicherungsanstalt kleben, weil sie in deren Bezirk wohnt. — **R. G. 100.** Sie gehören leider der Innung an, weil dieselbe eine Zwangsinnung ist. Beschwerde gegen die Strafverfügung können Sie beim Landrat erheben, indes hat dieselbe wenig Aussicht auf Erfolg. — **Biesenthal.** Das von Ihnen Vorgetragene ist kein Grund zum Brechen des Vertrages. Sie können nur auf Innehaltung des Vertrages und auf Schadenersatz klagen. — **Nieder-Schönhausen.** 1. und 2. Nein. — **A. B. 109.** 1. Verlangen Sie die Erfüllung des Vertrages, stellen eine angemessene Frist, drohen an, daß nach Ablauf der Frist Sie die Gegenstände auf Kosten des Eigentümers anfertigen lassen würden und handeln dementsprechend. Ob Sie den Betrag von der Miete abziehen können, hängt von dem Wortlaut des Vertrages ab. 2. Wenn der uns nicht bekannte Wortlaut des Vertrages nicht entgegensteht, ja. Sonst könnten Sie nur auf Herstellung der verabredeten Einrichtungen und event. Minderung der Miete klagen. — **B. G. B. 10.** 1. Dem Manne. 2. Nein, nur an dem Nachlaß der Mutter. — **A. 100.** Leider Nein. — **W. L. 100.** Ja. — **Mansfeld 4.** Die Pfändung der Forderung müßte bei dem Gericht beantragt werden. — **O. R.** Nach den Grundsätzen von Treu und Glauben hätte in dem von Ihnen dargelegten Fall der Verpächter Nachricht zu geben. — **Paul 30.** Eine Klage vor dem Gewerbegericht auf Bezahlung der Ueberstunden hätte Aussicht auf Erfolg. — **P. U. 111.** 1. Die Statuten hätten Sie nicht einreichen brauchen, müssen nun aber 1,50 M. Stempelsteuer zahlen. 2. Der Austritt kostet für jede Person 3 M. und ungefähr 50 Pf. Schreibgebühr. — **H. 7.** Sie sind invaliden- und krankenversicherungspflichtig. — **Streitfrage 100.** 1. Wenn kein Testament vorliegt, so erbt der kinderlose überlebende Ehegatte nur die Hälfte des Nachlasses. Er bekommt aber im voraus die Hochzeitsgeschenke und die zum Haushalt gehörigen Mobilien. 2. Die Schankkonzession wird ohne Rücksicht auf eine etwaige Bestrafung erteilt, wenn nicht etwa die Bestrafung die Annahme rechtfertigt, daß der die Konzession Nachsuchende das Gewerbe zur Förderung der Völlerei, des verbotenen Spiels, der Hehlerei oder der Unsittlichkeit mißbrauchen werde. — **L. C.** Verjährt am 31. Dezember d. J.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 22. Dezember.

Anfang 7½ Uhr.

Königliches Opernhaus. Der Postillion von Lonjumeau. Versiegelt.
Königl. Schauspielhaus. Wie die Alten sungen.
Deutsches. Revolution in Krähwinkel.
Kammerspiele. Der Graf von Gleichen. (Anfang 7 Uhr.)
Komische Oper. Die Zwillinge.

Anfang 8 Uhr.

Hebbel. Thummelumsen.
Lessing. Rosenmontag.
Berliner. Herodes und Mariamne.
Neues Schauspielhaus. Rabagas.
Neues. Israel.
Kleines. Moral.
Residenz. Kümmere dich um Amelie.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Das Opferlamm.
Schiller Charlottenburg. Die Zwillingsschwester.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Irmingard.
Westen. Der fidele Bauer.
Thalia. Mein Leopold.
Luisen. Der Rattenfänger von Hameln.
Bernhard Rose. Die Entgleisten.
Wilhelm-Theater. Die Schöpfung.
Lustspielhaus. Madame Flirt.
Trianon. Der Satyr.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Havana. Anfang 8½ Uhr.
Gastspiel-Theater. Demimonde. Anfang 8½ Uhr.
Bürgerl. Schauspielhaus. Staatsanwalt Alexander.
Gebrüder Herrnfeld. Die beiden Bindelbands.
Apollo. Mizi Gizi. Siegwart Gentes.
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Kasino. Die Dianabäder. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Servus Pschesina. Lustige Ehemann.
Gustav Behrens. Der Obersteiger. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Parodie. 2×3=7. Die Zauberflöte. Anfang 8½ Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Am Golf von Neapel.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Israel.
Morgen und folgende Tage: Israel.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Moral.

Theater des Westens.
Allabendlich 8 Uhr:
Der fidele Bauer.
Mittwoch 4 Uhr kl. Preise: Dornröschen.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Dienstag, 22. Dez., Anfang 8 Uhr:
Irmingard.
Mittwoch nachm. 4 Uhr: Der gestiefelte Kater. Abends 8 Uhr zum erstenmal: Husarenfieber.
Donnerstag: Geschlossen.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Herodes und Mariamne.
Morgen: Herodes und Mariamne.

Hebbel-Theater
Königgrätzer Str. 57/58. Anf. 8 Uhr
Thummelumsen.

Neues Operetten-Theater,
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Täglich abends 8 Uhr:
„Kümmere Dich um Amelie."
Donnerstag, 24. Dez.: Geschlossen.
An den drei Feiertagen: **Kümmere Dich um Amelie.**
Am 1. Feiertag 3 Uhr: **Haben Sie nichts zu verzollen?**
Am 2. Feiertag 3 Uhr: **Der Schlafwagenkontrolleur.**
Am 3. Feiertag 3 Uhr: **Ganz der Papa.**

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Am Golf von Neapel.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Rattenfänger v. Hameln.
Mittwoch: Der Rattenfänger von Hameln.
Donnerstag: Geschlossen.
Freitag nachm. 3 Uhr: Die Ehre. Abends: Die Kinder des Kapitän Grant.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Flachsmann als Erzieher. Abends: Die Kinder des Kapitän Grant.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Räuber. Abends: Die Kinder des Kapitän Grant.
Montag: Die Kinder des Kapitän Grant.

Bernhard Rose Theater
Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Die Entgleisten.
Wochentagspreise.
Mittwoch und Donnerstag:
Geschlossen.

Passage-Theater.
Jeden Abend 8 Uhr:
Bozena Bradsky
und das großartige Dezember-Programm.

Passage-Panoptikum.
Während d. Weihnachtsferien:
Volkstage!
Jeder Erwachsene ein Kind frei!
Jedes Kind erhält ein Geschenk!
Geschenke im Werte von über **1000 Mark.** Darunter Einzelgeschenke, wie Kinderhüte, silberne Uhren etc., im Einzelpreise von 10 Mk. und darüber.
Ein Stündchen im Himmelreich.
Die singenden Engelsköpfchen.
Lebend: **Das Bärenweib.**
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Wintergarten
Otto Reutter
„Der lachende Politiker"
und zehn Sterne am Dezember-Himmel
des Wintergarten.
Anfang 8 Uhr.
Entree 1 M. Reserv. Platz 2 M. einschl. Garderobe u. Progr.
An allen 3 Weihnachtstagen Nachmittags-Vorstellung zu ermäßigten Preisen.
Billetts für die Weihnachtstage und **Silvestervorstellung** sind ab heute schon z. hab.

Apollo Theater
Abends 8 Uhr:
Eine lustige Spreewaldfahrt.
Musik von Paul Lincke
Mizi Gizi — Sigw. Gentes
und d. große Attraktions-Programm.
Mittwoch nachm. 3½ Uhr: **Frau Holle** und **Die lustigen Schornsteinfeger.**

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72.
Täglich: **Gr. Extra-Vorstellungen.**
Aus Vaterliebe
oder: **Der Weihnacht größte Freud — Freigesprochen.**
Riesen-Spezialitäten-Programm.
Anf. d. Vorst. 8 Uhr. Keine erh. Preise.
An allen 3 Feiertagen: Festvorstellung. Anf. 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.

Schiller-Theater.
O. (Wallner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Das Opferlamm.
Schwank in 3 Aufzügen von Oskar Walther und Leo Stein.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Vater und Sohn.
Donnerstag: **Geschlossen.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Zwillingsschwester.
Lustspiel in 4 Aufz. von Ludwig Fulda.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der schwarze Kavalier.
Donnerstag: **Geschlossen.**

Zirkus Schumann.
Heute Dienstag, 22. d. Mts., abends präz. 7½ Uhr: 9½ Uhr: Das Beste vom Besten
Golo, der Seeräuber u. Mädchenhändler.
Die gegenwärtig größte u. beste Pracht-Ausstattungs-Pantomime. Besonders hervorzuheben:
Der Riesen-Wasserfall.
Zum Füllen der Gräben, welche die Burg Golos umgeben, und **Salomes Opfertanz.** Vorher das Sensations-Programm und
„Paet", ein wirklicher Wunderaffe.
An allen 3 Feiertagen in beiden Vorstellungen
ausnahmsweise die vollständige Aufführung der Pantomime
Golo, der Seeräuber und Mädchenhändler.

Brauerei Friedrichshain.
Am Königstor. Größter Konzertsaal Berlins. Oek.: Ernst Liebing.
Am 1., 2. u. 3. Weihnachts-Feiertage:
Nachmittags von 1—4 Uhr: **Matinee-Konzerte** von
Johann Strauß aus **Wien**
Entr. 50 Pf. mit seiner vollständigen Kapelle. Entr. 50 Pf.
Nachmittags von ½5 Uhr ab: **Heitere Abende.** Große Militärkonzerte.
Fröhliche Weihnachten!
Auftr. erst. Bühnenkr. Leb. Photogr. 2elektr. Riesen-Weihnachtsbäume.

Grand-Hotel-Festsäle

Am Alexanderplatz. B. Johmlich.
Jeden Sonntag und Dienstag: [2161b*
Hamburger Sänger.
Anfang Sonntags 6½ Uhr, wochentags 8 Uhr.
Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

Gastspiel-Theater
Köpenicker Straße 68. 8½ Uhr:
Gastspiel Hedwig Lange.
Demimonde.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Herrnfelds größter Schlager:
Die beiden Bindelbands.
Vorher:
Der neue Künstler-Teil.
An allen 3 Weihnachtstagen
abends 8 Uhr:
Die beiden Bindelbands.
Nachm. 4 Uhr, bei halben Preisen:
1. Feiertag (Freitag):
Endlich allein!
2. Feiertag (Sonnabend):
Hauslerer Jockele.
3. Feiertag (Sonntag):
Die letzte Ehre.
Hierzu nachmittags u. abends: Der neue **Künstler-Teil.**
Billetts für die Weihnachtstage und
Silvester-Vorstellung und Feier
sind ab heute schon zu haben.

W. Noacks Theater
Direktion Rob. Ott. Brunnenstr. 16.
Heute: **Geschlossen.**
An allen drei Feiertagen die erfolgreiche Weihnachts-Novität:
Die Schule der Liebe.
1. Feiertag Anfang 8 Uhr.
2. u. 3. Feiertag: 7 Uhr. Gr. Festball.

Palast-Theater
Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Börse.
Heute geschlossen.
Ab
Freitag, den 25. Dezember
(1. Feiertag):
Das Riesen-Fest-Programm.

Folies Caprice
Anfang 8¼ Uhr.
Servus Pschesina!
Bunter Teil.
Ein lediger Ehemann.

Lustspielhaus.
Madame Flirt.
Morgen: Geschlossen.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr
Donnerwetter — tadellos.
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
2. u. 3. Weihnachtsfeiertag, nachm 3 Uhr:
Durchlaucht Radieschen

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr:
Die großartigen
Dezember-Spezialitäten
Im Tunnel Regimentskapellen 2c.
Theaterbesucher hab. freien Eintritt.

Bürgerliches Schauspielhaus
Kastanien-Allee 7—9.
Im Abonnement.
Gastspiel Frl. Hedwig Laris:
Staatsanwalt Alexander.
Schauspiel in 4 Akten von K. Schüller.
Anfang 8½ Uhr.
Morgen 4 Uhr: Aschenbrödel.

Gustav Behrens-Theater, Goltzstr. 9.

Im Wein liegt Wahrheit
Posse mit Gesang
und
Weihnachtsfreude
Lebensbild mit Gesang.
Außerdem die übrigen erstklassigen Spezialitäten
Anfang 8½ Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Das glänzende Dezember-Programm.
Jubelnder Lacherfolg!
„Die Dianabäder".
Freitag, 25., 4 Uhr: Rosenganesse 8a. Sonnabend, 26., 4 Uhr: Hotel Klingsbusch. Sonntag, 27., 4 Uhr: Die fidele Kiste.

Berliner Eis-Palast
Ständige Eisbahn. Bis 1 Uhr nachts geöffnet. Großes Konzert. Abends 9 und 10½ Uhr Auftreten erster Eiskunstläufer und -läuferinnen.

XIV. Saison! Zirkus Busch.
Dienstag, den 22. Dezember, abends präz. 7½ Uhr:
Gala-Vorstellung.
? Das Moto-Baby! ?
Inas-Truppe!
John Higgins!
Champion im Hoch- u. Weitsprung. Herr Ernst Schumann, Neudressuren. Herr Burkhardt-Foottit, Schulreiter. Gigerlclown Alf. Daniels. Gerard und Fontana, Reitkünstler. Um 9½ Uhr:
Barbarossa!!
Vorher: Gala-Programm.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 48.
Vom 1. Feiertag ab täglich im Theater-Restaurant der
Riese Langhoff,
23 Jahre alt, 2,15 Meter groß.
Wegen Renovierung bleibt das Theater bis
24. Dezember geschlossen.

Folies Caprice.
Durchschlagender Erfolg!
Ein lediger Ehemann.
Anfang 8¼ Uhr.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.
Zum Schluß neu:
Der Kompagnie-Ball
Militärische Humoreske von Meysel.
Anfang wochentags 8 Uhr, Sonnt. 7 U.
Sonnabend, d. 26. Dez. (2. Feiertag): Weihnachtsfest-Benefiz-Matinee. Anf. 12 Uhr. Herrliches Programm.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.

Direktion Wilhelm Reimer.
Wegen Vorbereitungen zum Weihnachtsfest
geschlossen.
An allen drei Feiertagen:
Gr. Extra-Festvorstellungen. Hochakt. Programm.
Elite-Soireen von
Hoffmanns Norddt. Sänger
Tanzkränzchen.
Freitag, 25. Dez. (1. Weihnachtsfeiertag): Gr. Weihn.-Fest-Soiree.

Wir treffen uns! Wo? In der Kino!
Ausstellungshalle am Zoo v. 19. Dez. 08 – 3. Jan. 09.

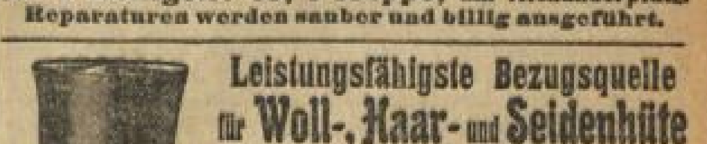
Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefere elegante fertige 18808
Herren-Garderoben
Ersatz für Maß.
Anfertigung nach Maass.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Gr. Frankfurterstr. 37, II
Eingang Gewandberger Str.

Spezial-Geschäft für Uhren

1 neue Uhr-Feder la 75 Pfg.
1 neue Uhr-Spiral . 15 Pfg.
1 neues Uhr-Glas . 10 Pfg.
1 neuer Uhr-Ring . 10 Pfg.
1 neuer Uhr-Zeiger 10 Pfg.
1 neuer Uhr-Schlüssel 5 Pfg.
Neue Uhren i. größter Ausw. genau reguliert
E. Möbis,
14 Beuthstrasse 14
neb. Café Aschinger „a. Spittelmarkt"

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradehaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Liefer. f. Orts- u. Hülfs-Krankenkassen
Berlin N., 21882*
jetzt Lothringer Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Peloten, angenehm u. weich am Körper.

I. Weihnachts-Feiertag
abends ½8 Uhr
Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:
KUNST-ABEND
Leitung: **Margarete Walkotte**
Mitwirkende: Herr Professor Krüger Nystedt, Konzertsängerin Frl. Meyer, Herr Emil Walkotte, Herr Mielke, Margarete Walkotte, am Flügel: Herr Bernhard Nitsche. — Anschließend: **Ball.**
Entree 50 Pf. im Vorverkauf, Abendkasse 60 Pf. Vorverkauf bei Herrn Horsch, Engelufer 15. 293/16*

Begründet 1873 **Hut-Salinger** Begründet 1873
Engros **Spezialhaus für Neuheiten** Export
in **Filzhüten**, weich und steif, Zylinderhüten, Chap. claques usw.

Einzelverkauf
zu sehr billigen
u. streng festen Preisen.
Neue Königstr. 48, 1 Treppe, am Alexanderplatz.
Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.

Leistungsfähigste Bezugsquelle für Woll-, Haar- und Seidenhüte
nur moderner Formen,
20—25 Proz. unterm Ladenpreis.
Ein Posten modernster **Sport-** und **Hausmützen** (Form Zeppelin) a Stück **45 Pf.**
Hut-Engros-Geschäft von **Alvin Sußmann,** seit 1885 Holzmarktstraße 38, parterre.

Zu Engrospreisen
kauft man direkt in einer Herrenkleiderfabrik **Winterpaletots** und **Anzüge** wegen vorgerückter Saison und Umzug. Die Fabrik hat sonst nur **engros** an bedeutende Herrenkonfektionsgeschäfte Berlins verkauft, daher diese **diskrete** Bekanntmachung. Bei schriftlichen Anfragen unter **A. 1** an die Haupt-Expedition des „Vorwärts" wird Ihnen diese vorteilhafte Bezugsquelle umgehend zugewiesen. — Auch über die Maßanfertigung viele Anerkennungsschreiben vorhanden. — Besichtigung selbst von Fachleuten lohnend. Kein Kaufzwang. 54002*

Extrapreis!

Eine Partie **große**

Diwandecken

auf beiden Seiten benutzbar

Mk. 4,85 (Wert 6,75)

Buntpersische doppelseit.

Diwandecken

Mk. 7,50–8,75 (Wert 12–15 M.)

Bunte Mocquett-Plüsch-Diwandecken

Größe 150/300 cm 23,50 (Wert 33 M.)

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S. 193. Seit 1882

nur **Oranienstr. 158.**

Nach auswärts per Nachnahme.

Weihnachts-Extraliste und Katalog

enorm billiger Geschenkartikel (600 Abbild.) gratis und franko.

Bis Weihnachten **Verkauf bis 10 Uhr abends.**

Garderobe

für

Herren, Damen und Kinder

neueste Fassons, größte Auswahl.

Alles aufbequemste Teilzahlung

Pelz-Stolen und -Kolliers

Möbel und Polsterwaren

ganze Wohnungs- und Küchen-Einrichtungen, sowie einzelne Möbel als Ergänzungsstücke

Gas- und Petroleum-Kronen

Wand- und Taschen-Uhren.

Bequem. Anz. Wochenr. 1 M.

Ferner: Gardinen, Teppiche, Portieren, Tischdecken, Läuferstoffe, Bettvorleger, fertig gestopfte Betten und Steppdecken, Damen- und Herren-Leibwäsche

Ohne Anzahlung

Spiegel, Bilder, Uhren

Wochenrate 50 Pf.

S. Dorn

Waren- u. Möbel-Kredithaus

Alte Schönhauser Straße 3

am Schönhauser Tor.

Sonntags bis 8 Uhr geöffnet.

Zentralverband der Steinarbeiter.

Berlin II.

Die **Auszahlung des Weihnachtsgeschenkes** an die arbeitslosen Kollegen findet am **Mittwoch, den 23. d. M.,** vormittags von 9–12 Uhr bei **Siebert,** Seydelstr. 30, statt.

Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Am **Sonntag, den 27. d. M.,** findet ein **Extra-Zahltag** statt, damit die Ausstellung der neuen Mitgliedsbücher keine Verzögerung erfährt.

172/12 **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter

Berlin I. und II. Unseren arbeitslosen Kollegen zur Nachricht, daß die **Weihnachtsunterstützung** am **Mittwoch, den 23. Dezember,** ausgezahlt wird.

Die Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützung, welche am 25. und 26. Dezember fällig ist, wird am **Donnerstag, den 24. Dezember,** ausbezahlt.

Am **24. Dezember** (Weihnachtsheiligabend) werden die **Bureaus nachmittags 2 Uhr geschlossen** und erst wieder am **Montag,** den 28. Dezember, vormittags geöffnet. 44/11

Tanz-Lehrinstitut Richard Heinrich

im Festsaale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15.

Bitte ausschneiden! Bitte ausschneiden!

Freitag, 25. Dezember, abends 6 Uhr, Saal I:

Weihnachts-Kränzchen

von 11 Uhr ab im großen Saale: BALL.

Sonntag, den 27. Dezember, abends 6 Uhr:

Große Gesellschaftsstunde.

Freitag, den 1. Januar 1909, abends 6 Uhr:

Neujahrs-Kränzchen

verbunden mit einer Punsch-Polonäse.

Avis! Sonntag, den 3. Januar, nachm. 3 Uhr; Dienstag, „ 5. „ abends 8 Uhr; Sonntag, „ 10. „ nachm. 3 Uhr beginnt ein **neuer Kursus** für Damen und Herren. — **Anmeldungen** werden vor Beginn des Unterrichts sowie in meiner Wohnung **Wrangelstr. 107** (Amt IV, 10381) entgegengenommen.

5347L* **Richard Heinrich,** Tanzlehrer.

Allgemeine Orts-Krankenkasse zu Spandau.

Mittwoch, den 30. Dezember 1908, abends 8 Uhr, im Restaurant von **„Conrad,** Schönwalder Straße 2:

Oeffentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Auslosung von 2 Delegierten und 16 Stellvertretern (Arbeitnehmer).

Die Prüfung der am 23. November 1908 gewählten Liste hat ergeben, daß 2 Delegierte und 16 Stellvertreter nicht das wahlfähige Alter besitzen bezw. nicht Mitglieder der Kasse sind. Es ist deshalb gemäß § 51 Abs. 2 und 38 Abs. 5 aus der Mitte derjenigen Kandidaten, welche die nächsthöchste gleiche Stimmenzahl erhielten, eine Auslosung vorzunehmen.

Der Vorstand.

296/4 Wolff, Vorsitzender.

Reste!

Damentuche, schwarz und farbig. Costumes-Stoffe (neueste Muster, zu jeder Saison), Astrachan, Krimmer, Wollplüsch, Seidenplüsch, Velours du Nord, Sammet, Seide, Velvet etc. 4147L*

Confektion

Paletots, Jacketts, Costumes und Costumesröcke in großer Auswahl

C. Pelz, Kottbuser Straße 5.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser Vater, der frühere Wächter auf dem Grundstück Mariannenstraße 31/32 [2515

Friedrich Müller

im Alter von 80 Jahren gestorben ist.

Emma Gröner.
Anna u. Hermann Müller,
Moabit, Kirchstraße 25.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 22. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Johannis-Kirchhofes, Plötzensee aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gürtler

Anton Schimack

am 19. Dezember gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, 22. Dezember, nachmittags 1/4 4 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofs in Reinickendorf, Humboldtstr. 68/73, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

126/11 Die Ortsverwaltung.

Am Sonntag, den 20 Dezember, verstarb nach schwerem Leiden meine liebe Frau und unsere gute Mutter 53499

Pauline Heinze

geb. Siewert.

Der trauernde Gatte
Karl Heinze nebst Kindern.
Lübbener Str. 14.

Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 23. Dezember, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Sonnabend, den 19. Dezember, meine liebe Frau

Friederike Holldorf

im Alter von 83 Jahren verstorben ist.

Dies zeigt tiefbetrübt an
Max Holldorf, Töpfer,
Spandau, Wörther Straße 37.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 22. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in den Kiffeln aus statt. 264b

Für die innige Teilnahme und zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen allen Verwandten und Bekannten sowie dem Zentralverband der Bildhauer, dem Gesangverein der Bildhauer, dem Verein der freien Gast- und Schankwirte, dem Sparverein „Goldgrube" sowie dem Sozialdem. Wahlverein für den vierten Berliner Reichstagswahlkreis herzlichen Dank

Frau Noack und Kinder

53529 Muskauer Str. 12.

Danksagung.

Für die innige Teilnahme und die reiche Kranzspende bei der Beerdigung meiner einzigen Tochter

Else Ast

sage hiermit allen meinen herzlichsten Dank. 53512

Der trauernde Vater
Paul Ast, Sorauer Str. 22.

Arbeiter-

Bekleidung — Berufskleidung.

Größtes Spezialgeschäft.

Kohnen & Jöring, Hauptgeschäft **Alexanderstr. 12.**

Filialen: **Landsberger Allee 148.**

Neu eröffnet! **Rixdorf:** **Bergstraße 66** am Ringbahnhof.

Ein Triumph der Zigarettenfabrikation

Selowsky's CARUSO Zigaretten nur 3 Pfg.

per Stück!

Stolas,

Kolliers, Krawatten, Muffen, Herren- u. Kinder-Garnituren, Pelzjacken, Pelze, garnierte Pelzhüte, Baretts, Pelzdecken, nur eigenes Fabrikat, in größt. Auswahl, aus bestem Material. Kein Zwischenhändler, daher Fabrikpreise.

Kein Laden! Sonntags geöffnet.

F. Kalman, Kürschnermstr.

Kommandantenstr. 15, Tel.: I, 3917, gegenüber Beuthstr., vorn 1 Tr.

Achtung! Teilzahlung!

Wöchentlich nur 1 Mk.

Grammophone, Phonographen, Menzenhauer Zithern, Geigen, Mandolinen usw. Gr. Lag. Zonophon-Platten, Edison-Walzen. Herren- u. Damen-Uhren, Ketten, Ringe.

Juhre's Spezial-Geschäfte

Hauptgeschäft: N., Brunnenstr. 117, vorn 1 Tr. Filialen: SO., Britzer Str. 10, parterre und NW., Rostocker Str. 22, am Bahnhof Beusselstraße.

Pelzwaren!!!

119 Eile zu Weile Dresdener Straße **119**

Eckhaus Oranienplatz. Hochbahn Kottbuser Tor.

Eigene Kürschnerei.

Echt Skunksstola von 25.— M. an Ohne Konkurrenz

Echt Nerz-Stola von 40.— M. an Neueste Moden!

Echt Nerzmurmel-Stola von 18.— M. an Schlager d. Sais.

Echt Tibet-Stola von 7.50 M. an Riesenhafte Auswahl!

Prima Felle in all. Fellarten stets auf Lager.

Reparaturen und Umarbeitungen schnell, gut, billig

Sonntags geöffnet.

Hervorragend billige Preise.

Kaufen Sie Ihre Brillen und Pincenez nur bei dem praktischen

Optiker Läckemäcker

I. **Schönhauser Allee 136**
II. **Kommandantenstr. 32.**

Rathenower Brillen und **Pincenez 1 M.,** bis allerfeinste 2 M.

Zu Weihnachtsgeschenken: 53622

Prima Gold plattierte Brillen und **Pincenez 5,50** Mark.

Operngläser, rein achromat., 6 M. Barometer, bestes Werk, 4,50 M. an.

H. & P. Uder,

Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und **Tabakfabrik.**

Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Größte Auswahl gelagerter **Zigarren** in allen Preislagen.

Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.

Amt IV, 3014.

Hut-Arnold

Dresdenerstr. 116 (Kein Laden) am Oranienplatz

Hut und Mützen Engrosgeschäft

Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!

Weiche Herrenhüte v. 1,50–6,00 Nur fehlerfreie moderne Ware

Steife Herrenhüte v. 2,00–7,00 Nur fehlerfreie moderne Ware

Grösste Auswahl in Mützen und Pelzwaren.

Neujahrs-Spitzen.

Gesellschafts-Spiele

in allen Preislagen.

Schach, Domino, Dame, Roulette, Tivoli, Poch- u. Kegelspiele ꝛc

Moderne **Spazierstöcke** und **Tabak-Pfeifen** aller Art.

Feine **Wiener Meerschaum- u. Bernstein-Spitzen.**

Scheunert & Wirth, Blumenstraße 4 und 5, an der Wallner-Theater-Straße.

Hutfabrik

Alfred Krug Brunnenstraße 54, Schönhaus. Allee 115

Herrenfilzhüte Mk. 1,90, 2,40, 3,—, ff. 4,50.
Zylinder Mk. 6, 8, 10, 12 inkl. Reisekarton.
Mützen in allen Preislagen von 35 Pf. an.
Größte Spezialgeschäfte im Norden!

Leser dieser Zeitung 5 Prozent Rabatt!

Hygienische Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92

Carmen Sylva

Cigaretten

Beste Qualitäten

Rothenburger Versicherungs-Anstalt a. G. in Görlitz.

Gegründet im Jahre 1856.

Zugelassen zum Geschäftsbetriebe im ganzen Deutschen Reiche.

Größte deutsche Anstalt für Sterbegeld-Versicherung.

Billige Beiträge. Sehr vorteilhafte Bedingungen.

— Alle Ueberschüsse fallen den Mitgliedern zu. —

Dividende seit 1898 ständig 25 % eines Jahresbeitrages, für ältere Versicherungen 50 %.

Versicherungsbestand 1/4 Mill. Versich. über	91,5 Millionen M.
Gesamtvermögen	24,2 Millionen M.
Seither ausgezahlte Sterbegelder etc.	19,3 Millionen M.
Seither an die Mitglieder überwies. Dividende	7,2 Millionen M.

Höchstzulässige Versicherungssumme M. 3000, zahlbar nach Wahl auch schon bei Lebzeiten. Keine ärztliche Untersuchung.

Neu aufgenommen:

Kinder-Versicherung bis zu 1000 M.

(ebenfalls mit Gewinnbeteiligung). 111/11*

Nähere Auskunft erteilen und Anträge nehmen entgegen die Direktion sowie die sämtlichen Geschäftsstellen der Anstalt.

Die allerbeste Puppe

erhält man, wie seit Jahren bekannt, in der

Puppen-Fabrik Otto Kreyssig

83 Brunnenstr. 83, schrägüber der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft.

Reparaturen beim Einkauf von Ersatzteilen **gratis!**

Arbeiter finden für den **Winter** gute und billige **Unterkleider** in großer Auswahl **Brunnenstr. 158, Gelber Laden.**

Preise

von 10 Zentner an ab Lager.

Ferdinand Salon	p. Ztr.	0.97 M.
Marie	„	0.99 „
Pfännerschaft	„	1.01 „
Anhalt. Kohlenwerke	„	1.05 „
Ilse	„	1.05 „
Halbsteine	„	0.95 „
Anthracit	„	2.35 „

Koks, Steinkohlen usw.

zu billigsten Preisen.

Bei Anfuhr frei Haus 10 bis 15 Pf pro Zentner mehr.

Handwagen stehen zur Verfügung.

Gerstberger & Müller

Palisadenstr. 95.

Fernsprecher Amt 7, 10 290.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,

10–2. 5–7. Sonntags 10–12. 2–4

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 45032*

Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.

10–2. 5–7. Sonnt. 10–12 Uhr.

Tabakpfeifen

(Weichsel), Shag- und Jagdpfeifen Meerschaum-, Zigarren- und Zigarettenspitzen. Karl Schubert, Küstrinerplatz 6.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Die neue Lokalliste erscheint Anfang Januar.

Wir ersuchen daher, alle Aenderungen bezw. Neuaufnahmen bis **spätestens Sonntag, den 27. Dezember,** an die nachverzeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

Für den I. Wahlkreis an den Genossen Paul Bartsch, NW. 23 Lessingstraße 32.

Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, S. 53, Bärwaldstraße 47.

Für den III. Wahlkreis an den Genossen Karl König, S. 59, Urbanstraße 93.

Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Rott, O. 34, Strausmannstraße 29.

Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Hahnisch, O. 54, Auguststraße 51, Quergeb. part.

Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Richard Henschel, N. 58, Ueckermünder Straße 17, II.

Für Nieder-Barnim an den Genossen Hermann Elias, O. 112, Blumenthalstraße 24.

Für Teltow-Beeskow an den Genossen Karl Rohr, Rixdorf, Selchower Straße 15—16, IV.

Für Potsdam-Osthavelland an den Genossen August Paris, Belten, Luisenstraße 17.

Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorsitzenden der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten.

Um das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, ersuchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitgliede, für die übrigen Orte der Provinz dem Vorsitzenden des betreffenden Kreises zu übermitteln. — Ferner weisen wir **wiederholt** auf den in den Lokalkonferenzen der Lokalkreise so oft gefaßten Beschluß hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzusenden, gleichgültig, ob Veränderungen vorgekommen sind oder nicht.

Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 27. Dezember einlaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten.

Des weiteren ersuchen wir wiederholt, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da die meisten Einsendungen immer erst in letzter Stunde einlaufen, ist, wenn es sich um eine Sperrnotiz handelt (Vergnügen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission:
Richard Henschel, Berlin N. 58, Ueckermünder Straße 17, II.

Rixdorf. Am 24. Dezember bleibt die Bibliothek geschlossen.
Die Bibliothekkommission.

Stralau. Der Wahlverein veranstaltet am ersten Weihnachtsfeiertag in den Markgrafensälen, Markgrafendamm 34, ein Weihnachtsvergnügen, bestehend in Künstlerkonzert, Gesang, Theater und Ball. Mitwirkende: Berliner Sinfonie-Orchester, Gesangverein Vorwärts VI, Bariton: Herr Richard Ebert; Theater: Volkssängergesellschaft Henry Bolzé. Anfang des Konzerts präzise 6 Uhr. Saalöffnung 5 Uhr. Billetts a 30 Pfennig sind in den Bezirkslokalen zu haben. Die arbeitslosen Genossen erhalten neben freien Eintritt und Tanz noch eine kleine Unterstützung, und ersuchen wir diese wie alle anderen Genossen und Genossinnen um zahlreichen Besuch.

Das Komitee.

Berliner Nachrichten.

Der goldene Sonntag

stand vollständig im Zeichen des „grauen Elends“. Ein Nebel, so bleiern schwer und andauernd, wie man ihn nur in London kennt und wie er an der Spree seit Jahrzehnten nicht beobachtet worden ist, tauchte Straßen, Häuser und Menschen in ein schier undurchdringliches, atembeklemmendes Dunstmeer. Als die Geschäftsleute, die auf diesen Haupterntetag vor dem Weihnachtsfest im Jahr der allgemeinen Krise mehr wie je ihre ganze Hoffnung gesetzt hatten, am frühen Morgen die Jalousien hochzogen und die „Bescherung“ sahen, gaben sie den Vormittagsverdienst so gut wie verloren. Es sollte noch trostloser kommen. Die grauen Riesenmauern in der Luft wichen und wankten nicht. In der Mittagsstunde schien es, als wollten die starren Nebelmassen sich zerteilen, aber bald schlossen sie sich nur um so dichter zusammen. Ganz Berlin war benebelt und konnte in das berühmte Trinklied des weniger rühmlichen verflossenen preußischen Kultusministers von Mühler einstimmen: Straße, wie wunderlich siehst du mir aus . . . ! Und so blieb es bis weit in den Nachmittag hinein. Die Natur höchstselbst hatte unerbittlich Hunderttausenden einen dicken Strich durch die Weihnachtsrechnung gemacht.

Wenn die Berliner nicht so zähe wären, wie es der Nebel war, hätten die Geschäftsleute ihre Läden ruhig schließen können. So gab es in den späten Nachmittagsstunden, als endlich die mächtige graue Wand langsam den Rückzug antrat und alles wie von einem Alb befreit aufatmete, doch noch eine kleine Völkerwanderung nach den glänzenden Geschäftsbezirken der Innenstadt, und der schnöde Mammon kam, wie das ja an solchem Tage nun mal Brauch ist, zu guter Letzt ziemlich stark ins Rollen. Aber erfahrene Geschäftsleute wollen behaupten, daß sie in guten Zeiten, die uns ja bekanntlich schon längst davongeflogen sind, nicht viel geringere Einnahmen bereits am sogenannten „kupfernen“ Sonntag, dem dritten vor dem Weihnachtsfeste, erzielt haben. Mag das ganz so schlimm auch nicht überall zutreffen, so spiegelt es doch die trübe Stimmung im Geschäftsleben wider. Seit Jahren ist der alte Witz von den „Kaufleuten“ und den „Sehleuten“ nicht so wie vorgestern zur Geltung gekommen. Hunderttausende fürchteten sich, ihren Geldbeutel mit dem rechnenden Verstande durchgehen zu lassen. Wie kann es denn auch anders sein in einem Staatswesen, das mit seinem an Wahnsinn grenzenden Militärfieber das Fett vom Verdienste der arbeitenden Klassen abschöpft und der Freude am eigenen Schaffen immer weniger Spielraum gibt. Wer da nicht beizeiten ein guter Haushalter war und ein paar Weihnachtsgroschen zurückgelegt hat, um den Seinen wenigstens eine ganz bescheidene Weihnachtsfreude zu gönnen, dem konnte der Arbeitslohn der vorletzten Weihnachtswoche auch nicht mehr helfen. Wie unendlich viele aber haben heute nicht mal das, was sie zum Lebensunterhalt brauchen. Mißmutig wandern sie auf der schon chronisch gewordenen Suche nach Arbeit und Verdienst durch die Weihnachtsstraßen und wünschen, daß die Festtage, die für sie Schmerzenstage sind, doch nur erst vorüber sein mögen.

In den Warenhäusern schob und stieß sich die Menge. Unheimlich war es zeitweise, da alles vor dem grauen Gespenst in diese Rettungshäuser flüchtete. Dennoch soll auch hier das finanzielle Ergebnis weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sein. Das Kleingewerbe sah halbleere Läden, und auf den spärlichen Resten des Weihnachtsmarktes überwog der galgenhumorige Trubel die unter dem Zwange der Portemonnaieschwindsucht stehende Kauflust. Ganz miserabel ging das Tannenbaumgeschäft. Man hütete sich ängstlich, im Dustern mit den berüchtigten „eingesetzten Zacken“ reinzufallen. Es läßt sich auch schon überblicken, daß viel zu viele Bestände nach Berlin geworfen sind, so daß mancher Händler, der auf einen „Rausreißer“ hoffte, mit seinen Bäumen hängen bleiben wird. Die polizeilich konzessionierte Weihnachtsarmut, vertreten durch schulpflichtige Kinder, war natürlich nicht so zahlreich wie sonst auf dem Posten. Dafür sah man im Straßenhandel auffallend viele Arbeitslose, die sich die Kehle heiser schrien, um ein paar Pfennige zu verdienen. So war denn aus dem „goldenen“ Sonntag in des Wortes wahrster Bedeutung ein „grauer“ geworden. Er paßte mit der für unsere Zone seltenen Naturerscheinung vortrefflich zu dem schweren Bann unserer altersgrauen Zeitverhältnisse, der eine wahrhaft glückliche Weihnachtsstimmung nicht aufkommen läßt.

Die Arbeitslosenzählung

beschäftigte gestern die Deputation für Statistik. Die Resultate der Zählung vom 17. November sind noch nicht genau festgestellt. Bis Anfang nächsten Jahres wird eine vorläufige Uebersicht vom Statistischen Amt veröffentlicht werden. Die Mehrheit der Deputation hielt die damals angewandte Zählmethode in Zählbureaus, in denen sich die Arbeitslosen zu melden haben, für durchaus zuverlässig. Von unserem Vertreter wurde entgegnet, daß die organisierten Arbeiter auf Grund ihrer Kenntnis der Verhältnisse das Resultat als viel zu niedrig bezeichnen müssen, da, wie die gewerkschaftliche Kontrolle ergab, weit mehr Arbeitslose vorhanden waren, als zur Zählung gingen! Die Mehrheit der Deputation stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß schon jetzt ein der Arbeitslosigkeit entsprechendes richtiges Resultat erzielt worden sei und bei Wiederholung derselben Methode am 17. Februar ein noch besseres Resultat erzielt werden würde. Unser Vertreter erklärte, daß nach seiner Kenntnis in den Kreisen der organisierten Arbeiter die Stimmung jetzt vorherrsche, sich nicht mehr bei einer Zählung zu beteiligen, welche mittels Zählbureaus vorgenommen wird, sondern daß sie nur die Hauszählung durch Zähler für zuverlässig halten. So wie sie sich schon früher bereit erklärt hätten, zu diesem Zweck der Stadt 24 000 Zähler kostenlos zur Verfügung zu stellen, so würden sie auch jetzt dazu bereit sein. Ein Antrag unseres Vertreters, die nächste Zählung durch Hauszählung vorzunehmen, wurde mit allen gegen seine Stimme abgelehnt! Von den vorläufigen Resultaten der Zählung gab Direktor Silbergleit bekannt, daß gezählt worden sind in Groß-Berlin: 1406 gelernte Schlosser, 390 Bäcker, 224 Schlächter, 1849 Maurer, 630 Zimmerer, 1234 Maler, 2868 gelernte Bauarbeiter, 922 Kutscher, 436 Hausdiener im Handelsgewerbe, 200 Hausdiener im Gastwirtsgewerbe, 955 Arbeiter in der Maschinenindustrie.

Von den mehr als 40 000 Arbeitslosen hatten sich, wie die genaue Durchsicht aller Zettel ergeben hat, nur 32 befunden, die sich doppelt zählen ließen, davon waren noch einige in demselben Zählbureau doppelt gezählt worden, also durch Fahrlässigkeit des Bureaus. Da diese Doppelzählungen als Beweis dafür benutzt werden sollten, daß eine scharfe Kontrolle der Zählung notwendig sei, wurde von unserem Vertreter darauf hingewiesen, daß wenn die Kriminalität in Berlin nur 30 auf 40 000 betragen würde, man sehr froh sein könne. Daß nur 30 fahrlässige oder böswillige Doppelzählungen vorkamen, sei ein Beweis, wie ernst es der Arbeiterschaft darum zu tun sei, ein zuverlässiges Resultat der Arbeitslosigkeit zu erhalten. Bei der jetzigen Methode der Zählbureaus sei dies aber auch fernerhin nicht zu erwarten, und deshalb müsse er gegen die nochmalige Anwendung dieser Methode stimmen.

Zur Ferienfrage. Die städtische Schuldeputation hat im Auftrage des kgl. Provinzialschulkollegiums Erhebungen angestellt, wieviel Schüler der Gemeindeschulen Geschwister in höheren Lehranstalten haben. Offenbar soll diese Umfrage Material zur Ferienfrage beschaffen. Der Vorstand des Berliner Lehrervereins ist der Meinung, daß zu den in dieser Frage in erster Reihe Interessierten auch diejenigen Mitglieder der Berliner Lehrerschaft gehören, deren Kinder, Geschwister oder sonstige Hausstandsangehörige lernend oder lehrend in höheren Schulen arbeiten. Da sich aber nach dieser Richtung hin die Erhebungen der Schuldeputation nicht erstreckt haben, so stellt nun der Berliner Lehrerverein solche in der Berliner Lehrerschaft an, um die Ergebnisse zur Vervollständigung des Materials der Schuldeputation und dem Provinzialschulkollegium überreichen zu können.

Zur Unterredung der Deputation mit dem Oberbürgermeister in Sachen der Arbeitslosenfrage ersucht uns der Bildhauer Misbach um Veröffentlichung folgender Zeilen: Da mir der Bericht der Deputation beim Oberbürgermeister Kirschner in Nr. 297 des „Vorwärts“ nicht vorgelegen hat, sehe ich mich zu einer Richtigstellung genötigt. Der letzte Satz entspricht nicht meinen gemachten Ausführungen. Es heißt dort: „Die neue Art, den Stein sofort nach Zeichnung zu bearbeiten, wird auch von Berliner Bildhauern zu erlernen sein.“ — Ich sagte aber tatsächlich, nach Anführung der Ausdehnung der Arbeitslosigkeit bei den Bildhauern, folgendes:

„Die neue Art, den Stein nach gegebener Zeichnung frei, ohne Modell, zu bearbeiten, war früher ebenfalls in Deutschland üblich. Es ist deshalb nicht nötig, während der großen Arbeitslosigkeit zu diesem Zweck Leute aus dem Ausland zu holen; denn unter den Berliner Bildhauern sind genügend tüchtige Kräfte vorhanden, die dasselbe leisten, man muß ihnen aber erst einmal die Möglichkeit einer solchen Betätigung geben. Es liegt weiter aber noch die Gefahr vor, daß eine geschnitzte Decke, ähnlich der im königlichen Schloß, für das neue Stadthaus ebenfalls in Italien gemacht werden soll von demselben Professor Nager, der jetzt die figürlichen Arbeiten in Stein ausführt. Und dies müsse verhütet werden.“

Ueber das letztere konnte der Oberbürgermeister noch keine Auskunft geben.

Ich lege Wert darauf, daß diese Ausführungen auch bekannt werden.

Das Märkische Museum ist zum freien Eintritt für das Publikum täglich von 10—3 Uhr mit Ausnahme der Sonnabende geöffnet. Zur Orientierung kann ein gedruckter „Führer“ für 10 Pf. verlangt werden. Außer an den Sonnabenden ist das Museum an folgenden sieben Festtagen geschlossen: erster Weihnachtstag, Neujahr, Karfreitag, erster Ostertag, Himmelfahrt, erster Pfingsttag, Bußtag. Am zweiten Weihnachtstag ist das Museum geöffnet, obgleich er auf einen Sonnabend fällt, dagegen wird an den Vortagen der drei hohen Feiertage und am Silvester schon um 1 Uhr geschlossen.

Soldaten als Austräger bei der Post.

Kürzlich ging durch die bürgerliche Presse die Nachricht, daß vor der Heranziehung von Soldaten zum Paketbestelldienst in Rücksicht auf die große Zahl der Arbeitslosen Abstand genommen werde. Diese Nachricht stellt sich aber als falsch heraus. Die Post hat auch in diesem Jahre wie in früheren Soldaten zu diesem Dienst herangezogen und damit manchem Familienvater die Hoffnung, einige Tage bei der Post aushilfsweise beschäftigt zu werden, zu schanden gemacht. Ein Grund zu dieser Maßnahme der Post ist nicht ersichtlich. Bekanntlich verlangt die Post von dem zu Weihnachten einzustellenden Hilfspersonal Führungszeugnisse. Demnach ist das Hilfspersonal doch auch so zuverlässig, wie das bezüglich der Soldaten der Fall ist. Wir mißgönnen gewiß auch einem Soldaten nicht die Extraeinnahme, die er durch Verwendung im Bestelldienst erzielt, müssen aber doch verlangen, daß Soldaten, die aus allgemeinen Mitteln erhalten werden, freien Arbeitern keine Konkurrenz machen.

Sendungen nach England. Mit Bezug auf die in unserer Zeitung vom 16. d. M. unter der Ueberschrift „Postpakete nach England“ gebrachten Notiz werden wir von der amtlichen Vertretung der königl. belgischen Postdampferlinie Ostende-Dover gebeten, unsere Leser darauf aufmerksam zu machen, daß die Routenvorschrift für Paketsendungen nach England den Versendern vollkommen frei steht, daher auch die Route über Ostende-Dover vorgeschrieben werden kann.

Zu dem Wiener Raubmord wird mitgeteilt, daß Kriminalkommissar Nasse nach Berlin zurückgekehrt ist. Die Ermittelungen in Wien haben den Verdacht bestärkt, daß Henkel schon bei seiner Abreise von Berlin den Plan gefaßt hatte, irgend etwas auszuführen, um Geld zu bekommen. Zunächst mag er wohl an ein Unternehmen in Serbin gedacht haben. In Wien wohnte er erst unter seinem richtigen Namen. Im „Bayerischen Hof“ dagegen nannte er sich Hans Krüger. Zufällig heißt dort der Pförtner ebenso. Aber das brachte ihn nicht aus der Fassung, als der Mann es ihm sagte. Der Laden Frankfurters ist so klein, der Ladentisch so schmal, daß der Mörder seinem Opfer die Waffe dicht an den Kopf hielt, als der Mann sich bückte, um die Kette an der Uhr zu befestigen. Die Kugel drang an der rechten Schläfe schräg durch bis in die linke Schulter. Neben dem Laden, der vom Hotel des Mörders nicht fünf Minuten entfernt ist, liegt ein Neubau, an dem noch gearbeitet wird. Bemerkenswert ist, daß Henkel nach der Tat ein Rostbeaf nicht essen konnte, als er es durchschnitt und Blut herauslaufen sah. Er ließ es schaudernd stehen und ging weg. Die geraubte Kasse hatte er im Hotel unter seinen Waschtisch gestellt. In Berlin ist sie immer noch nicht wieder zum Vorschein gekommen.

Bei der Ausgabe falscher Einmarkstücke wurde gestern ein wohnungsloser Kellner Fritz Schneider ertappt und festgenommen.

Die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft wird in nächster Zeit ihre Kraftomnibuslinie 4 Hallesches Tor—Chausseestraße (Ecke Liesenstraße) durch die Müllerstraße bis zur Ecke der Schulstraße mit einem Teil der Wagen verlängern, so daß dann drei Linien durch die Friedrichstraße bestehen, und zwar: 4 „Hallesches Tor—Chausseestraße (Ecke Liesenstraße)“, 4a „Hallesches Tor—Wedding (Nettelbeckplatz)“, 4b „Hallesches Tor—Müllerstraße (Ecke Schulstraße)“.

Der Zelluloidbrand in der Handelsstätte Belle-Alliance. Die kürzlich in den engen Räumen dieser Handelsstätte zwischen Friedrichstraße und Lindenstraße erfolgte Zelluloid-Explosion ist verhältnismäßig günstig abgelaufen, indem dabei Menschen nicht zu Schaden gekommen sind, sondern nur der betreffende Arbeitssaal ausgebrannt ist. Immer sind solche Explosionen und Brände nicht so günstig verlaufen. Seit das zuerst 1869 von Hyatt in Newark hergestellte Zelluloid fabrikmäßig erzeugt wird, sind eine große Anzahl schwerer und leichterer Explosionen und Brände infolge der Entzündung von Zelluloid in den betreffenden Fabriken vorgekommen, bei denen sehr viele Menschen ihr Leben einbüßen mußten. Wir erinnern nur an den großen Brand einer Zelluloidfabrik bei Straßburg im Elsaß im Jahre 1906, durch den eines Montags früh 31 gesunde jugendliche Arbeiterinnen, die kurz vorher frisch zur Arbeit angetreten waren, während einiger Minuten durch die bei dem Brande sich entwickelnden giftigen Gase getötet wurden, indem in der Nähe eines Ofens lagernde Zelluloidabfälle durch irgendeinen Umstand in Brand geraten waren. Dann an den am 6. Juni dieses Jahres (1908) stattgefundene Brand der Zelluloidwarenfabrik der Gebrüder Sasse in Ottakring bei Wien, bei dem 13 männliche und 6 weibliche Personen in ähnlicher Weise ums Leben kamen.

Diese Gefährlichkeit des Zelluloid hat zu einer großen Reihe Sicherheitsmaßregeln geführt zur Verhütung von Unfällen bei seiner Herstellung, Verarbeitung und Aufbewahrung und bei der Benutzung der aus ihm hergestellten Zelluloidwaren; aber sie genügen immer noch nicht, um diese gefährlichen Explosionen sicher zu verhüten. Sie sind auch mehrfach geändert und ergänzt worden, da man erst allmählich die chemischen und physikalischen Eigenschaften dieses Fabrikates und die näheren Umstände, unter denen sie sich entzünden können, genauer kennen lernt. So wurde 1903 der Brand eines ganzen Fabrikgebäudes in Berlin durch die unvorsichtige Behandlung von Zelluloidabfällen verursacht, die im ersten Stockwerke dort in einer Menge von zirka 500 Kilogramm ohne Wissen der Behörde gelagert und sortiert wurden und sich durch irgendeinen Umstand entzündet hatten. Die langen Stichflammen, die dabei aus den Fenstern des ersten Stockwerkes herausschlugen, übertrugen das Feuer auf die übrigen Betriebe des Gebäudes, dabei auch auf eine Zelluloidwarenfabrik im dritten Stockwerk und setzten die dort in Arbeit befindlichen Materialien in Brand. Dabei erstickte ein Arbeiter, während zwei Arbeiterinnen schwer verbrannt wurden, da sie, im Begriff sich zu retten, die Türklinke abbrachen und in der Todesangst übersahen, daß die Ausgangstür trotzdem leicht zu öffnen war. Nun wurden auch die Geschäfte dieser Händler mit Zelluloidabfällen in strengere Kontrolle genommen und für sie spezielle Bestimmungen erlassen. Trotzdem kamen in Berlin noch einige solche Brände vor. In demselben Jahre fand auch in dem Keller eines Fabrikgebäudes in Leipzig ein Brand von Zelluloidabfällen statt, bei dem acht Personen ums Leben kamen, von denen sich sechs in einem an der Treppe befindlichen Kontor aufgehalten hatten, ohne daß von diesen das Fenster geöffnet worden war. Man vermutete deshalb, daß diese Personen durch Vergiftung von bei dem Brande entstandenen giftigen Gasen gestorben seien, die durch Oeffnungen aus dem Keller hierhin gelangt waren. In der Tat ergaben Versuche, die Professor Dr. Stockel darauf anstellte, daß die bei Verbrennung von Zelluloid entstehenden Gase Blausäure enthalten, und zwar 5 Gramm Zelluloidwolle beim Verbrennen eine solche Menge Blausäure entwickele, nämlich 5 Zentigramm, die zur Tötung eines Menschen genügt. Außerdem enthalten diese Gase noch Kohlenoxydgas, das ebenfalls giftig ist; aber an den Todeserscheinungen und dem Sektionsbefunde der Verstorbenen und der Versuchstiere konnte konstatiert werden, daß der Tod durch die schneller wirkende Blausäure herbeigeführt war. Infolgedessen wurden in Leipzig und in Berlin im Jahre 1906 an die Anlagen zur Herstellung von Zelluloid noch weitergehende Anforderungen zur Erhöhung der Feuersicherheit und zum Schutze der Arbeiter und Nachbarn gestellt, deren Durchführung aber — wie der Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten bemerkt — **vielfach Widerstand bei**

den Gewerbeunternehmern findet. Wenn aber irgendwo, so sollten doch hier, wo so leicht wie in einer Kohlengrube ein großes Unglück geschehen kann, etwaige Widerstände der Gewerbeunternehmer unter allen Umständen aufs schnellste beseitigt werden. Auch bei dem Brand am letzten Dienstag in der Handelsstätte Belle-Alliance hätte durch den Umstand, daß der vorhandene Notausgang nicht schnell genug geöffnet werden konnte, ein großes Unglück geschehen können, wenn nicht alle Personen sich schnell genug durch den Hauptausgang hätten entfernen können. Wenn irgendwo, so zeigt sich hier, daß die zum Schutz von Menschenleben getroffenen Vorkehrungen stets im besten Zustande, gleichwie bei der Feuerwehr, gehalten werden müssen. Auch dürften die engen Räume der Handelsstätte Belle-Alliance und die ganze dortige Gegend zur Fabrikation mit einem so gefährlichen Stoffe nicht geeignet sein. Sie sollten überhaupt nicht mehr in der Nähe bewohnter Gebäude oder in Grundstücken geduldet werden, die gleichzeitig andersartigen Gewerben dienen.

Der Oberinspektor der Fabriken in England hat unlängst eingehende Spezialvorschriften zur Sicherung der in Betrieben dieser Art beschäftigten Personen sowie der betreffenden Etablissements selbst erlassen. Sie beziehen sich sowohl auf die fabrikmäßige Herstellung des Zelluloids wie auf die Verarbeitung und Aufbewahrung der hergestellten Produkte. In ersterer Hinsicht werden auch für die schnelle Entfernung der dabei entstehenden schädlichen Dämpfe von Salpeter- und Schwefelsäure wirksame Anordnungen getroffen, ebenso für die Verarbeitung des fertigen Zelluloids. Es darf in größeren Mengen nur in feuersicheren Behältern und nicht in der Nähe bewohnter Gebäude aufbewahrt werden. Auch kleinere Mengen müssen in metallenen oder sonst feuersicheren Behältern aufbewahrt werden. Das Sägen und Bohren desselben darf nur unter genügender Kühlung durch kaltes Wasser erfolgen. Mit offenem Lichte darf in diesen Räumen nicht verkehrt werden, auch müssen stets reichliche Mengen Wasser und nasser Sand in diesen Räumen bereit gehalten werden.

Die oben erwähnte Zelluloidwarenfabrik in der Nähe von Straßburg im Elsaß gehörte einer englischen Firma, die es aber vorzog, sie nicht in England, sondern im Elsaß zu errichten, weil die Bestimmungen für die Errichtung und den Betrieb solcher Fabriken in England viel rigoroser sind als in Deutschland. Möchten die unsrigen doch bald auch die nötigen Verschärfungen erhalten, ehe ein größeres Unglück passiert!

Ein Berliner Schwindler in der Provinz. Der von Berlin aus wegen zahlreicher Betrügereien verfolgte, 62 Jahre alte Kaufmann, Händler und Schankwirt Otto Loevy hat, nachdem ihm der Boden in Berlin zu heiß geworden ist, seine Tätigkeit in die Provinz verlegt, wo er in derselben Weise wie in Berlin auftritt. Er pflegt Geschäfte verschiedener Branchen zu besuchen, wo nur eine weibliche Person tätig ist. Er hat sich als Schankwirt meistens unter dem Namen Wendland oder Märtens vorgestellt, eine größere Bestellung aufgegeben, die er von seinem Kutscher abholen lassen wollte. Im Laufe des Gespräches fällt ihm plötzlich ein, daß er sich verausgabt habe, er erbittet und erhält ein Darlehen von 8 M. und gibt dafür einen übrigens falsch ausgestellten Wechsel in Höhe von 175 M. auf den Namen Julius Levi, den sein Kutscher mit Bezahlung des gesamten Betrages zurückbringen soll. Selbstverständlich ist alles Schwindel. Loevy, der sehr vertrauenerweckend auftritt, ist klein und trägt einen kurzen, weißen Schnurrbart. Da er immer viel jünger geschildert wird als er tatsächlich ist, trägt er wahrscheinlich eine dunkel gefärbte Perücke und gefärbten Bart. Er ist bis jetzt in Leipzig, Görlitz und Sagan bemerkt worden und arbeitet jedenfalls auch an anderen Plätzen.

Der Bluff des Reklameschwindlers. Die unter Aufwand großer Mittel in Szene gesetzte Schwindelreklame des Pseudoverlegers Peter Ganter hat zwar einen Tag lang ganz Deutschland in Aufregung versetzt — denn es steht fest, daß die „blauen Briefe" Ganters in allen großen deutschen Städten verteilt worden sind —, der Trick hat aber, wie gemeldet, mit einem schmählichen Fiasko seines Urhebers geendet. Der Verein der Buchhändler in Leipzig hatte sich an die Staatsanwaltschaft München gewendet mit der Bitte, sofort gegen den Schwindel einzuschreiten. Der Verein erhielt darauf folgende telegraphische Antwort: Gegen den Kaufmann Peter Ganter hier ist wegen der Art der Anpreisung des von ihm herausgegebenen Romans ein Strafverfahren wegen Betruges eingeleitet. Der Staatsanwalt München I. — Ganter hatte von München aus die Briefe zu Tausenden in Pakete verpackt an die Hauptpostämter der einzelnen Städte mit der Weisung gesandt, sie am Sonnabendmorgen auszutragen. Er mußte daher die Briefe statt mit dem Ortsporto mit zehn Pfennig frankieren, da er sich sonst auch wegen Portohinterziehung strafbar gemacht hätte. Wie auch aus den Provinzblättern hervorgeht, ist der Reklameschwindel überall sofort als solcher erkannt worden.

Das beste Geschäft dabei scheint die Post gemacht zu haben, da die Briefe in vielen Zehntausenden in die Welt gingen. Der Unternehmer glaubte, wenn die Geschichte klappte, innerhalb einiger Tage ½ bis ¾ Millionen verdienen zu können.

Wer ist der Tote? Am 20. Dezember ist in der Potsdamer Forst im Jagen 60 ein etwa 50 Jahre alter, dem Arbeiterstande angehörender unbekannter Mann erhängt aufgefunden worden. Er ist zirka 1,65 Meter groß, hat dunkles, volles Haar, defekte Zähne, graumelierten Schnurrbart. Bekleidet war er mit dunklem Jackettanzug, dunkelblauem Winterüberzieher, schwarzen Schnürstiefeln, grauwollenen Strümpfen, weißem Hemd, gez. J. (ein zweiter Buchstabe, anscheinend Zuname, ist entfernt und scheint ein G. gewesen zu sein), grauem Trikothemd und braunem, weichem Filzhut. Anscheinend liegt Selbstmord vor. Personen, die über die Persönlichkeit des Unbekannten irgendwelche Angaben machen können, werden gebeten, ihre Wahrnehmungen der Kriminalpolizei oder einem Polizeirevier mündlich oder schriftlich zu den Akten 6398 IV. 89. 08. mitzuteilen.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Die zum 1. und 2. Weihnachtsfeiertage vom hiesigen Bildungsausschuß veranstalteten Festlichkeiten sollen auch dem minderbemittelten Arbeiter Gelegenheit geben, mit seiner Familie einige Stunden der Unterhaltung und Zerstreuung zu suchen. Der Eintrittspreis für sämtliche Veranstaltungen ist auf das niedrigste festgesetzt. Am 1. Weihnachtsfeiertage, nachmittags 4 Uhr, findet im großen Saale von Fritz Hoppe, Hermannstr. 49, für unsere Jugend eine Grimms-Märchenerzählung, geleitet von Frl. Maria Holgers, statt. U. a. kommen zur Vorlesung: „Der Froschkönig und der eiserne Heinrich", „Brüderchen und Schwesterchen", „Vom klugen Schneiderlein", „Schneeweißchen und Rosenrot", „Der Eisenofen", „Rumpelstilzchen" und zum Schluß „Neckmärchen". Die Eröffnung findet nachmittags 3 Uhr statt. Das Eintrittsgeld beträgt pro Person, ob Kind oder für Erwachsene, 10 Pf. — Abends präzise 8 Uhr findet in demselben Lokale ein „Volksliederabend", bestehend aus Instrumental- und Vokalkonzert, statt. Als Mitwirkende sind hierzu gewonnen: Frau Johanna Plockroß-Pohli, Liedersängerin, der Gesangverein „Rixdorfer Männerchor" (M. d. A.-S.-B.) und das „Neue Tonkünstler-Orchester" unter Leitung seines Dirigenten Franz Hollfelder. Das Eintrittsgeld beträgt inklusive Programm pro Person 30 Pf. — Am zweiten Weihnachtsfeiertag, nachmittags 2½ Uhr, findet im Rixdorfer Theater („Bürgersäle"), Bergstr. 147, die fünfte Theatervorstellung mit der Aufführung „Ein idealer Gatte", Lustspiel in 4 Akten, statt. Die Billetts, a 65 Pf. inklusive Garderobe und Theaterzettel, sind, wie für alle übrigen Veranstaltungen, in allen Zahlstellen sowie bei unseren Bezirks- und Zahlstellenführern, ebenfalls in der Spedition, Neckarstraße 2 (Laden), zu erhalten. Wir ersuchen, die Veranstaltungen recht rege zu unterstützen und bitten um zahlreichen Besuch.

Der Ausschuß.

Am Sonntag ist in der Prinz-Handjerystraße einem Passanten durch die Verfolgung der Polizei der Hut abhanden gekommen. Der ehrliche Finder wird ersucht, denselben in der Spedition, Neckarstr. 2, abzugeben.

Schöneberg.

Heraus aus der Landeskirche! war das Thema, welches der Landtagsabgeordnete Genosse Adolf Hoffmann in der Schloßbrauerei vor einer sehr zahlreich erschienenen Zuhörerschaft behandelte. Die Ausführungen des Redners, in denen er nachwies, daß die Forderung: „Trennung von Staat und Kirche" zugleich eine Kulturforderung ist und den Staat — wie dies bereits in anderen Ländern der Fall — vor ungeheuren Ausgaben für die Kirche bewahre, fanden großen Beifall. In der Diskussion meldete sich ein Herr Thieme zum Wort; er stellte sich als Geistlicher vor, fügte jedoch hinzu, daß er kein preußischer Geistlicher sei. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen schilderte er dann sein Wirken als Nachtmissionar in Berlin. Er widersprach dem Genossen Hoffmann nicht, sondern wollte nur betont wissen, daß es auch Geistliche gibt, die für wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter eintreten; er müsse jedoch sagen, daß er es für seine erste Aufgabe halte, für das Seelenheil, das nicht nur der Arme, sondern auch der Reiche brauche, einzutreten und zu wirken. Der zweite Diskussionsredner, ein Herr Döbel, wollte den Nachweis führen, daß sich Religion und Wissenschaft sehr wohl vertragen. Wer es nicht glaube, der solle sich nur ein Exemplar der alten Bibel anschaffen, denn die jetzige sei gefälscht. Dem Genossen Hoffmann fiel es nicht schwer, die sonderbaren Ausführungen der Diskussionsredner auf ihren realen Wert zurückzuführen. Wenn vom ersten Redner gesagt wurde, daß man in erster Linie um das Seelenheil der Menschen besorgt sein müsse, so sei dies ganz falsch. Man solle das Volk wirtschaftlich so stellen, daß es nicht in Not und Elend gerate und verkümmere; auch die Erziehung müsse sich in anderen Bahnen bewegen. Da aber der Staat und die Kirche nichts davon wissen wollen, müsse es Aufgabe des arbeitenden Volkes sein, selbst dafür einzutreten und dafür zu sorgen, daß es den gebührenden Einfluß auf Staat und Gesellschaft gewinnt, um aus eigener Kraft zu erringen, was zur Weiterentwickelung und zur Hebung des Volkes sowie zur wissenschaftlichen Erkenntnis und Kultur dient. Darum, so schloß Redner, heraus aus der Landeskirche! Hinein in die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, dann wird es auch vorwärts gehen! Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die imposant verlaufene Versammlung.

Die Jugendschriftenausstellung findet nunmehr nur noch in der „Vorwärts"-Spedition, Martin-Luther-Str. 51, statt. Die Auswahl ist dort eine noch größere, da vielfach neue Bücher und Werke beschafft wurden. Die Spedition ist bis 8 Uhr abends geöffnet, daher jedem Gelegenheit gegeben, seinen Bedarf an sozialistischer Literatur dort zu decken.

Eine Weihnachtsfeier veranstaltet der Arbeiter-Turnverein am ersten Feiertag in der Schloßbrauerei. Da der Ueberschuß zu gemeinnützigen Zwecken verwendet wird, rechnet genannter Verein auf eine rege Beteiligung seitens der Arbeiterschaft. Für gute reichhaltige Unterhaltung ist gesorgt. Eintritt 30 Pf. Anfang 6 Uhr.

Lichtenberg.

Ueber die Vergebung der Arbeiten am Elektrizitätswerk und die den Unternehmern zugebilligten Preise wird die heute Dienstag, nachmittags 5 Uhr, im Rathause stattfindende Stadtverordnetenversammlung vom Magistrat Auskunft fordern. Auch die Bürgerlichen fragen durch eine Interpellation beim Magistrat nach den Dingen.

Panik bei einem Brande. Große Aufregung herrschte bei einem Brande, der in der Sonntagsnacht in dem Eckhause Wilhelmstr. 18 und Sophienstraße zu Lichtenberg zum Ausbruch kam. Seit Anfang Oktober betreibt dort der Kaufmann Dennert eine Apotheke. Die Wohnung liegt im ersten Stock. Bald nach Mitternacht wurden plötzlich im Hause Feuerrufe laut. Wie sich herausstellte, brannte es auf dem Korridor der Dennertschen Wohnung. Noch ehe die Mieter der oberen Stockwerke das Freie gewinnen konnten, war das Treppenhaus vollständig verqualmt. Den geängstigten Personen war jeder Ausweg abgeschnitten. Ueberall wurden Hilferufe hörbar. Auch die Dennertsche Familie schwebte in Lebensgefahr. Die zehnjährige Tochter sprang in ihrer Angst aus einem Fenster der Badestube auf die Straße hinab. Glücklicherweise erlitt sie nur eine Fußverstauchung. Ein Mieter im zweiten Stock ließ seinen 11jährigen Sohn an einer Leine vom Balkon auf die Straße hinabgleiten. Als die Lichtenberger Feuerwehr eintraf, war die Situation äußerst gefährlich. Oberführer Groß ließ sofort über Leitern hinweg Löschmannschaften in die einzelnen Wohnungen vordringen, um die gefährdeten Leute zu beruhigen und von übereilten Schritten zurückzuhalten. Gleichzeitig wurde das Feuer mit zwei Schlauchleitungen bekämpft und dem erstickenden Qualm Abzug verschafft. Innerhalb einer halben Stunde war dann jede Gefahr beseitigt. Wie das Feuer eigentlich entstanden ist, konnte mit Sicherheit noch nicht festgestellt werden.

Eine Verschmelzung der Gewerkschaftsunterkommissionen Lichtenberg und Rummelsburg vom 1. Januar 1909 ab wurde in der letzten Sitzung der Lichtenberger im Beisein der Rummelsburger Unterkommission einstimmig beschlossen. Begründet wurde dieser Schritt außer sonstigen Zweckmäßigkeitsgründen durch die geographische und wirtschaftliche Lage beider Orte. Vom Berliner Ausschuß, vertreten durch den Genossen Ritter, wurden Bedenken gegen eine Verschmelzung nicht geäußert. Genosse Liebermann gab den Bericht aus der Berliner Sitzung, welche sich mit dem Resultat der Arbeitslosenzählung und Maßnahmen zugunsten der Arbeitslosen befaßte. In der Diskussion war allgemein die Meinung vertreten, daß das Resultat der Zählung kein zutreffendes sei. Bei der nächsten Zählung müsse das Hauslistensystem angewendet werden. Auch müsse durch Abhalten von Versammlungen und Verteilen von Flugblättern auf den Wert derartiger Zählungen hingewiesen werden. Nicht vertreten war der Ort Wilhelmsberg.

Rummelsburg.

Eine Notstandsdebatte gab es in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung. Auf Grund der Feststellung der Arbeitslosenzählung vom 17. November dieses Jahres, die für Rummelsburg 600 Arbeitslose ergeben hatte, interpellierten unsere Vertreter die Gemeindevertretung dahin, dieselbe wolle schleunigst geeignete Maßnahmen treffen, um der gegenwärtig herrschenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, wie die durch die Arbeitslosigkeit bedingte besondere Notlage zu mildern. In der hierzu eingesetzten Sonderkommission waren von unseren Vertretern nachstehende Vorschläge eingebracht worden:

1. Alle schwebenden Gemeindearbeiten sowie alle sonstigen, wenn auch im späteren Interesse der Gemeinde liegenden Arbeiten sind schleunigst in Angriff zu nehmen und in eigener Regie auszuführen.
2. Den bereits längere Zeit Arbeitslosen ist eine Barunterstützung zu gewähren.
3. Allen bedürftigen Schulkindern ist ein warmes Mittagbrot unentgeltlich zu verabfolgen.
4. Die Gemeinde wolle sich im Prinzip für die Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung erklären und, um eine einheitliche Organisation zu schaffen, sich mit Groß-Berlin in Verbindung zu setzen.

Diese Anträge lagen nun dem Plenum zur Beschlußfassung vor. Die an den Kommissionsbericht anschließende Debatte gestaltete sich zeitweise recht lebhaft und bewegte sich auch von bürgerlicher Seite teilweise in zustimmenden Ausführungen. Besonders für Schaffung von Arbeitsgelegenheiten traten einige bürgerliche Vertreter ein. Eine allgemeine Abweisung erhielt von bürgerlicher Seite nur die beantragte Barunterstützung. Als Gründe hiergegen mußten hauptsächlich herhalten, daß eine Barunterstützung gesetzlich nur auf dem Wege der Armenunterstützung zulässig sei. Auch würde eine Barsumme von nur mehreren tausend Mark — mehr könne nach der finanziellen Lage der Gemeinde nicht gegeben werden —, verteilt auf die vielen bedürftigen Arbeitslosen, eine viel zu geringe Unterstützung ausmachen. Herr Schäffe Lange vertrat hierbei noch den Standpunkt, daß es nicht angängig sei, aus Steuern, die von der Allgemeinheit aufgebracht werden, solche Unterstützungen einzelnen Personen zu gewähren. Dieser angebliche prinzipielle Standpunkt des Herrn Lange wird bei späteren anderen Bewilligungen für unsere Vertreter noch gute Verwertung finden können.

Nachdem unsere Vertreter die allgemeinen Einwände der einzelnen bürgerlichen Vertreter beantwortet und die Haltlosigkeit derselben dargelegt hatten, erläuterte Genosse Müller in großen Zügen die bereits in Straßburg eingeführte kommunale Arbeitslosenunterstützung nach dem Genter System.

Es wurde hierauf beschlossen: Der Gemeindevorstand hat sämtliche in Aussicht stehenden Arbeiten, nicht nur Erdarbeiten, schleunigst in eigener Regie zur Ausführung zu bringen. Vorerst soll in Angriff genommen werden die Regulierung der Marktviertelstraßen wie der Fischerstraße und die Legung einer Kanalleitung in der Lückstraße. Die Barunterstützung wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Zur unentgeltlichen Speisung bedürftiger Schulkinder mit warmem Mittagbrot wurde ein Betrag von 3000 M. einstimmig bewilligt. Die Speisung soll vorläufig dem Verein Frauenhilfe, welcher bereits mit einem Gemeindezuschuß von 1000 M. warmes Frühstück an bedürftige Schulkinder verabfolgt, übertragen werden.

Zum Punkt kommunale Arbeitslosenversicherung erklärte sich die Gemeindevertretung im Prinzip für die Einführung einer kommunalen Arbeitslosenunterstützung. Der Gemeindevorstand wurde beauftragt, in dieser Frage mit Berlin in Verbindung zu treten. Auch ist die Gemeindevertretung auf Anregung der Kommission einmütig damit einverstanden, daß die Arbeitslosenzählung, welche am 15. Februar nächsten Jahres erfolgen soll, nicht wie die Zählung am 17. November d. J. in Zählokalen, sondern von Haus zu Haus vorgenommen wird. In der nun folgenden nichtöffentlichen Sitzung wurde das Gehalt für den Tiefbauleiter Hirsch auf 5000 M., steigend bis zu 7000 M., festgesetzt. Dem Beigeordneten Köhler wurde eine Gehaltserhöhung von 700 M. bewilligt. Diese Erhöhung wurde damit begründet, daß der Beigeordnete Köhler als zeitweiser Vorgesetzter des Tiefbauleiters auch ein entsprechend höheres Einkommen haben muß

Köpenick.

Der „Männerchor Köpenick", der auch bei Arbeiterfestlichkeiten bisher immer mitgewirkt hat, veranstaltet am 1. Weihnachtsfeiertag im Stadttheater sein 1. Konzert. Mitwirkende sind die Herren Chormeister P. Schaerffenberg, Blobel (Dirigent des Arbeiter-Sängerbundes Berlins und Umgegend), Konzertmeister Kosta und Oslath. Der Eintrittspreis beträgt inkl. Tanz nur 50 Pf. Anfang 6 Uhr.

Friedrichshagen.

In der letzten Gemeindevertretersitzung stand eine Beitragsordnung betreffend die Heranziehung der Grundbesitzer zu den Straßenpflasterungskosten gemäß § 9 des Kommunalabgabengesetzes zur Beschlußfassung. Der Gemeindevorsteher wies darauf hin, daß laut Gemeindebeschluß die Kastanienallee gepflastert werden solle, die Adjazenten dieser Straße aber gegen die Kostenheranziehung einen Prozeß angestrengt hätten. Da nun das Oberverwaltungsgericht in seinen Entscheidungen wiederholt ausgesprochen, daß den Gemeinden zu empfehlen sei, Ortsstatute zu erlassen, nach welchen die Adjazenten zu den Kosten herangezogen werden können, sei der Vertretung zu empfehlen, dem vorliegenden Entwurf einer Beitragsordnung zuzustimmen. Nach demselben sind die Adjazenten verpflichtet, sowohl zu den Pflasterungskosten wie auch zu Umpflasterungen mit besserem Material bis zu 75 Prozent beizutragen. Um aber Härten zu vermeiden, beschließt in jedem Einzelfall die Vertretung über die Höhe der Kosten. Nach längerer Debatte wurde dem Entwurf zugestimmt. — Von dem geplanten Umbau des Wirtschaftsgebäudes auf dem Rathausgrundstück wurde nach Berichterstattung der eingesetzten Kommission der hohen Kosten wegen und im Hinblick auf eine vielleicht später notwendig werdende Erweiterung des Rathauses Abstand genommen. — Ein Dringlichkeitsantrag des Haus- und Grundbesitzervereins, beim Landtage die Erhöhung des Ortes in die Servisklasse B zu befürworten, wurde dem Gemeindevorstand und der Etatskommission zur Vorberatung und Berichterstattung überwiesen. — Der in der letzten Sitzung angenommene Mietsvertrag mit dem Arzt Dr. Schweler zur Unterbringung der Volksbibliothek wurde wieder aufgehoben, da die betreffenden Räume sich nachträglich als unzureichend erwiesen. Es wurde beschlossen, eine Neuausschreibung nach geeigneten Räumen vorzunehmen. — Außerhalb der Tagesordnung drückte der Vertreter Sonnenburg (Soz.) seine Verwunderung darüber aus, daß der Bericht des Schularztes pro 1907/08 noch immer nicht der Vertretung zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt sei. Der Bericht ist so umfangreich und behandelt so äußerst wichtige Fragen, u. a. die Gesundheitsverhältnisse der Kinder, die Art der Krankheiten, die Zahl der ständig unter schulärztlicher Kontrolle gestandenen Kinder, die alljährlich wiederkehrende Forderung des Schularztes — auch von den sozialdemokratischen Vertretern stets als dringend erachtete Forderung — nach Errichtung einer Hilfsklasse für schwachbegabte und geistig zurückgebliebene Kinder, so daß es eine ernste Pflicht der Vertretung sein muß, zu dem Schularztbericht Stellung zu nehmen. Auch haben die Gemeindemitglieder in ihrer übergroßen Mehrheit ein großes Interesse an der Tätigkeit des Schularztes und an der Veröffentlichung seines Berichtes. Der Gemeindevorsteher erklärte, daß er den Bericht auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen werde. Gleichzeitig teilte er mit, daß auf Anregung der Schulaufsichtsbehörde der Errichtung einer Hilfsklasse näher getreten wird. Die Kosten für die Unterhaltung derselben werden zirka 3300 M. pro Jahr betragen.

Rahnsdorf.

Ein schwerer Unfall trug sich gestern nacht auf dem hiesigen Bahnhof zu. Bei der Abfahrt des letzten von Berlin kommenden Zuges nach Erkner glitt der Türschließer Petke aus Rahnsdorf aus, blieb zwischen zwei Wagen hängen und wurde den ganzen Bahnsteig entlang geschleift. Infolge der schlechten Beleuchtung sah der Zugführer nichts von dem Unfall. Erst im letzten Augenblick sahen Beamte auf dem Bahnsteig an dem Zug einen Arm emporragen und ließen die Notbremse ziehen, sonst wäre der Verunglückte auch auf die Strecke hinausgeschleift worden. Petke erlitt am Kopf so schwere Verletzungen, daß er sofort nach der Heilanstalt in Wilhelmshagen gebracht werden mußte. Ueber die mangelhafte Beleuchtung des Bahnhofes Rahnsdorf — auch eine Sparsamkeit am falschen Ort — klagen die Beamten seit Jahren. Seit acht Tagen hat die Eisenbahnverwaltung Gelegenheit, den Bahnhof an das neue Gaswerk Rahnsdorf anzuschließen, dessen Leitung an seiner Tür vorbeigeht.

Adlershof.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertreter wurde die Anstellung eines Gymnasialoberlehrers und einer Lehrerin für die höhere Schule beschlossen. — In der Sitzung vom 25. Mai 1907 war zum wiederholten Male durch unsere Gemeindevertreter zu den Bedingungen zur Vergebung der Arbeiten ein Antrag eingebracht worden und einer besonderen Kommission überwiesen, nach welchem die Einhaltung von vereinbarten Lohn- und Arbeitstarifen und die Anrufung eines durch die Gemeindevertretung einzusetzenden Schiedsgerichts den bewerbenden Unternehmern zur Bedingung gemacht werden sollte. Zum 14. Dezember 1908, also nach vollen 18 Monaten, war endlich die Kommission zur Beratung eingeladen worden; es wurde beschlossen, der Gemeindevertretung folgende Punkte zur prinzipiellen Beschlußfassung zu empfehlen: 1. Die zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbarten Lohn- und Arbeitstarife

sind einzuhalten. 2. An diejenigen Arbeiterkategorien, für welche derartige Tarife nicht bestehen, ist mindestens der ortsübliche Tagelohn zu zahlen. 3. Betreffs der Kontrolle ist die Gemeinde berechtigt, die Lohnlisten einzusehen. 4. Vor Vergebung der Arbeiten ist durch die Gemeindevertretung eine besondere Kommission zu wählen, welche später event. als Schiedsgericht in Funktion tritt. Die Zahl der Kommissionsmitglieder muß eine ungerade sein. Bei Erörterung dieses Punktes wurde innerhalb der Kommissionsberatung die Einführung der seitens des Baugewerksverbandes geforderten Streikklausel gefordert. Die Aufnahme wurde aber abgelehnt und dafür beschlossen: Ruft eine Partei das Schiedsgericht an, so ist die andere Partei verpflichtet, auf Vorladung ebenfalls vor dem Schiedsgerichte zu erscheinen. Tut sie dieses nicht, so entscheidet das Schiedsgericht nach bestem Ermessen nach dem ihm vorgelegten Material. Der Unternehmer, welcher auf Vorladung des Schiedsgerichts nicht erscheint, hat alle Folgen, die sich aus dem Vertrage ergeben, zu tragen. Sollte ein vom Schiedsgericht gefällter Schiedsspruch durch die Arbeitnehmer nicht anerkannt werden, so verlängern sich die Lieferfristen um die Dauer des event. Streiks resp. Aussperrung. Der Unternehmer ist verpflichtet, nichtreichsangehörige Arbeiter überhaupt nicht zu beschäftigen, dagegen wird gewünscht, daß er nach Möglichkeit ortsansässige Arbeiter verwendet. Nachdem der Gemeindevertreter Röiecke die Einfügung der reinen Streikklausel nochmals gefordert hatte, wurden die obigen Beschlüsse der Kommission auch von der Gemeindevertretung mit der Ergänzung angenommen, daß bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis die Anrufung des Schiedsgerichts innerhalb 24 Stunden nach dem Ausbruch derselben und das Schiedsgericht wiederum innerhalb derselben Zeit nach der Anrufung zusammentreten muß. Mit dieser Beschlußfassung ist für die Gemeinde wenigstens ein kleiner Fortschritt auf dem Gebiete der Regelung des Arbeitsverhältnisses bei Gemeindearbeiten gemacht. Die Baukommission wurde verstärkt durch den Gemeindevertreter Herrn Lindenberg und Herrn Ingenieur Wagner, Waldstr. 13. Zur Deckung des Schulhausanbaues wurden 285 000 M. beantragt, welche von der Kur- und Neumärkischen Ritterschaftlichen Darlehnskasse als Anleihe gegen 4 Proz. Zinsen und 1 Proz. Amortisation aufgenommen werden sollte. Die Aufnahme, welche zum Kurswerte zu erfolgen hat, würde der Gemeinde zirka 5076 M. Kursverlust bringen; unser Genosse Hildebrandt beantragte deshalb die Vertagung. Der Gemeindevorsteher wurde beauftragt, sich auch nach anderen und günstigeren Anleihegebern umzusehen. Ebenso wurde die Erteilung des Baukonsenses an die Firma Treitel u. Lenin vertagt. — Um der bestehenden Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit entgegenzutreten, wurde die Aufhöhung des Glienicker Weges beschlossen. Zwecks weiterer Straßenregulierungen sind die Unterhandlungen mit den Anliegern noch nicht zu Ende geführt. Für einzelne Positionen des Etats mußten insgesamt 8521,73 M. nachbewilligt werden. — Nachdem nunmehr das Ortsstatut über die Anschließung der Grundstücke an die Regenentwässerungsanlagen in Kraft getreten ist, wird die Gebühr auf 1 Pf. pro Quadratmeter Niederschlagsfläche festgesetzt. — Eine 16seitige Folliodruckschrift wurde der Gemeindevertretung vom Gemeindevorsteher als Programm für die fernere Ausgestaltung des Ortes vorgelegt, nach welchem in folgender Reihenfolge die Straßen des Ortes umgepflastert oder neu reguliert werden sollen: 1. Hackenbergstraße, 2. Genossenschaftsstraße, 3. Bismarckstraße, 4. Kaiser-Wilhelm-Straße, 5. Friedenstraße, 6. Verlängerte Moltkestraße, 7. Glienicker Weg, 8. Verlängerte Feldherrnstraße, 9. Sedanstraße, 10. Meyer Straße, 11. Verlängerte Arndtstraße, 12. Verlängerte Handjerystraße, 13. Verlängerte Kaiser-Friedrich-Straße, 14. Verlängerte Orpenstraße, 15. Radickestraße, 16. Verlängerte Waldstraße. Die aufzuwendenden Mittel betragen 2 067 800 M. Davon entfallen auf die Anlieger 1 700 905 M. Außerdem müssen durch Anleihe aufgebracht werden 291 790 M. für die notwendige Regenrohrleitung, 42 760 Mark für die Wasserrohre. Für außergewöhnliche Kosten sind 42 100 M. und für die Kanalisierung 43 985 M. vorgesehen. Es würden demnach auf die Gemeinde entfallen 32 509 M. für Straßenpflasterungsbeitrag, 291 790 M. für die Regenrohre und 42 100 M. für unvorhergesehene Kosten, in welche eventuelle Enteignungen einbegriffen sind. Insgesamt hätte also die Gemeinde 366 899 M. zu tragen. Das ganze Projekt würde demnach 2 067 800 M. kosten. Als Bauzeit sind drei bis vier Jahre vorgesehen. — Während von allen Seiten wohl die Aufstellung des Programms mit Freuden begrüßt wurde, warnten doch die Gemeindevertreter Lutze, Dr. Franke und der Schöffe Bach vor der Ausführung desselben. Letzterer mit dem Hinweise, daß dadurch die Eigentümer von ihrer Scholle vertrieben würden. Rückhaltlos anerkennend sprachen sich nur Dr. Saling und von unseren Vertretern Genosse Hildebrandt für das Programm aus. Besonders letzterer wies nach, daß dasselbe ausgeführt werden muß und auch angeführt werden kann. Zur Deckung der Kosten empfehle er eine schärfere Heranziehung der Bodenspekulanten durch die Erhöhung der Grundwertsteuer für unbebaute Grundstücke und die Einführung der Wertzuwachssteuer. Schließlich wurde das Programm einer Kommission überwiesen, in welche die Herren Dr. Franke, Dr. Saling, Hildebrandt und Kruse gewählt wurden. Nach 1 Uhr nachts fand endlich die Sitzung ihr Ende.

Spandau.

Mit der Arbeitsruhe an den drei zweiten Feiertagen befaßte sich eine am 17. Dezember tagende Versammlung der Friseurgehilfen. Nach Anhörung des Referenten, Kollegen Schmidt-Berlin, sprachen sich alle Diskussionsredner dahingehend aus, daß es wohl möglich sei, die Arbeitsruhe resp. den Geschäftsschluß herbeizuführen. Eine Resolution, die den Vorstand beauftragt, die erforderlichen Schritte für die Herbeiführung der Feiertagsruhe in die Wege zu leiten, fand Annahme.

Potsdam.

Stadtverordnetensitzung. Die Frage der Aufhebung des Steuerprivilegs der Beamten führte zu einer Debatte, in welcher Oberbürgermeister Bossberg betonte, daß die Stadt nach dem jetzigen Stande der Dinge alle Hoffnungen aufgeben müsse, im Jahre 1910 den Ausfall der Schlachtsteuer von zirka 400 000 Mark durch die Steuern der Beamten zu decken. — Zum unbesoldeten Stadtrat wurde im dritten Wahlgange der Sanitätsrat Stadtv. Dr. Mastus mit 26 gegen 24 Stimmen gewählt. — Den größten Teil der Sitzung nahm die Vorlage über den Erwerb von Grundstücken und Aufnahme einer Anleihe in Anspruch. Der Referent, Justizrat Friedländer, führte aus: Die Stadt habe gar keine unbebauten Grundstücke in Besitz, ungesunden Spekulationen müsse die Spitze abgebrochen werden. Es sei jetzt ein Stehenbleiben, wenn nicht Zurückgehen der Grundwerte zu verzeichnen, was auf die Rückständigkeit und den Mangel an Selbstvertrauen früherer Verwaltungen zurückzuführen sei. Dazu gehöre vor allem ein weiter Blick und nicht die Kirchturmspolitik, wie sie die Bezirksvereine (die Wiege des größten Teils der Stadtverordneten) treiben. Zum Ankauf zweier Terrains biete sich jetzt Gelegenheit: 1. ein Teil des Freundschaftsinselterrains (einschließlich der Häuser Burgstraße 9/10) zum Preise von 840 000 M. und 2. die jetzt noch unbebauten verschiedenen Terrains auf den Stiefschen Wiesen zum Preise von 840 000 M. Verschiedene von den letzteren Terrains haben schlechten Baugrund; es sollen diese in Aussicht genommen werden für Anlage eines Schulgartens, eventuell Bau einer Turnhalle. Die Versammlung stimmt dem zu; die Mittel mit 1¼ Millionen Mark sollen durch eine Anleihe gedeckt werden. — Nachdem im Jahre 1906 probeweise für drei Schulen je ein Schularzt angestellt ist, wird beschlossen, in Zukunft für die übrigen sechs Gemeindeschulen ebenfalls solche anzustellen, da die gemachten Erfahrungen sehr günstig sind. Gehalt pro Arzt jährlich 400 M. — Die Vorlage zum Bau eines Direktorialgebäudes beim Realgymnasium wurde wiederum zurückgezogen. Nach den Verhandlungen ist es nicht ausgeschlossen, daß die Anstalt verstaatlicht wird, was aber den Bau einer Doppelanstalt bedingen würde. — In der nichtöffentlichen Sitzung beschäftigte man sich noch mit der Bewilligung von Weihnachtsgratifikationen.

Einen tragischen Abschluß fand am Sonnabendnachmittag ein von größeren Knaben am Werderschen Weg betriebenes Spiel. An der dort im Bau befindlichen Bahnstrecke hatten sich dieselben eine größere Erdhöhle gebaut. Als nun der 12jährige Schröder in dieselbe hineinkroch und ihre Haltbarkeit probieren wollte, stürzte dieselbe zusammen und begrub ihn unter sich. Obwohl man sofort mit Unterstützung der in der Nähe beschäftigten Arbeiter den Unglücklichen zu befreien suchte, gelang es jedoch nur den Leichnam zutage zu fördern.

Gerichts-Zeitung.

Schutz gegen die Polizei in Halle.

Dieser Tage fand vor der Hallenser Strafkammer eine Gerichtsverhandlung statt, die ein bezeichnendes Licht auf die Schutzlosigkeit ruhiger Bürger gegen rohe Polizeibrutalitäten und auf die Wertlosigkeit polizeilicher „Feststellungen" wirft.

Angeklagt waren die jugendlichen Arbeiter **Zschommer** und **Bloßfeld** wegen **Ruhestörung, Gefangenenbefreiung, Widerstandes und Körperverletzung.** Der Sachverhalt ist: Zschommer war eines Abends heimgekommen und fand die Haustür verschlossen. Er besaß keinen Hausschlüssel. Er pochte deshalb gegen die Haustür, um seine Mutter zu wecken. Als dies der **Polizist Buschinsky** bemerkte, — schritt er ein und forderte Zschommer trotz Bekanntgabe seines **Namens auf, mit zur Wache zu kommen.** Zschommer, der **nichts verbrochen und keinen Anlaß hatte, mit auf die Wache zu gehen, wurde darauf von seinem Freunde Bloßfeld aufgefordert,** mit in dessen Wohnung zu kommen und dort zu schlafen. Nunmehr **wollte der Polizist alle beide mitnehmen.** Die jungen Leute sträubten sich natürlich. Darauf versetzte der Polizist dem Zschommer **zwei Säbelhiebe über den Kopf,** so daß der Geschlagene zu Boden sank. Bloßfeld **bis den Polizisten in den Finger,** um frei zu kommen. In der ersten Verhandlung gegen die jungen Leute vor dem Schöffengericht **beteuerte der Polizist unter dem Eide, in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes gehandelt zu haben.** Das **Schöffengericht** sprach die jungen Leute **frei.** Es stellte fest, daß die **Sistierung widerrechtlich** erfolgt ist und daß der Polizist **nicht** in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes gehandelt hat. Beantragte nunmehr die Polizeibehörde, gegen den Schutzmann das gerichtliche Verfahren wegen Amtsmißbrauchs und roher Mißhandlung einzuleiten? Keineswegs. Sie ersuchte vielmehr die Staatsanwaltschaft um Einlegung der Berufung. Gleichzeitig stand im Hallenser **Amtsblatt** folgende Notiz:

„Wie wir hören, hat die Polizeiverwaltung **die Staatsanwaltschaft ersucht,** gegen das freisprechende Urteil des Schöffengerichts Berufung einzulegen, weil die vorgesetzte Behörde des Beamten **davon überzeugt ist,** daß **erneute Feststellungen vor der** Strafkammer einen Tatbestand ergeben werden, welcher zur Verurteilung der Angeklagten führen muß."

Diese durch das Amtsblatt versuchte Beeinflussung der Richter dahin, daß sie Unschuldige verurteilen, hatte den gehofften Erfolg nicht. Die **Strafkammer** kam zu demselben Ergebnis wie seinerzeit das Schöffengericht. Es sprach die jungen, völlig schuldlosen Leute frei, weil der Polizist die Sistierung **widerrechtlich** vorgenommen und sich nicht in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes befunden hat.

Wäre auch ein Stück aus dem Tollhaus gewesen, wenn die jungen Leute deshalb verurteilt worden wären, weil der eine keinen Hausschlüssel hatte und der andere ihn einlud, bei ihm zu übernachten. „Guter Glaube" bei den schweren gegen Freiheit, lichkeit besitzt. „Guter Glaube" bei den schweren gegen Freiheit, Gesundheit und Leben gerichteten Handlungen dem Schutzmann zubilligen, heißt bei ihm einen weit über das polizeiliche Maß hinausgehenden Defekt an Verständnis für seine Handlungen feststellen. Solche Feststellung wäre aber doch wohl nur möglich, wenn die Geistesgaben des Polizisten besonders geringe oder wenn seine Instruktion eine auffallend ungenügende ist. In beiden Fällen trifft der Polizeibehörde die Schuld, den Betreffenden als Beamten trotz seiner Minderwertigkeit im Dienst belassen oder ihn so völlig mangelhaft instruiert zu haben.

Das Verhalten der Hallenser Polizeibehörde wirft auch auf die in einer Sittlichkeitssache von ihr ausgesendete sog. Berichtigung (vergleiche die letzte Sonntagsnummer) auf Grund „polizeilicher Feststellung" ein besonderes Licht. Einer „polizeilichen Feststellung", daß die Strafkammer falsch geurteilt habe, sehen wir entgegen. Wie in jenem Falle, in dem einer Prostituierten durch die Polizeikontrolle nach ihrer Angabe ehrliche Arbeit unmöglich gemacht wurde, ist für uns und wohl jedem Urteilsfähigen das öffentlich vor Gericht Festgestellte eher der Wahrheit entsprechend als das „polizeilich Festgestellte".

Wird der Polizist **Buschinsky** nunmehr unter Anklage gestellt werden? In einem Rechtsstaat wäre das selbstverständlich. Aber die bürgerlichen Ordnungsbrei-Parteien wollen ja nicht, daß Preußen ein Rechtsstaat werde.

Schönwalder Dorfklatsch

war die indirekte Veranlassung zu einem Strafprozeß, mit dem sich gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts III zu beschäftigen hatte. Wegen Urkundenfälschung, verleumderischer Beleidigung und wissentlich falscher Anschuldigung war der 67jährige Kolonist und Landwirt Friedrich Böttcher aus Schönwalde angeklagt. — In dem friedlichen märkischen Dörfchen Schönwalde waren im Frühjahr d. J. zwischen den Einwohnern und der dortigen Forstverwaltung Differenzen entstanden, weil die Verwaltung angeblich bei der Verteilung des Freiholzes Einwohner, die es gar nicht nötig haben, bevorzugt haben sollte. Es ging im März d. J. bei der kgl. Regierung in Potsdam eine geharnischte Beschwerde ein, in der der Forstmeister von H. und die übrigen Forstbeamten verschiedener Verfehlungen bezichtigt wurden. Die Untersuchung bestätigte die Angaben der Beschwerden nicht. Der Spieß wurde nun umgekehrt und sehr eifrig nach dem Urheber des Schriftstückes, welches mit verschiedenen Namen von Dorfbewohnern, die tatsächlich gar nicht existierten, unterzeichnet war, geforscht. Der Verdacht lenkte sich schließlich gegen den jetzigen Angeklagten, der in Schönwalde nebenbei die Rolle eines Konzipienten spielt. Die als Schreibsachverständige geladenen Rechnungsrat Altrichter und Dr. Meyer begutachteten, daß die Handschrift in jener Beschwerde eine gewisse Aehnlichkeit mit der des Angeklagten aufweise, daß man aber positive Schlüsse daraus nicht ziehen könne. Der Angeklagte wurde freigesprochen.

In der Friedberg-Bohn-Affäre ist nunmehr die Voruntersuchung abgeschlossen worden. Den beiden Angeschuldigten ist gestern die von der 2. Strafkammer des Landgerichts I verfaßte Anklageschrift zugegangen. Die Verhandlung wird übrigens nicht, wie bisher angenommen, vor dem Schwurgericht sich abspielen, sondern wird die Strafkammer des Landgerichts I beschäftigen. Die Anklage, welche einen Band von nicht weniger als 163 Seiten umfaßt, lautet auf **Betrug, Unterschlagung, Urkundenfälschung,** Vergehen gegen das **Gesetz betreffend die Verpflichtung der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere** und Vergehen gegen das **Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht.** Zu der Verhandlung werden voraussichtlich über 150 Zeugen und mehrere Sachverständige geladen werden.

Unwahrer Entschuldigungsgrund?

Wie weit die Pflicht eines Zeugen zur Wahrheit gehen muß, hatte der **Grünkramhändler Reinhold Reimann** auf eine sehr unangenehme Weise erfahren. Der höchst selten angewendete § 138 des Strafgesetzbuches führte den bisher völlig unbescholtenen Angeklagten gestern vor den Strafrichter. Der erwähnte Paragraph bedroht jeden Zeugen oder Sachverständigen bezw. Geschworenen oder Schöffen mit Gefängnisstrafe, der, um sein Nichterscheinen vor Gericht zu entschuldigen, **eine unwahre Tatsache als Entschuldigungsgrund angibt.** Der Angeklagte war am 2. Juli d. J. vor das Schöffengericht Köpenick als Zeuge vorgeladen. Er fehlte ohne ausreichende Entschuldigung und gab erst am nächsten Tage an, daß die Zeugenvorladung von dem Postboten seiner Ehefrau übergeben wäre und diese vergessen hätte, ihm das Schriftstück zu übermitteln. Aus der gerichtlichen Zustellungsurkunde ging jedoch hervor, daß der Postbote Weck die Zeugenladung dem Angeklagten persönlich übergeben hatte. Die Folge war, daß gegen Reimann Anklage wegen Vergehens gegen den Paragraphen 138 St.-G.-B. erhoben wurde. Das **Schöffengericht Köpenick verurteilte** den Angeklagten zu der niedrigsten gesetzlich zulässigen Strafe von **einem Tage Gefängnis.** Hiergegen legte R. **Berufung** ein, die nunmehr die 4. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Das Gericht kam zu der Freisprechung des Angeklagten, weil es die Möglichkeit eines Irrtums auf Seiten des Postboten nicht für ausgeschlossen hielt.

Vermischtes.

Im Nebel. Der dichte Nebel, der vorgestern in ganz Nord- und Westdeutschland herrschte, hat bei Bremen einen schweren Zugzusammenstoß verursacht. Aus Bremen wird amtlich gemeldet: Der zur außerfahrplanmäßigen Ueberholung in Gleis 8 des Bahnhofes Oberneuland 2 Uhr 45 Minuten nachmittags einfahrende Eilgüterzug Nr. 6011 fuhr bei starkem Nebel auf den dort haltenden Leerzug Nr. 788. Getötet wurde ein Bremser, leicht verletzt ein Lokomotivführer und ein Heizer. Die Hauptgleise wurden nicht gesperrt; der Betrieb ist nicht gestört, der Materialschaden ist bedeutend.

Auch in Hamburg herrschte starker Nebel, der mehrere Unglücksfälle herbeiführte. Auf der Eppendorfer Landstraße stießen, wie von dort berichtet wird, zwei Straßenbahnzüge aneinander, wobei drei Passagiere verletzt wurden; an einer anderen Straßenkreuzung wurden durch eine Zugkollision mehrere Personen leicht verwundet.

Das Glatzer Stadttheater abgebrannt.

Wie aus Glatz gemeldet wird, ist das dortige Stadttheater gestern abend 11 Uhr bei vollbesetztem Hause in Brand geraten. Menschenleben sind nicht zu beklagen; alle Theaterbesucher konnten sich retten.

Die Sammlungen für Radbod. Ein Telegramm aus Hamm meldet: Das Zentralhilfskomitee für die Hinterbliebenen der auf der Zeche Radbod Verunglückten hat heute beschlossen, die angesammelten Gelder in Höhe von 1 200 000 M. in Form von Zusatzrenten zur Verteilung zu bringen. Gegenwärtig sind Versicherungstechniker damit beschäftigt, Gutachten zur Feststellung der Höhe der Zusatzrenten auszuarbeiten. Voraussichtlich wird jede Witwe eine Zusatzrente von 150 M., jedes Kind 50—75 M. erhalten. Dabei ist die Aufrechnung der Renten so gedacht, daß der vorhandene Fonds voraussichtlich erst mit dem Ableben der Witwen erschöpft ist. 200 000 M. werden für die Möglichkeit späterer Unglücksfälle aufbewahrt. Die Auszahlung erfolgt durch die Knappschaftsberufsgenossenschaft mit den gesetzlichen Renten zusammen, um besondere Verwaltungskosten zu ersparen.

Paris, 21. Dezember. Zweitausend Studenten veranstalteten heute nachmittag vor den Räumen der medizinischen Fakultät eine Kundgebung gegen die neuen Ausnahmebestimmungen über die Zulassung zum medizinischen Studium. Polizei und Militär drangen ins Universitätsgebäude ein und nahmen mehrere Verhaftungen vor.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 20.12. cm	seit 19.12. cm [1]	Wasserstand	am 20.12. cm	seit 19.12. cm [1]
Memel, Tilsit	—	—	Saale, Grochlitz	76	—4
Pregel, Insterburg	2[5]	+10	Havel, Spandau[7]	53	—2
Weichsel, Thorn	28[4]	+2	„ Rathenow[7]	58	+5
Oder, Ratibor	96	—2	Spree, Spremberg[3]	72	0
„ Krossen	54	—3	„ Beeskow	75	—1
„ Frankfurt	71[4]	0	Weser, Münden	—57	—1
Warthe, Schrimm	6	+6	„ Minden	6	+2
„ Landsberg	4[6]	+2	Rhein, Maximiliansau	328	+4
Netze, Vordamm	—2	0	„ Kaub	120	—2
Elbe, Leitmeritz	—72	+1	„ Köln	144	—5
„ Dresden	188	0	Neckar, Heilbronn	45	—9
„ Bardy	33	+1	Main, Wertheim	121	—1
„ Magdeburg	44	—5	Mosel, Trier	99	—2

[1]) + bedeutet Wachs, — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Grundeistreiben. [4]) Schwaches Eistreiben. — [5]) Schwaches Treibeis. — [6]) Grundeis.

Die sparsame Hausfrau

verwendet für Bouillon und Suppen nur noch Bouillon-Würfel Marke „Krone"

1 Würfel genügt für 1 Tasse oder 1 Teller und kostet 5 Pfennig

Ueberall käuflich!

Sparsame Raucher

:: :: rauchen Fehlfarben der :: ::

7 Pf.-Cigarre No. 22

:– 10 Stück 50 Pf.

J. NEUMANN

Zigarren-Fabriken Berlin C. 2

160 Zweiggeschäfte und Depots in 90 deutschen Städten.

Das beste Weihnachts-Geschenk: Ein Kistchen Cigarren!

Salem Aleikum-Zigaretten

:: :: :: :: :: keine Ausstattung, nur Qualität. :: :: :: :: ::

Preis: No.	3	4	5	6	8	10
	3½	4	5	6	8	10 Pf d. St.

20/18*

Echt mit Firma:
Orientalische Tabak- und Zigaretten-Fabrik
„Yenidze".
Deutschlands größte Fabrik für Handarbeit-Zigaretten.

Größte und beste Bezugsquelle!!
Auf Teilzahlung!!
Wöchentlich nur **1 Mark!**

Herren- und Damen-Uhren, Freischwinger, Broschen, Ringe, Ketten und alle Arten Goldwaren, echte Menzenhauer Zithern, Konzertzithern, Phonographen, Platten - Sprechmaschinen, Polyphons, Harmonikas, Mandolinen, Geigen etc.

Juhre & König, Berlin O., Warschauer Straße 68, I. Etage; Berlin N., Reinickendorfer Str. 101, I. Etage; Berlin W., Göbenstr. 19, I. Etage.

6255L*

Erprobt und bewährt!

Spiritus-Glühlicht-

Lampen u. Brenner

Spiritus-Zentrale G. m. b. H.

Berlin NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

Kein Kaufzwang! Preisliste kostenlos!

W. Zapel

Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.

Größtes Spezial-Geschäft für Seiden- und Filz-Hüte.

Lager in Schirmen und Mützen. 52572*

Mehlhandlung

Franz Pflugmacher

nur **Schöneberg,** Kolonnenstr. 48

empfiehlt zum Fest:

Wiener Mehl	5 Pfd. 1.10	Sultana .. Pfund	60 u. 70
Kaiser-Auszug	„ 95	Rosinen .. „	50 u. 60
Weizenmehl 3/0	„ 85	Korinthen ..... Pfund	40
Weizenmehl 00	„ 75	Zitronat ..... „	70

Pelz-Stolas, Muffen, Kindergarnitur

nur streng reelle Ware, gebe zu außerordentlich niedrigen Preisen bei sehr grosser Auswahl auch einzeln ab.

Hut-Arnold

Grosshandlung für Hüte, Mützen und Pelzwaren

Dresdenerstr. 116 (Kein Laden)

Kein Kaufzwang.

Die Folgen der Influenza und anderer Krankheiten wird jeder schnell überwinden, wenn er **HYGIOPON,** das neue, auf elektrischem Wege hergestellte Eisenpräparat gibt. — Hygiopon wird von ärztlichen Autoritäten als **hervorragendstes blutbildendes Kräftigungsmittel** warm empfohlen.

Originalflaschen M. 1.75 und M. 3.00 in den Apotheken erhältlich.

General-Depot für Deutschland:
Dr. Wasserzug, Frankfurt a. M., Theaterplatz 1.

Depots: **Viktoria-Apotheke,** Dr. Laboschin, Friedrichstr. 19. **Apotheke zum gekr. schwarzen Adler,** Auguststraße 60. **Junge Apotheke zum schwarzen Adler,** Neue Königstr. 50. **Dr. Kortums St. Georgen-Apotheke,** L. Wollenberg, Landsberger Straße 39. **Roland-Apotheke,** N. Bermann, Turmstr. 18. **Adler-Apotheke** Artur Auerbach, am Weddingplatz. **Humboldt-Apotheke,** Potsdamer Straße 29. **Elefanten-Apotheke,** Leipziger Straße 74, am Dönhoffplatz. **Hertha-Apotheke,** Schöneberg, Hauptstraße 162. **Hohenzollern-Apotheke,** Dr. Hans Virchow, Königin-Augusta-Straße 50. **Elisabeth-Apotheke,** Dr. E. Klemann, Reichenberger Straße 112. **Admiral-Apotheke,** Dr. H. Wreszinski, Admiralstraße 31/32. **Apotheke zum goldenen Adler,** Alexandrinenstr. 41. **Flora-Apotheke,** Ernst Aißlinger, Invalidenstr. 94. **Diana-Apotheke,** Turmstr. 28, Ecke Stromstraße. **Mohren-Apotheke,** J. Gebhardt, Grimmstr. 9. **Apotheke zum weißen Kreuz,** Dr. Hugo Caro, Chausseestr. 13. **Luisenstädtische Apotheke,** Dr. Manfred Hapel, Köpenicker Str. 119. Dr. Wilh. Wartenberg, **Markgrafen Rote Apotheke,** Rosenthaler Str. 46/47. **Simons' Apotheke,** Spandauer Straße 33. **König Salomon-Apotheke,** Charlottenstr. 54. **Westend-Apotheke,** Kurfürstenstr. 80. **Schweizer-Apotheke,** Friedrichstr. 173. **Dennewitz-Apotheke,** Bülowstr. 35a. **Stein-Apotheke,** Rosenthaler Straße 61, Ecke Steinstraße. Dr. **Otto Schwendler Nachf.,** Charlottenburg, Berliner Str. 123. **Apotheke zum weißen Schwan,** Spandauer Straße 77.

180.000 Pfd.

KUNEROL feinstes Cocos-Speisefett

täglichen Gesamtversand haben die

KUNEROLWERKE in BREMEN

WIEN-DUX
ODESSA
VERONA
CHRISTIANIA

Weihnachtsbackwerk mit Kunerol schmeckt wundervoll, hat schönes Aroma und hält sich lange.

Koch- und Backrezepte sowie Adressen der Verkaufsstellen gibt Generaldepot: Berlin SW. 48, Friedrichstr. 231, Telephon: Amt 6, 3718. 282/6*

Bekanntmachung.

Der Redakteur der „Stettiner Zeit" Otto Passehl ist durch Urteil des Königlichen Landgerichts in Stettin vom 7. Mai 1908 wegen öffentlicher Beleidigung der Leutnants des Königlich Preußischen Reichsmilitärkontingents zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt.

Stettin, den 18. Dezember 1908.
Der Erste Staatsanwalt.

Bekanntmachung!

Nachtrag zum revidierten Statut der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Rixdorf.

Beschlossen von der Generalversammlung vom 19. November 1908.

Das revidierte Statut vom 30. November 1899 wird in folgenden Punkten abgeändert:

§ 13 lautet fortan:

Für die Bemessung der Höhe des Krankengeldes und der Beiträge werden die Kassenmitglieder in sieben Klassen eingeteilt:

1. Klasse: Mitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 3,75 M. oder mehr beträgt.
2. Klasse: Mitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 3,25 bis 3,74 M. beträgt.
3. Klasse: Mitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 2,75 bis 3,24 M. beträgt.
4. Klasse: Mitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 2,25 bis 2,74 M. beträgt.
5. Klasse: Mitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 1,75 bis 2,24 M. beträgt.
6. Klasse: Mitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag 1,25 bis 1,74 M. beträgt.
7. Klasse: Mitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag weniger als 1,25 M. beträgt.

Der durchschnittliche Tagelohn ist bis auf weiteres festgesetzt:

für die	1. Klasse	auf	4,— M.
„ „	2. „	„	3,50 „
„ „	3. „	„	3,— „
„ „	4. „	„	2,50 „
„ „	5. „	„	2,— „
„ „	6. „	„	1,50 „
„ „	7. „	„	1,— „

Diese Sätze bleiben in Geltung, bis sie durch die höhere Verwaltungsbehörde anderweitig festgestellt werden. In diesem Falle sind die neuen Sätze durch die im § 67 bezeichneten Blätter bekannt zu machen. Jedes Kassenmitglied wird auf Grund seiner Anmeldung nach Maßgabe des darin angegebenen Arbeitsverdienstes durch die Kassenverwaltung einer Klasse zugeteilt, welche in das Quittungsbuch des Mitgliedes einzutragen ist. Die Ueberweisung in eine höhere oder niedrigere Klasse rechnet von dem Montag nach dem Tage des Beginns der veränderten Lohnverhältnisse ab (§ 11).

Beschwerden der Mitglieder gegen Feststellung der Klasse werden vor der Aufsichtsbehörde entschieden.

Zu § 14.

Dem Absatz 1, Ziffer 3 wird hinter „als Krankengeld" zugefügt: und zwar:

für Mitglieder	der	1. Klasse	2,— M.
„ „	„	2. „	1,75 „
„ „	„	3. „	1,50 „
„ „	„	4. „	1,25 „
„ „	„	5. „	1,— „
„ „	„	6. „	—,75 „
„ „	„	7. „	—,50 „

Zu § 21.

Der erste Absatz wird wie folgt geändert:

Als Sterbegeld wird gewährt:

a) für Mitglieder	der	1. Kl.	120 M.
b) „ „	„	2. „	105 „
c) „ „	„	3. „	90 „
d) „ „	„	4. „	75 „
e) „ „	„	5. „	60 „
f) „ „	„	6. „	50 „
g) „ „	„	7. „	50 „

Die beiden anderen Absätze bleiben unverändert.

§ 31 Abs. 1 lautet fortan:

Die wöchentlichen Kassenbeiträge betragen:

für Mitglieder	der	1. Klasse	1,08 M.
„ „	„	2. „	—,93 „
„ „	„	3. „	—,81 „
„ „	„	4. „	—,66 „
„ „	„	5. „	—,54 „
„ „	„	6. „	—,39 „
„ „	„	7. „	—,27 „

Zu § 57.

In Absatz 1, Ziffer 4 wird die Bestimmung „aus 3 Mitgliedern" geändert in „aus 6 Mitgliedern".

§ 72 (neu).

Die vorstehend festgelegten Aenderungen treten mit dem Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Auf die schwebenden Unterstützungsfälle findet die vorstehende Aenderung keine Anwendung.

Der Vorstand
der Allgemeinen Orts-Krankenkasse für Rixdorf.
K. Wagner, Vorsitzender.
Max Schauch, Schriftführer.

Genehmigt.
Potsdam, den 1. Dezember 1908.
(L. S.)
Namens des Bezirksausschusses
Der Vorsitzende.
J. V.: Joachimi.

Vorstehender Nachtrag zum Statut tritt mit dem 21. Dezember 1908 in Kraft.

Rixdorf, den 15. Dezember 1908.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Rixdorf.
K. Wagner, Vorsitzender.
C. Exner, Schriftführer.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Ein Schutzmann a. D. und ein Reichsverbändler als Führer einer Räuberbande

Vor dem Schwurgericht in Rostock wurde vom Donnerstag bis in den späten Abend des Sonnabend hinein eine Strafsache verhandelt, die wegen der Frechheit, mit der die Täter zu Werke gingen und wegen der Persönlichkeit dreier Angeklagten Interesse erregte. Der Hauptangeklagte war der **frühere Schutzmann Emil Buchholz**, geboren am 27. November 1873. Der 35jährige Angeklagte ist im Herbst 1893 bei den **Schwedter Dragonern eingetreten, hat kapituliert und zehn Jahre beim Regiment gedient.** Er ist Bursche beim Rittmeister v. Schröder gewesen, dem persönlichen Adjutanten des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, und hat den Rittmeister vielfach auf Reisen, die dieser mit dem Prinzen machte, nach Italien, England, Skandinavien begleitet. **Im Herbst 1903 wurde er entlassen und trat als Schutzmann bei der Berliner Polizei ein.** Im Jahre 1904 hat er sich mit Martha Volkmann, der Tochter des Waldhüters Volkmann in Hanseberg, verheiratet. Nach seiner Entlassung als Schutzmann hat er eine Gastwirtschaft in Berlin besessen, diese hat er aber wieder verkauft und sich mit dem ihm übrig gebliebenen Vermögen im Jahre 1907 zu seinen Schwiegereltern begeben.

Seinen Erwerb suchte er durch ausgedehnte Diebereien und Organisierung von Räubereien zu gewinnen. Auf der Anklagebank steht er wegen einiger solcher Berufstätigkeiten. Unter anderem hatte er sich wegen eines Einbruchsdiebstahls zu verantworten, den er in Gemeinschaft mit seinem bereits wegen Diebstahls zu Zuchthaus verurteilten Schwager Wilhelm Volkmann und dem zuletzt als Restaurateur in Berlin wohnhaften Adolf Kuck in der Nacht vom 18. zum 19. Mai zu Zapkendorf unternommen hatte. Sie waren in dieser Nacht beim Gutsbesitzer v. Buch auf Zapkendorf mit Waffen eingedrungen und haben auf den Gutsbesitzer v. Buch einen Raubanfall unternommen, bei dem sie 8000 M. Wertpapiere, Uhren usw. erbeuteten. Frau Buchholz und ein gewisser Kollmorgen halfen bei diesem nächtlichen Besuch. **Dieser Kollmorgen,** der außerdem noch wegen eines Haufens Diebstähle vor dem Schwurgericht stand, ist **Mitglied des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.** Er nennt sich Arbeiter.

Von den in der Verhandlung bloßgelegten lohnenden nächtlichen Besuchen des Buchholz seien noch die Visiten erwähnt, die er mit seinem Schwager in der Nacht zum 28. Februar und in der Nacht zum 8. März dem Gutsbesitzer von Neumann in Hanseberg abstattete. Dabei erbeuteten sie, abgesehen von wertvollen Sachen, über 8000 M. Bargeld.

Der Reichsverbändler **Kollmorgen** betätigte seinen Ordnungssinn abgesehen von der Räuberei in Zapkendorf durch Wegräumung von Geld, Messern und Zigarren, die er bei dem Kaufmann Gollatz in Laage vorfand, als er dessen Verkaufsräume in Gemeinschaft mit Volkmann und einem Ackerbürgersohn Demmin in der Nacht zum 22. Februar vergangenen Jahres inspizierte. In der Nacht zum 25. Februar dieses Jahres brach er beim Kaufman Dehn in Laage unter Assistenz von Buchholz und Demmin ein. Zu vier verschiedenen Malen des Jahres 1906 und 1907 besah sich der Reichsverbändler in Gemeinschaft mit Volkmann die Frachtgüter, die auf dem Bahnhof zu Laage lagerten, kam mit des Schutzmanns Schwager dahin überein, daß zur Sicherheit und Bequemlichkeit des Verkehrs der heimliche und sofortige Transport von Wein, Kaffee, Herrenunterkleidern und einem Ballen Leinwand vom Bahnhof in ihre Wohnung dringend erforderlich sei, und handelten dieser Einsicht entsprechend. Der Ordnungssinn trieb unseren Reichsverbändler auch an, dem Erbpächter Steinfeld zu Kobrow einige Enten, dem Gutspächter zu Levkendorf und dem Forstkandidaten Eberhardt zu Kronskamp für ihn brauchbare Wäschestücke, dem Müller Luth in Laage Roggen, einigen Imkern Bienenkästen mit Bienen und Honig und einem Gastwirt Possehl in Laage Gänse zu entwenden.

Angeklagt waren insgesamt zehn Personen, darunter ein Briefträger, dem aber lediglich unbefugtes Fischen nachgewiesen wurde.

Volkmann erklärte, er habe anfangs durchaus kein Verlangen gehabt, die Bekanntschaft seines Schwagers Buchholz zu machen, da er der Meinung war, letzterer sei noch

Schutzmann in Berlin

und könnte ihn verraten, zumal er auch in Laage und Umgegend eine große Anzahl Einbruchsdiebstähle begangen hatte. Erst als er hörte, daß sich Buchholz ebenfalls dem Räuberhandwerk widmen wollte, faßte er zu ihm Vertrauen und freute sich um so mehr seines Schwagers, da er annahm, Buchholz werde seine Erfahrungen, die er während der vier Jahre im Dienste der Berliner Polizei gesammelt, vorteilhaft bei Ausübung des Räuberhandwerks verwerten können.

Bezüglich des Raubes im Schlosse Zapkendorf bemerkte Buchholz auf Befragen des Vorsitzenden: Volkmann habe den Raub „ausbaldowert". Er habe ihm gesagt: Der Schloßherr v. Buch habe viel Geld und schlafe in seinem Schlosse ganz allein. Buchholz und Kuck seien alsdann am 14. Mai spät abends nach Zapkendorf gekommen, um sich das Schloß anzusehen. In der folgenden Nacht haben sie unter dem Namen Maler Hans Dämel und Maler Paul Wunsch aus Berlin in dem Kruge zu Plaaz, etwa 20 Minuten von Zapkendorf, logiert. Am folgenden Tage haben sie zwei junge Leute über die Verhältnisse im Schlosse eingehend befragt. Als sie am Abend des 18. Mai nach Zapkendorf gingen, hatten sie sich vorher bewaffnet. Buchholz und Kuck sind in das Schloß eingedrungen, Volkmann blieb mit geladenem Revolver und geschliffenem Dolch vor der Eingangspforte als Wache zurück. Kollmorgen hatte den Räubern den Weg gezeigt. Hätte Herr v. Buch Hilfe geschrien, so bemerkten die Räuber, dann hätten sie ihm eins auf den Kopf gegeben, daß er still gewesen wäre. Kuck habe dem Schloßherrn im übrigen sofort den Mund zugehalten und ihm einen Knebel in den Mund gesteckt, daß er nicht mehr schreien konnte. Alsdann haben sie ihn an Händen und Füßen gefesselt und an das Bett angebunden, damit er still liegen mußte. Am nächsten Morgen wurde in Laage bei Frau Crull die Beute geteilt. Buchholz, Kuck und Volkmann erhielten jeder etwa 1100 M.

Der Erste Staatsanwalt Schmidt führte aus, es sei bezeichnend, daß ein Mann, der mehrere Jahre im Dienste der Berliner Polizei gestanden habe, der vorher zehn Jahre Soldat gewesen sei und sich durchaus einwandfrei geführt habe, eine Räuberbande organisiert und mit dieser die verwegensten Raubanfälle unternommen habe.

Das

Urteil

lautete, entsprechend dem Wahrspruch der Geschworenen, gegen Buchholz auf elf Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht; gegen Volkmann dreizehn Jahre Zuchthaus, zehn Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht; gegen Kuck acht Jahre einen Monat Zuchthaus, zehn Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht; gegen Demmin drei Jahre sechs Monate Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust; gegen Kollmorgen zwei Jahre Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust; gegen Frau Buchholz ein Jahr neun Monate Zuchthaus und zwei Jahre Ehrverlust; gegen Frau Crull ein Jahr Zuchthaus und zwei Jahre Ehrverlust. Frau Kollmorgen wurde zu vier Monaten, Olga Kupcke zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt und diese Strafen als verbüßt erachtet. Briefträger Paetow wurde nur wegen unbefugten Fischfangs für schuldig erachtet und zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Beelitz, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freiexemplaren sofort ihre Adresse einsenden, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr sehr stark, Geschäft lebhaft, Preise für Hammelfleisch nachgebend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft rege, Preise befriedigend. Fische: Zufuhr in Flußfischen knapp, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 21. Dezember 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	774	WSW	1	Nebel	—0	Haparanda	756	SW	4	bedeckt	—0
Hamburg	774	SO	2	Nebel	—3	Petersburg	771	SSW	1	bedeckt	—1
Berlin	774	Still		Nebel	1	Scilly	769	SW	3	bedeckt	11
Frankf. a. M.	772	NO	2	Nebel	2	Cherbourg	766	SSW	2	wolkig	4
München	772	Still		Nebel	0	Paris	773	SO	2	bedeckt	1
Wien	771	N	3	bedeckt	3						

Wetterprognose für Dienstag, den 22. Dezember 1908.

Ein wenig kälter, vielfach nebelig, sonst ziemlich heiter und trocken bei schwachen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine.

Am ersten resp. zweiten Weihnachtsfeiertage finden folgende Veranstaltungen statt:

2. Wahlkreis.

Freitag, den 25. Dezember 1908
(1. Weihnachtsfeiertag):

Winter-Fest

in den Gesamträumen der
Viktoria-Brauerei, Lützowstraße III/112.

Mitwirkende:
Berliner Sinfonie-Orchester (Dirigent: Maximilian Fischer.) Solisten: Frl. **Emma Kratje** (Harfe); Hr. **Fr. Seidel** (Violine); Hr. **Fr. Große** (Cello).

Nach der Vorstellung: **Ball.** Herren zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 6 Uhr. Garderobe 10 Pf. Eintritt 30 Pf.

Sonnabend, den 26. Dezember 1908
(2. Weihnachtsfeiertag):

Gr. Matinee

im großen Saale von Kliem, Hasenheide 13/15:

Mitwirkende:
Apollo-Sänger

Herren: Paul Charton, Karl Sandmann, Arthur Steinke, Hugo Just, Emmo Raschdorf, Hermann Wehling, Hans Berani und Willy Poltano — am Klavier: Herr Arthur Steinke.

Eintritt 20 Pf. Anfang 12 Uhr.

3. Wahlkreis.

Sonnabend, den 26. Dezember 1908
(2. Weihnachtsfeiertag):

Gr. Matinee

im großen Saal von Kellers
Neuer Philharmonie, Köpenickerstr. 96/97

Konzert

ausgeführt von Zivil-Berufsmusikern, Kapellmeister **R. Hascheck,** unt. gütiger Mitwirkg. d. Violoncellovirtuosen Hr **Karl Struß,** der Opern- u. Operettensängerin Fr. **Thyra Nordström-Wiese,** d. modernen Humoristen Herrn **Fr. Lissek** und der Gesangs- und Tanz-Duettisten **Marietta** und **Francont.**
Anfang präzise 12 Uhr. Billett 30 Pf.

4. Wahlkreis.

Sonnabend, den 26. Dezember 1908
(2. Weihnachtsfeiertag):

2 gr. Matineen

in Kellers Festsälen (Inhaber Freyer), Koppenstr. 29

unt. Mitwirkg. d. Liedersängerin Frl. **Marianne Geyer** und des Rezitators und Dialekthumoristen Hrn. **Otto Wiemer;**

im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuser Straße 6

KONZERT unter Mitwirkung der Gesellschaft **„Strzelewicz".**

Anfang präzise 12 Uhr. Billett 30 Pf.

Da offene Kasse nicht stattfindet, bitten wir die Mitglieder, sich rechtzeitig mit Billetts zu versehen.

6. Wahlkreis.

Sonnabend, den 26. Dezember
(2. Weihnachtsfeiertag)

Neun Matineen

Berliner Prater, Kastanien-Alle 7—9
Brauerei Groterjan, Schönhauser Allee 130
Ballschmieders Etablissement, Badstr. 16
Brunnen-Theater, Badstr. 58
Joseph Frankes Festsäle, Badstr. 9
Germania-Säle, Chausseestr. 110
Prachtsäle Nordwest, Wiclefstr. 24
Patzenhofer Brauerei, Turmstr. 25/26
Gebr. Cranz' Festsäle, Kösliner Straße 8

Mitwirkende:
Original Harburger Sänger. — Gesellschaft Lily Schumann. Berliner Ulk-Trio. — Elite-Streichorchester (Direktor: Fritz Blume). — Berliner Volkssänger-Gesellschaft Max Schmeitzer. — Berliner Volks-Kabarett Rosemann-Rossé. — Paul Mantheys Lustige Sänger. — Volkssänger-Gesellschaft Lewandowsky. — Volkssänger-Gesellschaft Hugo Anke. — Piarrsche Künstlerkapelle. — Frau Margarete Walkotte. — Konzertsängerin Frl. Meyer. — Professor Krüger-Nystedt. — Konzertmeister B. Nitzsche. — Rezitator Willy Mielke. —

Gesangvereine: Gleichheit. — Nordwacht. — Vereinte Sangesbrüder Moabit. — Liederlust II (Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes)

Zivilberufsmusiker. — Turnerische Aufführungen. Mitglieder des Arbeiter-Athletenbundes.

Entree 25 Pf. **Anfang 12 Uhr.**

Tische u. Stühle dürfen nicht reserviert werden.

MANOLI Cigarettes

Abbas 3 Pfg. Chic 4 Pfg. Gibson Girl 5 Pfg.

Passende Weihnachts-Geschenke!

in Uhren, Juwelen, Gold-, Silber- und Alfenidewaren empfiehlt

Emil Quade,

Schöneberg, Hauptstr. 143.

Größtes und billigstes Spezialgeschäft Schönebergs.

Leiste für jede bei mir gekaufte Uhr **3jährige schriftliche Garantie.**

Schutzmarke

Unsere echten Biere sind überall zu haben. In Flaschen à 10 Pf. In Kannen u. Syphons Ltr. 85 Pf. Wo nicht, dann direkt durch uns NO. 18. Tel. VII, 1670, 2088, 3128.

BÖHMISCHES BRAUHAUS

Leihhaus

Gelegenheitskäufe verfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc. Seit 25 Jahren Ecke Ritterstr. **Prinzenstr. 28**

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbfehlern, seltener Gelegenheitskauf, direkt aus dem Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9. Flureingang. 1550R*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Mauerhoff. 1393R*

Gardinenreste, 2—4 Fenster, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Mauerhoff. 1384R*

Gasbronzekronen, Gaszuglampen 9,00, Salongaskronen, Gashängelicht, Musterverkauf spottbillig! Gasbratbacköfen 8,00, Zweiflochgaskocher 3,00. Bohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 1540R*

Monatsanzüge und Winterpaletots, Joppen von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Katz, Mulackstraße 14.

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Riesenlager. Louis Böttcher (selbst): Betriebsleitung Boxhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Potsdamerstraße 81, Schönhauser Allee 79, Badstraße 8a, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Glossen zu Yves Guyots und Sigismund Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums", von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.

Kinderbettstell 7 Mark Andreasstraße 53. 1537R*

Anzüge, Paletots nach Maß. Aus Ia Stoffresten, Monats- und nicht abgeholte Sachen staunend billig. Maßschneiderei Bolz, Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenthalertor. *

Plüschtischdecken, großer Weihnachts-Ausverkauf, wundervoll bestickte, beste Qualitäten: jetzt 5,85, 6,75, 7,50. Richard Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbuserthor). Abonnenten Rabatt. 1518R*

Steppdecken, großer Weihnachts-Ausverkauf. Wollatlas, Simili-seide usw., wundervolle Steppereien, jetzt: 2,75, 3,85, 4,75 bis 10,00. Wert bedeutend höher. Richard Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbuserthor). Abonnenten Rabatt. 1517R*

Monatsgarderobenhaus Andreasstraße 54. Elegante Monatsanzüge, Monatspaletots, einzelne Beinkleider zu sehr billigen Preisen. Nur Andreasstraße 54 an der Markthalle. 1388R*

Reisemodelle, Posten, Mäntel, Kostüme, Jackets, Paletots, teils auf Seide, durchweg 9 Mark. Julius Neumann, Belleallianceстraße 105. 1530R*

Eichelmann's Leihhaus, Schöneberg, Sedanstraße 1, gegenüber Bahnhof Schöneberg, verkauft billigst silberne und goldene Uhren, Ketten, Ringe, Brochen, Ohrringe, Winter-Paletots, Anzüge, Jeppen, Bilder, Pianos, einzelne Möbel 1539R*

Pferdedecken, zurückgesetzte, große, reinwollene, Stück 3 Mark, wasserdicht bezogen 6,50, 10 Mark. Gebrüder Pflaume, Friedrichstraße 295.

Bekanntmachung. Humboldtleihhaus, nur allein Brunnenstraße 58, Eckhaus Stralsunderstraße. Spottbilligster Ausverkauf verfallener Pfänder sowie Gelegenheitskäufe. Hochelegante Winterpaletots, staunendbillig, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, großartige Pelzstolas, extrabillig, verfallene goldene Damenuhren, Herrenuhren, Kettenauswahl, Ringeauswahl, Schmucksachen, Austeuerwäsche, Damenhemden, Bettenauswahl, Gardinenauswahl, Plüschtischdecken, Steppdecken, Teppichauswahl, alles spottbillig. Verkauf täglich, auch Sonntags ganzen Tag geöffnet. 1559R*

Damenuhren, Herrenuhren, goldene, Gardinen, Steppdecken, Teppiche, Betten, Winterpaletots billig, Pfandleihe Oranienstraße 177, Ecke Adalbertstraße. 1554R*

Linoleum-Rausch, Warschauerstraße 7. Läufer von 60 Pfg. an, Teppiche von 3 Mark an. Billigste Bezugsquelle des Ostens. 1555R*

100 Salonteppiche, dekoriert gewesene, Prachtteppiche, Ausverkaufspreis: 8,75, 13,50, 18,00, 25,00. Wolfs Teppichlager, Dresdenerstraße 8. Abonnenten Rabatt. 1558R*

Damenuhren, silberne Herrenuhren, verfallene, Riesenauswahl, Leihhaus Neue Schönhauserstraße 11.

C. W., Bellermannstraße! Die Verkaufsstelle der Firma Hermann Schlesinger, Herren- und Knaben-Konfektion für den Wedding-Stadtteil befindet sich Reinickendorferstraße 48. Beste Waren. Feste Preise. 1556R*

Schmucksachen, Herrenuhren, Damenuhren, Wäsche, Kleidungsstücke, verfallene Pfänder spottbillig. Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7. *

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, Wanduhren, Gardinen, spottbillig. Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7.

Pelzwaren, Seallaninstola Mark 8,—, Mouflon 8,—, Tibet 12,—, Echt Skunks 27,—. Kindergarnituren von Mark 2,— an. Passendste Weihnachtsgeschenke! Rixdorf, Mainzerstraße 56 II. 829*

Fünfzig wöchentlich. Möbel, Garderoben, Uhren, Kinderwagen, Wäsche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Teppiche, Portieren, Pelzstolen, Etagenmöbel, Kronleuchter, Phonographen, Trauringe, Granzow, Stargarderstraße 64. †72*

Uhren, silberne 2,00, goldene 6,00, Ringe, Ketten, Schmucks, Betten, Tischdecken, Portieren spottbillig. Leihhaus-Osten, Sonntags geöffnet, Gubenerstraße 3/4. †41*

Bauernkrieg. Der deutsche, von Friedrich Engels. Broschiert 1,50 Mark, gebunden 2,— Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Kinderwagen, zurückgesetzte, gebrauchte, Andreasstraße 53. 1536R*

Ohne Anzahlung, Woche 50 Pfennig, Bilder, Spiegel. Ferner: Möbel, Polsterwaren, Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Bettbezüge, Portieren, Uhren, Gaskronen, Herrengarderobe. Weber, Prenzlauerstr. 49. Besuch, eventuell Postkarte. 1337R*

Spottbillige Gelegenheits-Käufe in Gardinen, Stores, Decken, Läufer, Teppiche usw. wegen Geschäftsauflösung und Räumung Chausseestraße 88. 1535R*

Tambourniermaschinen, Original Hokemeyer zur Mützen- und Hutfabrikation billigst, bei Abzahlung günstigste Bedingungen. Alleiniger Fabrikant Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße.

Zentral-Pfandleihe Prinzenstraße 86, I. Täglich Verkauf von verfallenen Pfändern. Weltbekannte Pfandleihe! 50 Prozent billiger wie im Laden. Goldsachen, passend zum Weihnachtsgeschenk. Winterpaletots, Anzüge, Gehrockanzüge, Hosen, Knabenanzüge von 3,50 Mark an, Monatsgarderobe, für jede Figur passend, aus den feinsten Werkstätten Berlins, Betten, Tischdecken, Steppdecken. Fahrgeld wird vergütet. Bitte sich zu überzeugen. 24/4*

Taschenuhren, silberne 2,50, goldene 6,00, gestempelte 585 Gold 13,50. Operngläser 2,70, Freischwinger-Regulateure 9,00. Ringe 333 gestempelt 1,00. Viele hundert Broschen, Ohrringe, Halskolliers, Medaillons, Uhrketten 1,50 bis 16,30, alles mit Garantieschein, so lange Vorrat reicht, nur Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. Annoncenvorzeigern vergütet Fahrgeld. 1568R*

Winterpaletots, Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 M. an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzeit, nur Rotenthalerstraße 10. Sonntag den ganzen Tag. 267/5*

Steppdecken, Wollatlas und Simili-seide 3,25, 3,85, 4,35, 5,00, 5,75. *

Portieren, Violettatuch, 2 Shawls, 1 Lambrequin in allen Farben 3,25, 3,85, 4,75, 5,50, 6,75. Große Frankfurterstraße 125. 1523R*

Plüsch- und Tischtischdecken mit kleinen Stickfehlern. Riesenauswahl. 1,65, 1,95, 2,50, 3,50, 4,85, 6,50, 7,25.

Tülldecken in weiß und crême 1,95, 2,25, 2,75, 3,25, 4,50. 1525R*

Englische Tüllgardinen, Meter 35, 40, 45, 50, 60, 75 Pfennige. 1526R*

Abgepaßte Gardinen und Stores 1,65, 2,25, 2,85, 3,65, 4,35, 5,25. E. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1527R*

Läuferreste in allen Breiten und Preislagen jetzt bedeutend unter Preis.

Teppiche, Riesenauswahl, mit kleinen Webefehlern 3,15, 3,85, 4,65, 5,85, 6,00, 7,50. E. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1529R*

Die Grundbegriffe der Wirtschaftslehre. Eine populäre Einführung von Julian Borchardt. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Teppiche, fehlerhaft, für halben Wert. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. 1501R*

Plüschportieren, Musterexemplare für halben Wert. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. *

Steppdecken, spottbillig. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. *

Puppenwagen, zurückgesetzte, spottbillig. Andreasstraße 53. 1538R*

Schlafdecken (Deckbettersatz), Normal (buntfarbig) 1,85—8 Mark, Wolle (einfarbig) 2,85—18 Mark. Spezialhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 1152R*

Tülldeckdecken, volle Bettgröße 2,50, in Erbstüll 6,35, Tüllstores 1,85, Erbstüllstores 4,35. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 1151R*

Kinderwagen, neu, dringend, 16,00, Exerzierstraße 25, III links.

Puppenwagen, nagelneu, dringend, jeden Preis, Exerzierstraße 25, III links. †147

Damenhemden mit gestickter Passe 1,20, Herrenhemden 1,15, Bettlaken 1,20, Normalwäsche, Arbeiterhemden sowie einzelne Reisemuster spottbillig. Wäschefabrik Salomonsky, Dircksenstraße 21, Alexanderplatz. Sonntags geöffnet. 194/7

Kanarienroller 4,00 bis 20,00 Adalbertstraße 97. †115*

Kinderdrahtbett, neu, Grüner Weg 50/51, Hof I rechts. †41

Hermannplatz 6! Großberlins Einkaufsvorteil! Vieltausenden Großberlins und Umgegend wird Gelegenheit geboten, allerlei notwendigste, vielseitigste Einkaufsbesorgungen zum bevorstehenden Weihnachtsfeste und Neujahrsfeste staunendbillig!! anzuschaffen!! Ueberhäufte Warenansammlung erfordert selbstverständlich ausnahmsweisen extrabilligen Warenverkauf! Riesenauswahl, Pfänderverkauf! Staunendbilligste Winterpaletots! Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Herrenhosen! Burschenbekleidung! Pelzstolas! Allerbilligste, wertvollste Festgeschenke! Goldsachen! Damenuhren! Damenketten! Herrenuhren! Herrenketten! Ringeauswahl! Schmucksachen! Wanduhren! Teppichauswahl! Plüschtischdecken! Steppdecken! Wäscheauswahl! Gardinenauswahl! Bettenauswahl! Nähmaschinen! „Bequemste Fahrverbindung!" Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Feiertags, ebenfalls Sonntags geöffnet. †99*

Geschäftsverkäufe.

Eckdestillation sofort umständshalber billig zu verkaufen Rixdorf, Ringbahnstraße 15. †100

Restauration billig zu verkaufen Adolfstraße 8. †81

Grünkramgeschäft zu verkaufen Rummelsburg, Kantstraße 6. †121

Möbel.

Moebel-Boebel, Oranienstraße 58 (am Moritzplatz) kein Laden, direkt Fabrik, parterre. I, II, III, gegründet 1879 liefert als Spezialität Wohnungseinrichtungen von 150—6000 Mark und einzelne Möbelstücke zu Fabrikpreisen. Größte Auswahl in verliebten gewesenen und zurückgesetzten Gegenständen. Bettstelle mit Matratze 16, englische Bettstelle mit Matratze 44, Muschelkleiderspind, Vertiko 29, Säulentrumeau mit geschliffenem Glase 29, Schlafsofa 33, Plüschsofa mit Sattelkissen 49, mit Stickereibezug 65, Paneelsofa mit Sattelkissen 59, Chaiselongues 22, Garnitur, Sofa und 2 Sessel von 75 an, farbige Küchen 44,—, Teppiche. Günstige Gelegenheit für Brautleute. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Gekaufte Möbel werden bis zur Lieferung kostenlos aufbewahrt, frei geliefert und aufgestellt. Sicheren Käufern Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8, Sonntags 8—2 Uhr.

Möbeltischlerei liefert reelle Wohnungseinrichtungen, Schlafzimmer, bunte Küchen. Ratenzahlung. Kein Laden, nur Fabrikgebäude. Auch Sonntags. Harnack, Tischlermeister, Stallschreiberstraße 57, am Moritzplatz. Genossen 3 Prozent.

Möbelangebot. Im Anhalter Bahnspeicher Möckernstraße 25, Anhalter Innenbahnhof, direkt Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Paneelsofas, Bibliotheken, Ankleideschränke, Nußbaumbüfette, Bronzekronen, Oelgemälde, Schreibtische 28,00, Ruhebetten mit prachtvoller Diwandecke 22,50, wunderschöne Säulentrumeaus 30,00, hochelegante Salonteppiche, schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerliebste Zimmerteppiche 8,00, reichgestickte Uebergardinen, Spachtelstores, Tüllgardinen, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, prachtvolle Plüschtischdecken 5,00. Verschiedene Gelegenheiten, Uebernahme vollständiger Warenlager, Wirtschaften, Konkursmassen, Nachlässe zum schnellen Verkauf und Versteigerung. Otto Lidekes Auktions- und Möbelspeicher, Möckernstraße 25. Kostenloser Transport. Lagerung. 1490R*

Gebrauchte Möbel aus Versteigerungen, Auflösungen in größter Auswahl, Muschelschränke, Vertikos 26,—, Taschensofas 35,—, Herrenschreibtische 38,—, Muschelbetten mit Federmatratzen 28,—, Büfette, Garnituren 65,—, Ausziehtische 10,—, Küchenschränke 12,—, Bücherschränke, Sofas 20,—, Teppiche, Bilder, Kronen, hundert komplette Wirtschaften, neue und gebrauchte, garantiert bedeutend billiger wie überall, bunte Küchen 55,—. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler Tor. Größtes Spezialgeschäft für Gelegenheitskäufe. *

Wollen Sie wirklich eine reelle, trotzdem billige Wohnungseinrichtung oder ein einzelnes Möbelstück kaufen, so muß man Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor, hingehen! Die Firma verkauft jetzt die Möbel zirka 30 Prozent billiger, weil dieselbe Inventur-Ausverkauf hat! Jetzt ist die beste Gelegenheit, wirklich billig zu kaufen, zum Beispiel: Komplette Einrichtung mit farbiger Küche sonst 375, jetzt nur 250 Mark! Bessere: 325—400—425—475—530 bis 1500. Alle gekauften Möbel können bis zur Abnahme frei lagern und Transport frei, auch weite Vororte! Besichtigung auch Sonntag 8—8 Lothringerstr. 26, Schönhauser Tor.

Möbel, S. Grau, Gneisenaustraße 10, billigste und beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. *

Möbel-Gelegenheitskäufe. Räumung des Lagerraumes, verkaufe zu kolossal billigen Preisen: Muschelschränke 25,00, Verbindungstische aller Arten, Plüschsofas, Umbaus, Fassettrumeau 29,00, Büfetts, Lederstühle, Schlafzimmer, ganze komplette Wohnungs-Einrichtungen, nie wiederkehrende Gelegenheit, alles nur Gelgenheitskäufe. Möbelspeicher Chausseestr. 48. 1564R*

Metallbetten, hochelegante, Kinderbettstelle, Säulentrumeau, Grammophon, Doppelplatten, umständehalber spottbillig. Rappold, Ritterstraße 90. 23/18R*

Gelegenheitskauf! Muschelbetten mit Matratzen 33,00, Kleiderschrank 10,00, Küchenmöbel, Auszugtisch 10,00, Plüschsofa 45,00. Höfer, Admiralstraße 25. 1569R

Gelegenheitskauf. Schlafzimmer, Eiche, früher 450, jetzt 350, Standuhren, Freischwinger, Bücherretagen, Bauernuhren, Zigarrenschränkchen spottbillig Stallschreiberstraße 57, Fabrikgebäude. 1567R

Möbel! alt, neu, einfachste, eleganteste, verkauft spottbillig Lombardspeicher, Neue Königstraße 5, Fabrikgebäude; auch Sonntag geöffnet. Teilzahlung gestattet. 267/4*

Fahrräder.

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00 an. Holz, Blumenstraße 36b. *

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 1397R*

Achtung, Fahrräder, verfallene, nur Neue Schönhauserstraße 11. Bekanntlich billigste Lieferungsquelle für jedermann. Aeltestes Leihhaus. Achtung auf Hausnummer. Neue Schönhauserstraße 11. 267/3*

Halbrenner, Weihnachtsgeschenk, 25,00, tadellos, seltene Gelegenheit, verkauft Horn, Koppenstraße 33. *

Musik.

Konzertplatten, Walzen, staunend billig, Lothringerstraße 40. 1469R*

Sprechmaschinen, Phonographen, Teilzahlungen ohne Preisaufschlag, Lothringerstraße 40. 1468R*

Grammophone, Phonographen, Platten und Walzen, besonders preiswerte Weihnachtsangebote, auch gegen Teilzahlung. Neanderstraße 8. *

Sprechmaschinen, Musikwerke, Schallplatten. Teilzahlungen. Invalidenstraße 20, Skalitzerstraße 40. *

Pianinos, gebrauchte, kolossal billig, neue Instrumente, wunderbare Stilarten, konkurrenzlos billig. Leihhaus, Neue Schönhauserstraße 11. *

Zitherzentrale, Mandolinenlager: Musikfranzfeld, Zitherstraße. (Gegründet 1897.) 1415*

Reisemuster Sprechmaschinen und alle Teile dazu billigst. Reparaturen. Elisabeth-Ufer 53, Aufgang 4. 2875*

Pianino, Hoflieferant, statt 750,— für M. 460,— sofort zu verkaufen Französischestraße 15, I rechts. *

Lauter Grammophon spottbillig. Hegelmann, Rixdorf, Kaiser-Friedrichstraße 74. †100

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion à 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 9 Expedition des „Vorwärts". *

Verschiedenes.

Teilnehmer an einem englischen Zirkel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Swientz, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 1008R*

Lerne die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Patentanwalt Geisel, Gitschinerstraße 94a. 2555R*

Kunststopferei von Frau Kolosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Platinabfälle, Gold-, Silbersachen, Tressen höchstzahlend. Scheideanstalt Markgrafenstraße 26. 2903R*

„Leihhaus Merkur", Große Frankfurterstraße 116, kauft, beleiht Herrengarderobe, Goldwaren, Silbersachen, Uhren, Wäsche, Pelzwaren, Stoffe, Zigarren, Fahrräder sowie jeden Wertgegenstand. 1800R*

Platina, alte Zahngebisse, allerhöchste Preise, Linienstraße 199, II.

Saal Sonnabend frei Perleberger-straße 14. †56

Vermietungen.

Wohnungen.

Prachtwohnungen, ein und zwei Zimmer, hochmodern. Soldiner Straße 32/34. *

Zimmer.

Möbliertes Vorderzimmer, 1 oder 2 Herren, 15,00, vermietbar Lychenerstraße 33, vorn II links. †72*

Freundlich möbliertes Zimmer, 15,00 inklusive. Gundlach, Reuterstraße 37. †100

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, Herren oder Damen, Luisenufer 36 III bei Kaden. 24/3

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Intelligenter Genosse, 27 Jahre alt, mit guter Allgemeinbildung, seit vier Jahren im Verlagswesen tätig, gewandter Stilist, Stenograph und Korrespondent, sicherer Korrektor, sucht Stellung im Verlag oder Redaktion oder als Privatsekretär usw. Gefällige Offerten unter „B. 42" an Postamt Schöneberg-Berlin erbeten. 263b

Stellenangebote.

Geldschrankschlosser verlangt Brandes, Alexandrinenstraße 118.

Nebenverdienst. Filiale an solide, strebsame Leute zu vergeben gegen freie Wohnung und Prozente. Sicherheit bar. Meldungen Tabako, Glogstraße 17. 194/8

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Wegen Streiks und Differenzen sind gesperrt:

für Klavierarbeiter, Tischler, Maschinenarbeiter und Polierer die Firma **Bogs & Voigt,** Warschauer Str. 70 und Boxhagener Str. 10a. **Kolski** in Rixdorf, Weserstr. 107.

Deutscher Holzarbeiterverband
Ortsverwaltung Berlin.

Eine erstklassige deutsche Versicherungs-Aktien-Gesellschaft sucht sowohl in Groß-Berlin wie in fast allen kleineren Orten der Provinz Brandenburg

respektable fleißige Agenten

und stille Mitarbeiter für den Erwerb neuer Feuer-, Einbruch-Diebstahl-, Haftpflicht- und Unfall-Versicherungen. Hohe einmalige oder dauernd laufende Provision und eventuelle Mitarbeit durch Gesellschafts-Beamte wird zugesichert.

188/17 Anerbietungen befördert unter „S. 525"
Gerstmanns Annoncen-Bureau, Berlin W. 9.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.